

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Keine Schicksalswahl

Am 22. September findet die Wahl zum Bundestag statt, eine Woche vorher sind bayerische Landtagswahlen.

Es ist also an der Zeit, sich verstärkt der Innenpolitik zuzuwenden. Dabei gilt der Vorbehalt, dass sich bis zum September noch manches ereignen kann; vielleicht sogar Entscheidendes, sollte sich die Krise des Kapitalismus auch in Deutschland zuspitzen. Die BRD ist ja keine Insel der Seligen ...

Fest steht heute schon, trotz allen Wahlgetöses: Diese Bundestagswahl wird keine „Schicksalswahl“. Solange der Masse der Lohnabhängigen ein Klassenbewusstsein abgeht, kann von vornherein der Kampf der Arbeiterklasse gegen die herrschende Ausbeuterklasse nicht offensiv geführt werden – wobei klar ist, dass durch Wahlen allein kein Herrschaftssystem überwunden werden kann. Im heutigen Deutschland gibt es gegenwärtig nicht mal relevante Bewegungen, die die Voraussetzungen dafür schaffen könnten. Schon zur letzten Bundestagswahl im Sommer 2009 hatten wir in der *Arbeiterstimme* ausgeführt: „Marxisten wissen, dass sich durch Wahlen in der bürgerlichen Gesellschaft nichts Grundlegendes ändern wird, weder an

den Macht- und Ausbeutungsverhältnissen zwischen der herrschenden Kapitalistenklasse und den ausgebeuteten Lohnabhängigen, noch kommen solche Wahlen wirklich demokratisch zustande, angesichts der Medienmacht und des Geldeinsatzes der systemtragenden Klasse und ihrer Parteien.

Doch obwohl sich die Parteien politisch immer mehr einander angleichen, gibt es noch gewisse Unterschiede, den Traditionen und der jeweiligen Klientel angepasst, wo über die leeren Versprechungen hinaus deren Interessen vertreten werden. Obwohl gerade unter Krisenbedingungen die ungünstigen Verhältnisse den Spielraum der Parteien einengen und alle potentiellen Regierungsparteien die Krisenlasten auf die Massen abwälzen werden, wird das

Wahlergebnis den Rahmen für zukünftige gesellschaftliche und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen neu abstecken. In den zwar schwindenden, aber trotzdem noch vorhandenen Unterschieden der Parteien liegt die aktuelle Bedeutung von Wahlen, die wir trotz der generellen Rechtstendenz beachten und nützen sollten“.

Das Spiel zur Bundestagswahl heißt diesmal Merkel gegen Steinbrück – woraus leicht Merkel und Steinbrück werden kann, wie es doch schon mal war. Sie hatten sich damals schon gut verstanden, kein Wunder bei so vielen politischen Gemeinsamkeiten. Eine echte Alternative zur bisherigen neoliberalen Politik und

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Keine Schicksalswahl	S. 1
Die Demontage des Sozialstaates	S. 7
Vom Elend der Rechtsschulungen für Betriebsräte	S. 8
Lateinamerika nach Chavez	S. 11
Neues vom Bauarbeiterstreik in Großbritannien von 1972	S. 17
Einleitung zur Diskussion	S. 18
Warum hat die DDR-Arbeiterschaft 1989/90 ihr Volkseigentum nicht verteidigt?	S. 20

In eigener Sache

Aus der Türkei kommen Nachrichten, dass die Proteste und Demonstrationen gegen die Erdogan-Regierung weitergehen und die dortige Polizei mit brutalen Mitteln versucht, sie zu unterbinden. Die deutsche Regierung und die Medien regen sich zurecht auf über dieses undemokratische Vorgehen. Kanzlerin Merkel, so wird gefordert, sollte bei Nato-Partner Erdogan deswegen intervenieren.

Dazu kann man nur sagen: Die Heuchelei kennt keine Grenzen, denn die deutsche Obrigkeit hat es gerade erst in Frankfurt vorgemacht, wie undemokratisch und brutal auch hier politische Gegner behandelt werden. Vor allem, wenn Tausende gegen den Kapitalismus auf die Straße gehen, sind auch gerichtliche Genehmigungen nichts mehr wert. Demonstranten wurden viele Stunden lang blockiert und eingekesselt. Friedliche Blockupy-Teilnehmer wurden durch Tränengas verletzt, manche auch mit Polizeiknüppeln zusammengeschlagen oder gar verhaftet. Der türkische Machthaber Erdogan konnte deshalb die ausländischen Vorwürfe höhnisch zurückweisen: In jedem anderen europäischen Land würden ähnliche Proteste „eine härtere Antwort“ nach sich ziehen.

Zu den Ereignissen in der Türkei werden wir in der nächsten Nummer Stellung nehmen.

Wie jedes Jahr hatte die Gruppe Arbeiterstimme, zusammen mit der Gruppe International Dorfen, Anfang Juni wieder zu einem Wochenendseminar nach München eingeladen. Im Zuge der Zusammenarbeit mit

der Gruppe Arbeiterpolitik nahmen wieder einige Genossen der Arpo an unserem Seminar teil.

Gemeinsam diskutierten wir an Hand von Thesen über die Beilage zur letzten Arbeiterpolitik: „Warum hat die DDR-Arbeiterschaft 1989/90 ihr Volkseigentum nicht verteidigt?“ Beides drucken wir in dieser Nummer ab. Auf Grund der Diskussion wurden wenige Änderungen vom Autor vorgenommen.

Auch die beiden anderen Referate drucken wir in dieser Nummer ab: von der Gruppe International die Analyse „Aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika nach Chavez“ und von der Arsti „Vor den Wahlen im Herbst“. Auch diese Diskussionen verliefen in freundschaftlich-sachlicher Weise. Das Seminar, an dem auch DKP-Genossen teilnahmen, darf wieder als positiv bewertet werden.

Weitergehende Themenbereiche, wie z.B. die Zusammensetzung der herrschenden Klassen, wollen wir auf unserer Jahreskonferenz in Nürnberg näher angehen.

Wir veröffentlichen ferner einen uns zugegangenen Artikel: „Vom Elend der Betriebsratsschulungen“ und einen Artikel über „Die Demontage des Sozialstaats“ Unser Genosse in England hat uns einen Artikel zugesandt, der deutlich macht, wie die englische Regierung Dokumente über den Bauarbeiterstreik von 1972 zurückhält.

Berichtigung: In der letzten Ausgabe der Arsti, Nr. 179, nahmen wir unter der Überschrift „In eigener Sache“ Bezug auf unseren Artikel über 1933 und die Arbeiterbewe-

gung. Bezüglich KPD und SPD hieß es dort: „Deren damalige Absage an eine Einheitsfront von oben führte mit zur kampflosen Niederlage.“ Richtig muss es heißen: „... von oben und unten ...“.

Beim Artikel „80 Jahre Zerschlagung der Gewerkschaften“ von Jörg Wollenberg, den uns der Autor zugesandt hatte, haben wir die Quelle der Erstveröffentlichung nicht angegeben. Wir entschuldigen uns hiermit und holen das nach. Der Artikel erschien in „JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ Ausgabe 1/2013.

Wir bedanken uns für die Abzahlungen und Spenden. Sie helfen uns wieder ein Stück weiter. Doch auch diesmal haben wir erhöhte Portokosten und bitten um Beistand!



**In der Türkei nichts neues... Oben
1. Mai 2013, unten Juni 2013**

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

zum bisherigen erfolglosen Versuch der Krisenbewältigung hat durch das Übergewicht der kapitalistischen Einheitsparteien von vornherein keine Chance. Denn selbst wenn sie diese Chance unter anderen Umständen hätte – dann wären Wahlen längst verboten. Für die entsprechende Stimmung durch die Medien wird übrigens schon vorher, im Fernsehen und in der bürgerlichen Presse gesorgt.

Was steht zur „Auswahl“, in dem geschilderten begrenzten Rahmen?

Umfragewerte, die sich ja noch ändern können, haben mehrmals ähnliche Werte ergeben. Danach würde die Union ca. 40 bis 41 Prozent erzielen, die FDP 5 bis 6 Prozent, die SPD etwa 27 Prozent und die Grünen um die 14 Prozent. Die neugegründete Anti-Euro-Partei AfD mit 14.000 Mitgliedern wird auf etwa 2 Prozent eingeschätzt und die Piraten ebenfalls auf 2 Prozent; die Rechtsradikalen kämen noch schlechter weg, ebenso wie die „Freien Wähler“. Trotz großer Rückschläge dürfte Die Linke mit 6 bis 7 Prozent die Sperrklausel wieder überwinden. Die etablierten Parteien führen den Wahlkampf als „Lagerwahlkampf“, was das Versprechen beinhaltet, sich bei Erfolg auf eine bestimmte Koalition festzulegen: die Union mit der FDP, die SPD mit den Grünen. Doch wird es für beide Varianten kaum reichen. Union und FDP könnten mit 46 Prozent knapp scheitern, sollte die FDP überhaupt die Sperrgrenze überwinden. Die Medien werden, wie gehabt, letztere kräftig unterstützen. Bei dem sogenannten „linken Lager“ schaut es noch schlechter aus. 27 Prozent + 14 Prozent ergäben 41 Prozent, was nicht reicht, da die Partei Die Linke von den beiden Parteien als zusätzlicher Koalitionspartner strikt abgelehnt wird. Die Mehrzahl der Linken möchte gerne mitregieren und hat große Illusionen über das „Linkssein“ der beiden verkommenen Partnerparteien SPD und Grüne. Der Begriff „Lagerwahl“ vertuscht, dass in Wirklichkeit jede neoliberale Partei mit jeder anderen kann und ihre politischen Ausrichtungen immer ähnlicher werden, da können auch die polemischen Ausfälle nicht dar-

über hinwegtäuschen. Das ist eben Wahlkampf. Bleibt es bei den obigen Zahlen, würde es nur für eine Regierungskoalition von schwarz-grün reichen – oder, was wahrscheinlicher ist, für eine große Koalition Union-SPD.

Die deutsche Bourgeoisie ist jedenfalls in der günstigen Lage, auf verschiedene Varianten der Machtausübung zurückgreifen zu können. Bei dem, was in den nächsten Jahren an „Krisenpolitik“ und verstärkter Abwälzung der finanziellen Lasten nach „unten“ ansteht, regiert es sich für die Union leichter, wenn sie die den Gewerkschaften verbundenen SPD als Juniorpartner mit ins Boot nimmt. Bei unpopulären Maßnahmen, in einer solchen von Angela Merkel dominierten Koalition, können CDU/CSU oder SPD je nach Bedarf behaupten, der Partner hätte sie zu einer solchen Politik genötigt. Würde es doch auch darum gehen, Proteste und Unruhen im Zaum zu halten.

Bezeichnend für die Politik des sozialdemokratischen DGB-Vorsitzenden Sommer und seine gleichgesinnten Vorstandskollegen ist leider auch die neuerliche Annäherung von Gewerkschaften und Bundeswehr.

Der Block der Verweigerer nimmt zu

Es gibt viel Missstimmung im Lande. Wir müssen uns fragen, worauf beruht der Zustimmungserfolg aller neoliberalen Parteien? Noch gibt es einen großen Block sozial Befriedeter, die eine der vier tragenden Parteien wählen, eine Mehrheit, die meist materiell noch etwas zu verlieren hat. Doch dieser gesellschaftliche „Erfolg“ ist beileibe nicht so glänzend, wie die Umfragewerte vorgeben. Die Bundesrepublik ist im letzten Jahrzehnt verstärkt eine Raffgier-Republik geworden. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Millionen von Niedriglöhnern und Hartz IV-Empfängern stehen Profiteuren gegenüber, die immer dreister werden. Der Werteverfall bei den Reichen und Mächtigen schafft großes Unbehagen. Noch reicht die soziale Ausgliederung von Millionen prekär Arbeitender nicht für offene Empörung, was nicht zuletzt daran liegt, dass die Arbeiterklasse sozial gespalten ist;

zudem ist eine politisch erreichbare Alternative nicht in Sicht. So verharren viele, die „im Schatten stehen“, in Verweigerung oder Resignation. Ein Schritt der Verweigerung ist der Wahlboykott.

Die Zahl jener, die nicht zur Urne gehen, wird immer größer. Der Block der Nichtwähler ist bereits größer als die Wählerschaft der erfolgreichsten Partei. Eine andere Art, ein ablehnendes Zeichen zu setzen, ist das oft kurzlebige Engagement bei kleinen, neuen Parteigruppierungen, wie den Piraten oder bei der angeblichen „Alternative für Deutschland“, mit der Ablehnung des Euro. Bei einer weiteren Zuspitzung der sozialen Lage könnte hier die Gefahr einer Rechtsaußen-Sammlung bestehen, wie sie in Österreich schon wieder aufscheint.

Rückschläge für Die Linke

Auch die Resistenz der Linkspartei zeigt, dass sie trotz Streit und Krisen ein vorerst bleibender Faktor des Widerstands gegen die neoliberale Übermacht bleibt und Front macht gegen die „Normalisierung“ militärischer Gewalt zum Nutzen des deutschen „Nationalinteresses“, was nichts anders heißt, als zum Nutzen der Kapitalistenklasse in Deutschland. Kann die Partei auch auf Grund ihrer heterogenen Zusammensetzung bundespolitisch wenig Alternatives durchsetzen, so sind ihre Forderungen und Mahnungen für die politische Bewusstseinsbildung vieler Menschen von großer Wichtigkeit. Das hat seine Grenzen, da die Partei keine marxistische Partei ist, wenn auch Marxisten in ihr mitarbeiten. Wo linkes Gedankengut von ihr verbreitet werden kann und linker Widerstand von ihr organisiert wird, ist das unterstützenswert. Wo sie, wie bei der Berliner, Mecklenburger Brandenburger Regierungsbeteiligung geschehen, nach rechts nachgibt und versagt, bleibt die Quittung nicht aus. Es ist heute schon abzusehen, dass die Linkspartei gegenüber der Bundestagswahl vor vier Jahren über 40 % der Stimmen einbüßen wird. Das liegt nicht allein an ihren inneren Streitereien oder an ihrem Programm. Hauptgrund dafür ist, dass die Linke diesmal von keiner sozialen Bewegung getragen wird,

wie es damals die Anti-Hartz IV-Proteste waren (zu erinnern sei an die Montagsdemonstrationen). Dazu kommt, dass mit dem Aufkommen der Piratenpartei Protestwähler wegfallen und die SPD schlauerweise sich wieder einen linkeren Anstrich gibt. Themen wie die populären Forderungen nach Mindestlöhnen und „Reichensteuer“ wurden Der Linken von SPD, Grünen und Teilen der Union einfach weggeklaubt und dabei allerdings verschwiegen, wie man sie zum Teil des Inhalts beraubt. 2009 war auch der Horror vor einer erneuten Großen Koalition weit verbreitet. Dazu kommt: Lafontaines Rückzug wird sich negativ auswirken, ebenso wie das Ausscheiden von Wolfgang Neskovic (MdB, Cottbus), der vor den Parteirechten das Handtuch wirft. Vor Sarah Wagenknechts aus Taktik (?) vollzogenem Purzelbaum „Wir brauchen Märkte“, und bei ihrer Lobhudelei auf den neoliberalen Ludwig Erhard, bleibt einem einfach die Spucke weg. Klarheit und Profil werden so nicht gestärkt. So werden den Wählern jedenfalls keine Alternativen angeboten.

Prof. Rudolf Hickel zur Debatte über Ludwig Erhard: „Das Konzept Soziale Marktwirtschaft war nicht seine Idee. Im Gegenteil, in seiner praktischen Politik nahm er Müller-Armack, der das Modell des gebändigten Kapitalismus prägte, nicht allzu ernst. Insgesamt war Erhard ein konservativer Politiker, der die entfesselten Marktkräfte beschwor. Die neoliberal Angehauchten nutzen ihn zu Recht als Gallionsfigur. ... Es ginge um die ideologische Legitimation systemischer Ungerechtigkeit.“ (Spiegel 3/2013)

Indem die Sozialdemokraten sich im Wahlkampf einen linken Anstrich geben, kehren manche Linken-Wähler von 2009 wieder zurück zu Steinbrück, Steinmeier & Co. Die Wählertäuschung dieser Partei hat ja schon öfter in ihrer Geschichte funktioniert; am folgenschwersten nach dem I. Weltkrieg, als sie den Sozialismus in Etappen versprach und die Arbeiterklasse damit den Rechtskräften auslieferte. Heute heißt das Täuschungsmanöver wieder: Links blinken – rechts fahren!

Das Täuschungsmanöver der SPD: Links blinken – rechts fahren

Man weiß nicht, über was man am ärgsten den Kopf schütteln muss: Über die Dreistigkeit und Frechheit der SPD, die im Wahlkampf gerade das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ in den Mittelpunkt stellt – oder über die Vergesslichkeit und Ignoranz jenes Teils der früheren SPD-Wähler, die trotz des sozialen Verrats der

verloren und ist abgerutscht auf nur noch 477.000 Mitglieder. Vor einem Jahr waren es noch 12.000 mehr. Ihr Niedergang geht also weiter, auch werden Gesinnungsaktivisten immer mehr von Opportunisten abgelöst.

Wieder verspricht die Partei eine Reihe von „Wohltaten“ für die unteren Schichten. An erster Stelle steht die populäre Forderung nach Mindestlöhnen, obwohl selbst in der angepeilten Höhe kaum jemand davon leben kann. Weiter fordert das Wahlprogramm u. a. bezahlbare Mieten, Steuererhöhungen bei den Reichen und gleicher Lohn für Leiharbeiter. Als die SPD zusammen mit den Grünen noch in der Regierung war, hatten sie in den meisten Punkten das Gegenteil beschlossen, z. B. die Arbeitslosenunterstützung und das Gesundheitssystem verschlechtert.

Selbst wenn sie heute ihre damalige Entscheidung revidieren wollte, wäre der Weg durch die „Schuldenbremse“ verbaut, die Merkel sogar mit Zustimmung der beiden

Oppositionsparteien durchsetzte. Geradezu grotesk ist, dass die SPD für die angebliche Durchsetzung der sozialen Korrekturen den ehemaligen Finanzminister der Regierung Merkel, Peer Steinbrück, als Kanzlerkandidaten bestellt hat. Es geht gar nicht so sehr um seine Tollpatschigkeiten, die ihm seither unterliefen. Er verkörpert doch geradezu den Rechtschwenk seiner Partei, wie er unter Schröder stattfand, und manifestiert damit ihre Unglaubwürdigkeit. Noch heute fordert Steinbrück, die SPD müsse den Mut haben, sich voll zur Agenda 2010 zu bekennen. Er nannte diese folgenschwere Umkämpfung des Arbeits- und Sozialwesens „eine der größten politischen Leistungen der Nachkriegszeit“. (Spiegel 2/2013) Darin ist er sich mit SPD-Fraktionschef Steinmeier einig, für den die Agenda 2010 ein „Ausbruch aus der Abwärtsspirale gewesen sei“. Auch Parteichef Gabriel gibt an, darauf jetzt noch „stolz“ zu sein. Er wolle die „Reforminhalte“ nicht abräumen.

Im Buch „Zug um Zug“ hat Peer Steinbrück ungewollt zur Selbstentlarvung der SPD-Politik beigetragen: „Nur eine Sozialdemokratie wird erkenn-



EIN BESSERES LAND KOMMT NICHT VON ALLEIN.

Die SPD feiert sich selbst

Partei unter Agenda-Kanzler Schröder und der krachenden Niederlage der Partei 2009 angeben, wieder SPD wählen zu wollen. Stimmen die Umfragen, so stünde die Zunahme von SPD-Stimmen von 23 Prozent 2013 auf etwa 25 bis 27 % bevor. Ein Zuwachs der SPD-Wähler von ca. 10 bis 20 Prozent wäre demnach zu erwarten, obwohl die Schröder-Regierung mit ihren sozialen Untaten wie Hartz IV und Rente mit 67 ihre Versprechen gebrochen hatte und sich zudem am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien beteiligte. Dies bedeutete einen massiven Bruch mit der bis dahin bestehenden Militärpolitik seit Aufstellung der Bundeswehr. Aber vielleicht sehen es diese „Vergesslichen“ ja auch so wie die SPD-Prominenz: SPD-Vorsitzender Müntefering rechtfertigte 2006 den Wahlbetrug mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 % mit den Worten: „Ich bleibe dabei. Dass wir oft an Wahlkampfaussagen gemessen werden, ist nicht gerecht.“

Die SPD als Parteiorganisation hat sich von ihrem Verrat sozialer Grundsätze durch die Schröder-Fischer-Regierung nicht mehr erholt. Sie hat 200.000 Mitglieder und Aktivisten

bar erfolgreich darin sein können, z. B. das Renteneintrittsalter auf 67 zu erhöhen, weil sie die Gegenwehr aus dem Bereich der organisierten Arbeitnehmerschaft und weit darüber hinaus auffängt.“ Damit hat ein führender Sozialdemokrat einmal offen die Funktion der SPD im bürgerlichen Staat angesprochen, nämlich die Klassenherrschaft der Kapitalisten möglichst reibungslos abzusichern, indem man den eigenen Anhängern Sand in die Augen streut. Ein Falschspiel der SPD – das eigentlich für jeden politisch Engagierten offensichtlich sein sollte. Nicht so für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Er befand, das vom SPD-Bundesparteitag beschlossene Programm für die Bundestagswahl stoße beim Deutschen Gewerkschaftsbund auf Zustimmung. Die SPD sei jetzt wieder die Partei der kleinen Leute. (Saarbrücker Zeitung)

Aus wahltaktischen Gründen hat die Parteiführung dem Kanzlerkandidaten Steinbrück ein Spitzenteam zur Seite gestellt. Zur Überraschung aller wurde der Gewerkschaftsvorsitzende Klaus Wiese von der IG Bau Agrar Umwelt als potentieller Arbeitsminister einer gewünschten rosa-grünen Bundesregierung dem Wähler präsentiert. Wiese stand immer am linken Flügel und hatte all die Jahre heftig gegen die Agenda-Politik der Schröder-Regierung opponiert. Schröder nannte er einen „asozialen Desperado“! Mit dem viel gelobten „Klartext“ von Steinbrück ist es da wohl nicht weit her, wenn in der Spitze der Partei direkt gegensätzliche Positionen vertreten werden. Da drängt sich stark der Verdacht auf, der ganze Linksruck ist nur ein Wahlmanöver. In einer Großen Koalition bräuchte man dafür nicht mehr geradestehen: Der Koalitionspartner lässt eben eine Verwirklichung der Wahlversprechen nicht zu, bietet sich als Ausrede an. Die unpopulären Maßnahmen, die

eine neue große Koalition der Ratlosen angesichts einer Krisenverschärfung treffen müsste, wären auch im Bundesrat besser durchzusetzen, da 9 von 16 Länderregierungen SPD-dominiert sind.

Die Grünen sind im Aufwind

Die olivgrünen Bildungsbürger sammeln sich in der einstigen pazifistischen Ökopartei, die auch immer



angepasster wird. Der Pazifismus ist längst dahin. Wie die Sozialdemokraten auch, sind die Grünen für die Auslandsinterventionen, waren mitverantwortlich für die Kosovoopfer. Manche berechtigte Anliegen der Grünen sind inzwischen von anderen Parteien ganz oder teilweise übernommen worden. Die Frage der Atomkraft wurde durch die Reaktor-katastrophe entschieden. Die weltweit drohende Umweltvernichtung geht weiter. Sie kann im kapitalistischen System auch nicht verhindert, sondern höchstens verzögert werden. Die Grünen stehen in Konkurrenz zur FDP in der Betonung der Bürgerrechte und bei der hedonistischen Grundeinstellung, wobei ihnen manche Stimmen aus liberalen Kreisen zugute kommen. Trotz dem Antreten der „Piraten“, die wegen Beschränkung auf eindimensionale Themen scheitern werden, ist mit einer leichten Zunahme der Grünen bei der Bundestagswahl zu rechnen. Die meisten ihrer Steuervorschläge zielen vor allem auf die Interessenswahrnehmung der unteren Mittelschichten. Beim Streit

um die Endlager für Atommüll ist noch nichts entschieden, ebenso wie die Frage, wer die die Kosten für die Energiewende tragen soll.

Das soziale und politische Unbehagen

geht mehr oder weniger über alle Parteigrenzen hinweg. Bei einer Verschärfung der Verhältnisse könnte es eines Tages in Empörung umschlagen.

Wie der Parteitag der Grünen unterstrichen hat, ist auch die Öko-Partei etwas nach links gerückt, z. B. mit dem Vorschlag einer „Bürgerversicherung“. Das entspricht einer wenn auch etwas diffusen Grundstimmung in der Bevölkerung, was das Thema soziale

Gerechtigkeit anbelangt. Die Missstände werden ja auch immer sichtbarer und spürbarer: Die zunehmende Kluft zwischen arm und reich, die Ausplünderung durch die Konzerne (Energie, Benzin, Pharmazie und Nahrungsmittel), die Mietpreissteigerungen, das Stagnieren von Reallöhnen und Renten, die Verweigerung von gesetzlichen Mindestlöhnen, der Absturz von ca. 16 Prozent der Bevölkerung in die Armut – während die Gewinne ständig steigen und der Reichtum der Reichen hat teils skandalöse Formen angenommen. Trotz Konjunktur hat Deutschland den Makel von ca. 3,5 Millionen Arbeitslosen. Während der Regierung Schröder-Fischer wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gekürzt und Langzeitarbeitslose werden heute wie Sozialhilfeempfänger behandelt. Sieben Millionen Menschen verdienen weniger als 8,50 Euro; 1,3 Millionen Menschen weniger als fünf Euro in der Stunde. In der BRD gibt es immer noch 900.000 Leiharbeiter, die 40 bis 50 % weniger Lohn erhalten als die Kollegen der Stammebelegschaft. Je-

der zweite neue Arbeitsvertrag ist befristet. Frauen verdienen immer noch weniger als Männer. Die reichsten 10 Prozent der Haushalte verfügen über 53 % des gesamten Nettovermögens. In der Ära Schröder wurde zudem noch der Spitzensteuersatz der Reichen gesenkt. Wahrlich, der Klassenkampf von oben hat sich gelohnt.

Die Liste der gesellschaftliche Missstände ließe sich noch weiter fortsetzen. Dazu kämen noch schwierigere Probleme, sollte Deutschland in die unausbleibliche Phase geraten, für die Krise des Kapitalismus zur vorläufigen Abrechnung gezwungen zu sein. Die labile soziale Lage würde sich verschärfen, mit der Gefahr von Turbulenzen oder gar Unruhen. So etwas ist immer schädlich bei der Profithackerei. Das ist wohl auch der Grund, wenn sich Merkel und die CDU/CSU manchmal moderater geben, als es dem Kräfteverhältnis und ihren Wünsche entspricht. Die Union kann auch nicht so offen für die Kapitalinteressen auftreten wie die FDP, muss sie doch auch die Wähler aus der Unterschicht gewinnen. Über die FDP viel zu sagen, ist müßig! Sie vertritt auf allen Ebenen die Kapitalinteressen. Ein besonders krasses Beispiel soll genügen. So schreibt der *Freitag* (19.6.2013) über Wirtschaftsminister Rösler's „Politik für Aktionäre“:

„Der FDP-Chef hat zu verantworten, dass das Solidarprinzip der Energiewende ausgehebelt wurde: 600 stromintensive Stahl-, Aluminium-, Zement- oder Chemiekonzerne sind von der EEG-Umlage befreit. Damit sparen sie jährlich 1,8 Milliarden Euro – Geld, das die anderen Stromkunden mitzahlen müssen. Vergünstigungen bei der Stromsteuer für rund 20.000 energieintensive Unternehmen summieren sich zudem mittlerweile auf mehr als fünf Milliarden Euro.“

Die Dominanz der Union steht oder fällt mit der wirtschaftlichen Lage

Auch die Union kann nicht ohne Falschspiel auskommen. Der stockkonservative Anhang schrumpft durch die Verstädterung und Modernisierung rapide. Dem müssen CDU und CSU Rechnung tragen. Bundeskanzlerin Merkel gelingt es immer wieder, den Anschein zu erwecken, von den Oppositionsparteien pro-

gressive Forderungen zu übernehmen und ihnen damit den Wind aus den Segeln zu nehmen. Den Anschein deshalb, weil es sich nicht um den vollen Inhalt handelt, sondern bestenfalls um eine halbe Sache. Ob Energiewende, Atomfrage, Finanztransaktionssteuer, Frauenquote, Kitaplätze, Homogesezgebung usw.; fast alles hat einen Pferdefuß. Mindestlohn ja – aber kein allgemein gesetzlicher! Täuschung, wohin man blickt; es geht eben um Wählerstimmen. Auch Seehofer, dessen CSU nur darum zu kämpfen braucht, ob sie nach der Landtagswahl in Bayern allein regieren kann oder mit einem schwachen Koalitionspartner, ist darin Meister. Während ringsherum die Regierungen die Schulden drücken, verkündet er von München aus den „schuldenfreien Haushalt“. Er „vergisst“ dabei nur die Kleinigkeit des 10 Milliarden Euro Bankrotts der Bayrischen Landesbank, den die CSU-Regierung unter Stoiber zu verantworten hatte. Aber nein: Die wurden ja in einen „Schattenhaushalt“ ausgegliedert!

Die Bundeskanzlerin hat noch eine größere Zustimmung als ihre Partei, die durch zu viel Kakophonie belastet ist. Zwei Drittel der Wähler wollen angeblich Angela Merkel wiederhaben, gilt sie doch als zwar zaudernde, doch besonnene Frau, die die letzten Krisen gemeistert habe. Abwrackprämie, Kurzarbeitergeld und Finanzspritzen waren 2008 die keynesianistischen Mittel der vorläufigen Eindämmung. Das lässt sich nicht beliebig oft wiederholen. Dass Deutschland nun mit 700 Milliarden Euro in der Garantie steht und die Lage in Ländern wie Griechenland und Spanien sich noch verschlimmert hat, wird von vielen verdrängt, wie auch die eigene Schuldenkrise. Was sind schon 2 Billionen Euro? Die europäische Zentralbank garantiert bereits Kredite von über 1.200 Milliarden Euro.

Die nächste Regierung wird in ihrer Legislaturperiode eine Lawine von ernstlichen Problemen auf sich zukommen sehen. Das Vor-Sich-Herschieben wird immer schwieriger. Für eine grundlegende Lösung der kapitalistischen Weltkrise sind die Systemwidersprüche zu groß. Eine Politik nach den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten untergräbt die bürgerliche Demokratie immer weiter. Nicht nebulöse „Finanzmärkte“

diktieren das politische Geschehen, sondern die Hochfinanz als Teil der kapitalistische Klasse. Eine von links durchsetzbare politische Alternative kann bei der bestehenden Schwäche der Arbeiterklasse nicht entstehen. Doch ist es durchaus des Kampfes wert, wie die Lasten verteilt werden und wegen der Bedingungen im Ringen um demokratische Rechte, im Widerstand gegen Konzernmacht und gegen das Treiben Rechtsradikaler.

Die Partei Die Linke hat sich viele dieser Anliegen auf ihre Fahnen geschrieben. Sie ist die einzige Bundestagspartei, die sich scharf gegen die deutsche Aufrüstung, gegen Rüstungsexporte und gegen eine deutsche Kriegsbeteiligung im Ausland wendet. Bereits das Bestehen der Linken übt einen gewissen Druck auf andere Parteien, besonders auf die SPD aus.

Wir werden deshalb die Partei Die Linke kritisch unterstützen und **rufen zur Wahl der Partei DIE LINKE auf!**

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre,
DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben
von Heiner
Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

Die Demontage des Sozialstaates

wirksam in Gesellschaft und Parlament entgetreten

Anlässlich einer Jahrestagung des *Vereins für Socialpolitik* im September 2012 in Göttingen zog der Regierungschef der SPD/Grünen-Koalition von 1998 bis 2005 „positive Bilanz“ seiner Amtszeit. Mit dem Aufbrechen verkrusteter Strukturen sei in dieser Zeit die „*müde Deutschland AG revitalisiert*“ worden. Da fragen wir: Zu wessen Lasten, zu wessen Nutzen? Und befand sich die deutsche Gesellschaft im Ermüdungszustand? Die amtliche Statistik wirft ein anderes Licht auf die Aussagen des Ex-Kanzlers Schröder (SPD):

Jahr	Volkseinkommen ¹		Unternehmer- u. Vermögenseinkommen ¹
	Bruttolöhne/-gehalt ¹		
1970	282,1	185,0	97,0
1980	609,3	445,9	228,9
1990	1017,9	689,9	327,9
1995*	1397,2	997,0	400,2
2000	1524,4	1100,0	424,3
2005	1694,6	1129,8	564,8
2008	1886,0	1225,0	660,9
2010	1897,8	1262,0	635,0

¹Alle Angaben in Mrd. Euro / *ab hier BRD gesamt

Direkte Steuerbelastung Arbeits- u. Kapitaleinkommen (Privathaushalte) in Prozent

Jahr	Lohnsteuer	Einkommenssteuer
1960	6,3	20,0
1970	11,8	16,1
1980	15,8	15,3
1990	16,2	9,3
1995*	18,3	5,3
2000	17,4	7,8
2005	15,5	5,8
2008	16,7	8,6
2010	15,3	8,2

* ab hier BRD gesamt

Daten nach Statistisches Bundesamt/WSI-Mitteilungen 12/2011

Trotz der Begünstigung von Kapital- und Vermögenseinkommen durch geringere Steuersätze und verdeckte Lohnkürzung mittels reduzierter Bruttolohnbestandteile für Renten-, Kranken-, und Erwerbslosenkassen sind Wachstumsraten von mehr als zwei Prozent durch höhere Investitionsneigung der Kapitaleigner auf

Dauer nicht mehr zu induzieren. Entsprechend mäßig fallen Steuerzuflüsse an den Staat und das Beitragsvolumen für die Sozialversicherungssysteme aus. Produktivitätsfortschritte durch Rationalisierung sowie aufgegebenen oder jenseits der Landesgrenzen verlagerte Produktionsstätten reduzieren das zu erbringende Arbeitsaufkommen in hoch technisierten Volkswirtschaften wie der BRD.

Einige Kennziffern zu Arbeitsvolumen insgesamt und Erwerbstätigen ohne Selbstständigen:

Jahr	Arbeitsvolumen/Mrd. Std.		Vollzeitarbeitnehmer/Mio./männlich/weiblich		Teilzeitarbeitnehmer/Mio./davon weiblich	
1960	56,34	19,3/13,1/6,2	0,78/0,58			
1970	52,29	20,1/14,4/5,7	2,05/1,84			
1980	48,01	21,0/14,5/6,5	2,83/2,41			
1990	47,97	21,3/14,6/6,7	4,15/3,70			
1991*	59,79	29,6/18,6/10,7	5,52/4,75			
2000	57,66	25,7/16,4/9,2	9,58/7,53			
2005	55,69	23,2/14,7/8,5	11,28/8,46			
2009	55,98	23,4/14,9/8,5	12,39/9,29			

Quelle: BMAS Statistisches Taschenbuch 2010

*ab hier BRD gesamt

An sich eine positive Entwicklung, veranlasst die tendenziell fortschreitende Reduktion des gesellschaftlichen Arbeitsaufkommens prokapitalistische Parteien dazu, zur Sicherung der Profitinteressen des Kapitals fast ein Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung, davon drei Viertel Frauen, in Teilzeitarbeit mit verringertem Einkommen und späterer Altersrentenminderung abzudrängen. Die bewusst herbei geführte Spaltung innerhalb der Klasse der Lohn- und Gehaltsempfänger befördert die negative Lohndrift, eine allgemeine Absenkung des Werts der Arbeitskraft, weil Statusangst der Vollzeitbeschäftigten zu Verzichtsbereitschaft führt. Diesem als „Reformpolitik“ kaschierten Klassenkampf von oben ist Wille und Aktion zu einer Neuordnung der gesellschaftlichen Arbeit entgegenzusetzen. Die Formel „*Kurze Vollzeit für Alle*“ von sechs Stunden täglicher Arbeitszeit bietet die Lösung für eine hellere Zukunft der auf den Verkauf

ihrer Arbeitskraft Angewiesenen, die mit der Parole „*Betriebe in Belegschafts-hand – dann bleibt die Arbeit hier im Land*“ zu ergänzen ist.

Wer die Einkommen von Millionen steuerpolitisch nur „rück“-verteilen will – das Konzept der neosozialdemokratischen Partei Die Linke – akzeptiert großen Vermögensbesitz als Ergebnis privater Aneignung erheblicher Teile des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Die Grundstruktur der Klassengesellschaft tastet das nicht an. Der Mehrheitswille zum Übergang in eine Gesellschaft ohne Wachstumszwang erwächst aus dem Kampf um ein besseres Alltagsleben. Darauf orientieren folgende Kernsätze:

Allgemeiner 6-Stundentag unter Beibehaltung bisheriger Lohnhöhe, bzw. Lohnzuwachsormaliger Teilzeitarbeiter. Umstellung der täglichen Arbeitsabläufe auf Vier-Schicht-Regime. Dadurch sind Schichtarbeiter weniger physisch beansprucht. Die Beschäftigten können in Zeitkorridoren von sechs Stunden die Betriebs- und Geschäftszeiten mit ihren weiteren Tagesverpflichtungen besser vereinbaren.

Erwerbslosenunterstützung wird nach Beitragsdauer und Alter bis zu drei Jahren in Höhe von sechzig Prozent des vorher erzielten Einkommens gewährt. Über diesen Zeitrahmen hinaus bleibt eine etwas niedrigere Lohnersatzleistung aus Steuermitteln gewährleistet. Fürsorgebedürftige erhalten eine pauschalisierte Grundsicherung, ergänzt durch ein regional differenziertes Wohngeld.

Der Anspruch auf volle Ruhestandsbezüge von sechzig Prozent des vorherigen Einkommens wird nach vollendetem 63. Lebensjahr wirksam. Beiträge für Renten-, Kranken- und Erwerbslosenversicherung werden als Teil des Bruttolohnes in einer Höhe erhoben, die zusätzliche Vorsorge- oder Finanzanlagen in privater Form an sich nicht nötig machen.

Einheitlicher Bildungsgang mit berufsqualifizierenden Anteilen in der Oberstufe für alle Schüler. Eine ausgewogene Anzahl von Lehrkräften zu Schülern (1:15) ist Grundvoraussetzung individueller Förderung im Unterricht. Allgemein zugängliches

Hochschulwesen ohne Studieng Bühnen.

Ausweitung der Eingriffs- und Kontrollrechte der Beschäftigten in die Betriebsführung. Produktangebot, Produktplanung und -entwicklung sind im Hinblick auf die Beschäftigungssicherung in Einklang zu brin-

gen. Übergangsformen zur Kontrolle der Betriebe durch die Beschäftigten im Rahmen einer gesellschaftlichen Gesamtplanung sind anzustreben.

Dezentrale und möglichst regenerative Energieversorgung in öffentlicher Hand. Desgleichen allgemeiner Verkehrsverbund vertaktet unter

betrieblicher Kontrolle der Beschäftigten. Nutzung von Schienen und Wasserwegen vor Straßentransport.

Steuerfinanziertes öffentlich-rechtliches Informationsangebot ohne Beitragszwang und Quotentrend.

H. Z.

Arbeitsrecht 1, 2, 3 vom Elend der Rechtsschulungen für Betriebsräte

I.
Nach dem Betriebsverfassungsgesetz haben Betriebsräte die Aufgabe, darüber zu wachen, dass die zugunsten der Arbeitnehmer geltenden Gesetze im Betrieb eingehalten werden. Gesetzeskontrolle kann nur ausüben, wer das Gesetz kennt. Doch Betriebsräte haben nicht nur Kontrollrechte sondern auch Beteiligungsrechte. In zahlreichen Angelegenheiten des Personalmanagements muss die Zustimmung des Betriebsrates eingeholt werden. Geschieht dieses nicht, so bleibt der Arbeitnehmervertretung meist nur der Weg zum Arbeitsgericht. Eine kollektive Durchsetzung von Interessen, etwa durch Arbeitsniederlegung, ist den Betriebsräten grundsätzlich verwehrt.

Viele haben vergessen, dass die Rechte der Betriebsräte eingerahmt sind durch spezielle Pflichten und Verbote. Die Friedenspflicht, das Arbeitskampfverbot, die Pflicht zur Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber, die Schweigepflicht und das Verbot politischer Betätigung.

Dieser Rahmen war keine Erfindung der Rätebewegung oder gar der Gewerkschaften. Er stand auch nicht im Betriebsrätegesetz von 1920 oder in dem des Alliierten Kontrollrates von 1946. Nein, er war eine Erfindung der Regierung Adenauer, mit dem diese Anfang der 1950er Jahre Betriebsräte von den Gewerkschaften und den Belegschaften trennen und zugleich disziplinieren wollte. Auch wenn dies der damaligen Bundesregierung nicht immer gelang: Der DGB wusste, weshalb er 1952 gegen das Gesetzesvorhaben den ersten

(und letzten) politischen Streik in der Bundesrepublik Deutschland führte.

Das Gesetz erleichterte die betriebliche Interessenvertretung nicht, sondern erschwerte sie. Zugleich machte es die Gewerkschaften zu quasi „betriebsfremden“ Elementen. Sie erhielten zwar geringfügige „Teilnahme- und Vorschlagsrechte“, später auch ein *Zugangsrecht* (!), aber bis heute gibt es keine gesetzlich anerkannte Struktur für die betriebliche Gewerkschaftsvertretung in Deutschland. Umgekehrt agieren die Betriebsräte rechtlich völlig losgelöst von den Gewerkschaften. In den letzten 60 Jahren hat sich daraus ein – weltweit einmaliges! – quasi duales System der Interessenvertretung entwickelt: Im Betrieb der Betriebsrat, außerhalb des Betriebes die Gewerkschaft (sofern sie für diesen Bereich überhaupt tätig ist).

Zugleich wurde mit dem Verbot politischer Betätigung gezielt versucht, den Einfluss linker Betriebsratsmitglieder, vor allem damaliger KPD-Angehöriger zurückzudrängen. Ein Brief, wie ihn etwa die Betriebsräte der Schachanlage *Minister Stein* in Dortmund Ende 1945 an die Bezirksdelegiertenkonferenz der KPD in Hamm sandten, wäre 10 Jahre später mit schärfsten Sanktionen belegt worden. Darin bat man, sich dafür einzusetzen, „dass die Arbeit für die Einigung der Arbeiterklasse vorangetrieben wird“.¹ Ebenso ausgeschlossen war es ab 1952, dass – wie noch 1951 geschehen – der Betriebsrat des Hamburger Gesamthafenbetriebes zu einem Arbeitskampf aufrief.²

In den 1950er Jahren kam es schließlich zu zahlreichen Entlassungen von Betriebsratsmitgliedern wegen des Verstoßes gegen das Verbot parteipolitischer Betätigung und des Verbots, zu Arbeitskämpfen aufzurufen.

II.

Die Betriebsräte wurden vom Weg kollektiver Gegenmacht hingeführt auf den Pfad einer bloß „intellektuellen“ Gegenmacht, wie Wolfgang Däubler später einmal feststellte: Interessenvertretung durch formalisierte Verfahren und Verhandlungen. Dieses Konzept bedingte eine ständige und grundlegende Schulung und Fortbildung von Betriebsräten. Wie sollte auch sonst auf gleicher Augenhöhe verhandelt werden, wenn grundlegende aber auch aktuelle Rechtskenntnisse fehlen? Dem Gesetzgeber war von Anfang an klar, dass er die strukturelle Trennung der Betriebsräte von den Gewerkschaften und ihre Beschränkung auf Verhandlungen ohne kollektiven Druck nur mit dem Anspruch der Betriebsratsmitglieder auf Schulung und Fortbildung kompensieren konnte.

In den ersten Jahren der Betriebsverfassung und auch noch nach der Reform von 1972 hatten die Einzelgewerkschaften und auch der DGB die Rechtsschulungen für Betriebsräte in ihre allgemeine Bildungsarbeit integriert. Auf zahlreichen Gewerkschaftsschulen wurden anfangs noch Gewerkschaftssekretäre, später aber vor allem Betriebsräte in Fragen des

1 – zit. n. Reimann, *Entscheidungen 1945 - 1956*, Frankfurt 1973, Seite 59

2 – Sommer, *Streik im Hamburger Hafen*, Hamburg 1981, Seite 48 ff.

Arbeitsrechts, der Betriebsverfassung und des Tarifrechts geschult. Die Kosten trugen die Arbeitgeber anfangs nur teilweise, ab 1972 grundsätzlich. Anfangs gab es kaum spezifisch gewerkschaftliche Konzepte für solche Schulungen. Sie wurden von Rechtsschutzsekretären durchgeführt, die ihre Ausbildung bei der Akademie der Arbeit in Frankfurt oder noch bei der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg (der späteren HWP) erhalten hatten.

Inhaltlich unterschieden sich die Schulungen wenig von beliebigen anderen Veranstaltungen zu diesem Thema. Die 1950er und 1960er Jahre hatten keine spezifisch gewerkschaftliche Sicht des Arbeitsrechts hervorgebracht. Zudem galten die die Führung der Gewerkschaft beratenden Arbeitsrechtsexperten als durchaus konservativ und wenig kritisch. Während in der Anfangsphase noch Juristen wie Wolfgang Abendroth über einen gewissen Einfluss in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit verfügten, prägten ab Mitte der 1950er Jahre Leute wie Herschel und Rothländer die Haltung der Gewerkschaften zum Arbeitsrecht. Sie unterschieden sich prinzipiell in nichts von den Repräsentanten der „herrschenden Meinung“ im Arbeitsrecht. Herschel war wie der spätere Präsident des Bundesarbeitsgerichts Hans-Carl Nipperdey in der Nazizeit ein aktiver Anhänger der Ideologie vom „personenrechtlichen Gemeinschaftsverhältnis“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewesen und wandte sich nach dem Krieg sogar gegen die gewerkschaftliche Forderung nach einem Arbeitsgesetzbuch, in dem er die Weiterentwicklung dieser Ideologie durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts pries.

Erst Anfang der 1970er Jahre entstand an den westdeutschen Hochschulen eine Gegenbewegung, zunächst unter Studenten, später in der Vereinigung demokratischer Juristen, im Umfeld der Zeitschrift *Kritische Justiz* sowie des Organs *Demokratie und Recht*. Der Verfasser hatte noch als Student 1971 in einem hektographierten Pamphlet unter dem Titel „Arbeitsrecht im Kapitalismus“ den Versuch einer kritischen Analyse der

herrschenden Rechtsprechung im Arbeitsrecht unternommen. Das Pamphlet diente nach abgeschlossenem Examen der Hamburger Justizbehörde für ein Berufsverbot.

Doch zunächst hatte die Debatte im akademischen Bereich wenig Auswirkungen auf die bei der DGB-Führung angesiedelte Expertenlandschaft. Auch in der Bildungsarbeit herrschten klassische Sichtweisen vor. Von einer „alternativen Rechtsinterpretation“, wie sie um diese Zeit der Tübinger Arbeitrechtler Wolfgang Däubler in Abgrenzung vom sogenannten Zitierkartell der „herrschenden Meinung“ verlangte, war wenig zu spüren. Dies begann sich erst allmählich in einigen Einzelgewerkschaften und schließlich auch beim DGB zu ändern. Erst Anfang der 1970er Jahre kam es zu einer umfassenden Debatte über die gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

III.

Auf immer mehr Gewerkschaftsseminaren wurde die Abkehr vom Frontalunterricht juristischer Experten und die Durchsetzung des sogenannten „Erfahrungsansatzes“ verlangt. Gleichzeitig kam es vermehrt zum Einsatz von sogenannten „Teamern“, die eine Zwischenstellung zwischen Referenten und Teilnehmern einnahmen und die Gruppenarbeit auf den Seminaren organisierten. Im Bereich der Rechtschulungen fand dieses Konzept seinen Niederschlag in dem 1979 vom Verfasser im VSA-Verlag herausgegebenen Band „Über dem Umgang mit dem Arbeitsrecht – Ein Handbuch für Betroffene“. Im Bereich der Rechtschulungen waren die neuen Konzepte mit einer viel stärkeren Abstimmung auf die Bedürfnisse und Erfahrungen der einzelnen Betriebsratsmitglieder aber auch mit einer systematischen, kritischen Hinterfragung des Stoffes verbunden. Es hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass das Arbeitsrecht nicht irgendeine Errungenschaft der Gewerkschaftsbewegung war sondern eine Art Seismograph für betriebliche und politische Kräfteverhältnisse. Seine Bedeutung kann nämlich erst einschätzen, wer weiß, dass es seine Entstehung einer Revolution zu ver-

danken hatte. Einer Revolution, die zwar scheiterte, die aber das organisierte Großkapital zu dieser Konzession zwang, „um die Grundlagen ihrer ökonomischen Macht zu retten“.³ Dies ist durch Selbstzeugnisse zahlreicher Großindustrieller nach 1918 belegt. Nach 1945 konnte Ähnliches festgestellt werden, als erneut Konzessionen angeboten wurden, um „Schlimmeres“ zu verhindern.

Um den Zusammenhang zwischen dem Arbeitsrecht und dem Kräfteverhältnis von Arbeit und Kapital aufzuspüren, war und ist also ein historischer Zugang zum Arbeitsrecht unverzichtbar. Das stieß damals, aber stößt auch heute noch bei der latenten Geschichtslosigkeit vieler Betriebsratsmitglieder auf wenig Gegenliebe. Dennoch war und ist es für die Erkenntnis des Wesens des Arbeitsrechts und seiner zahlreichen Destruktionen unverzichtbar. Nur eine solche historische Betrachtungsweise schützte und schützt auch vor der Überhöhung des Gegenstandes. Schon Enderle und Schreiner schrieben in ihrem berühmten *roten Gewerkschaftsbuch*⁴:

Anzeige

Das rote Gewerkschaftsbuch



Von August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle.
Berlin 1932
Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, 1980. 192 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

3– Fugger, *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, Berlin 1949, Seite 166

4– Enderle, u. a. Berlin 1932

„Die Abdrängung der Gewerkschaftskämpfe auf die arbeitsrechtlichen Bahnen und die damit zusammenhängende Gewöhnung der Gewerkschaftsfunktionäre an juristisches Denken beeinflusst weitgehend die politische Haltung der Gewerkschaften...“⁵

Weder die Negierung arbeitsrechtlicher Strukturen noch deren Überhöhung wurden und werden den Notwendigkeiten praktischer Betriebsratsarbeit gerecht. Erforderlich war und ist die Durchdringung des dialektischen Verhältnisses von Recht und Politik, sowohl im Alltag wie in der Stoffvermittlung. Zum Ziel wurde der Gesamtzusammenhang: Die Analyse des Rechts und die Erkenntnis seiner Grenzen, und zwar auch, um die politische Forderung nach Änderungen des Rechts im Auge zu behalten. Ferner aber auch die „alternative“ interessengeleitete Interpretation juristischer Normen in der alltäglichen Praxis.

So wurde Ende der 1970er Jahre das Arbeitsrecht erstmals zum integralen Bestandteil der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Zugleich rief dies die Bedeutung des Arbeitsrechts und der Betriebsratsarbeit für die Gewerkschaftsarbeit insgesamt in Erinnerung. Die im Gesetz angelegte Trennung von Gewerkschaftsarbeit

und Betriebsratsarbeit wurde jedenfalls in der Schulungsarbeit weitgehend überwunden und damit dem Arbeitsrecht wieder ein politischer Stellenwert zugewiesen, indem auf die bloße Vermittlung unpolitischer „Rechtstechnik“ verzichtet wurde.

IV.

Doch wie sieht die Situation heute aus? Seit langem befindet sich die gewerkschaftliche Bildungsarbeit wieder in einer tiefen Krise. Kaum noch jemand redet heute vom „Erfahrungsansatz“. Durchgängige Konzepte gibt es nicht. Im Bereich der Rechtsschulungen findet man längst keine ideologiekritischen Ansätze mehr. Weniger denn je verstehen sich Rechtsschulungen als Teil der Gewerkschaftsarbeit. Es wird Fachwissen durch Experten vermittelt. Es geschieht also das, was es schon einmal vor den 1970er Jahren gab. Allerdings auf „kleiner Flamme“.

Zahlreiche Gewerkschaftsschulen wurden inzwischen geschlossen. Das Honorar für Referenten wurde kontinuierlich gesenkt. Auf vielen Seminaren treffen die Betriebsräte inzwischen auf Jurastudenten und andere interessierte junge Juristen. Diese sind zwar motiviert und oft auch engagiert. Aber es fehlt ihnen jegliche betriebliche und jegliche forensische Erfahrung, von einer wissenschaftlichen Durchdringung des Stoffes einmal ganz zu schweigen. Dies wiederum hat zu einer Art schleichender „Privatisierung“ der Rechtsschulungen geführt. Private Anbieter beherrschen den „Markt“: W.A.F., Poko oder IfB sind nur einige der unter Betriebsräten gehandelte Namen. Gewiss: Jurastudenten trifft man dort als Referenten kaum an. Eher sind es Anwälte, die oftmals mit dem Veranstalter auch beruflich verbunden sind. Aber eine gewerkschaftliche Orientierung findet man auf diesen Seminaren ebenso wenig wie eine ideologiekritische oder mindestens politische Durchdringung des Stoffes. Didaktische Konzepte fehlen völlig. Die Teilnehmer erhalten einen dicken Leitz-Ordner, in dem sie ihr vermeintlich vermitteltes Wissen „getrost nach Hause tragen“ können. Frontalunterricht durch Experten beherrscht die Szene. Erfahrungsansätze

ze spielen keine Rolle. Ebenso wenig die historische Durchdringung des Stoffes, die Abhängigkeit gerichtlicher Entscheidungen und Tendenzen in der Rechtsprechung von der Entwicklung und Entfaltung politischer Kräfteverhältnisse, die Nutzung des Betriebsratsamtes auch zur Mobilisierung von Beschäftigten außerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes, die aktivierende Rolle von Betriebsversammlungen, die Entwicklung und Entfaltung einer gewerkschaftlichen Betriebsratsarbeit usw.

Im Gegenteil: Mit dem Vormarsch der privaten Veranstalter griff die Entpolitisierung der Bildungsarbeit für Betriebsräte immer mehr um sich. Wie selbstverständlich jonglieren Betriebsräte inzwischen selbst mit solchen Begriffen wie „Arbeitsrecht 1“, „Arbeitsrecht 2“ oder „Betriebsverfassung 1“ usw. usf. Manche Betriebsräte glauben allen Ernstes, dass sich hinter diesen Begriffen irgendeine Art von „Kenntnisniveau“ verbirgt, das – ähnlich wie beim Schulbesuch – ein fachlich erstrebenswertes Ziel sei. Doch hinter diesen Bezeichnungen verbergen sich völlig willkürliche Sichtweisen des Arbeitsrechts, sei es auf Seiten des Referenten, sei es auf Seiten des Veranstalters. Paradoxaerweise werden solche Seminare von den Gewerkschaften noch ergänzt durch „Tagungen“ etwa in Verbindung mit der Hans-Böckler-Stiftung, die überhaupt nicht mehr den Charakter von Betriebsräteseminaren haben, sondern reine Expertengespräche sind. Der inhaltliche und didaktische Nutzen solcher Veranstaltungen für Betriebsräte ist mehr als fraglich. Die Entwicklung zeigt: Die ganz einfache Tatsache, dass Betriebsräte weder „kleine Juristen“ noch „Nur-Betriebsräte“ sein sollen und sein dürfen, ist verloren gegangen.

V.

Die faktische Privatisierung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zugunsten privater Veranstalter erscheint inzwischen fast unumkehrbar. Die Gewerkschaften haben damit einen großen Teil der Betriebsratsarbeit aufgegeben. Sie agieren allenfalls noch als Dienstleister für Betriebsräte, betrachten die Betriebsratsarbeit aber nicht mehr als integralen Bestandteil

Anzeige

Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“).

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €.



gewerkschaftlicher Arbeit und Identität. Gewissermaßen durch die Hintertür ist damit das erreicht worden, was das eingangs beschriebene Ziel der Adenauer-Regierung war: Die Trennung der Betriebsratsarbeit von der allgemeinen politischen Arbeit der Gewerkschaften und die Entpolitisierung der Betriebsratsarbeit selbst.

Kurz- und mittelfristig kann deshalb nur an alle Betriebsräte der Appell gehen, privaten Anbietern und deren angeblichen Expertenwissen den Rücken zu kehren. Es gibt genügend Alternativen vor allem bei gewerkschaftlich orientierten Veranstaltungen, die die Betriebsratsarbeit inhaltlich und methodisch als Gewerkschaftsarbeit begreifen und in ihren Rechtschulungen vermitteln. Als Beispiele seien solche Veranstalter genannt wie etwa *DenkKlima e. V.* in Köln und *ICOLAIR e. V.* in Hamburg. Gleichzeitig aber sollten vor allem die außerhalb des DGB aktiv gewordenen Gewerkschaften wie UFO, Cockpit, GdL und contterm alternative Konzepte gewerkschaftlicher Bildungsarbeit entwickeln und dabei dem Arbeitsrecht wieder einen höheren Stellenwert beimessen. Es wird Zeit, dass das Politikum Arbeitsrecht nicht privaten Bildungsveranstaltern überlassen bleibt, sondern wieder ins Zentrum gewerkschaftlicher Politik und praxisorientierter Betriebsratschulungen rückt.

Rolf Geffken
www.DrGeffken.de

Hinweis des Verfassers: Ein 3-Tage-Seminar des Instituts ICOLAIR für Betriebsräte und Betroffene zu den „Grundstrukturen des Arbeitsrechts“ findet vom 27.5. – 29.5.2013 in Bad

Bederkesa statt:

*[http://www.drgeffken.de/index.php?id=34&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=193&tx_ttnews\[backPid\]=1](http://www.drgeffken.de/index.php?id=34&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=193&tx_ttnews[backPid]=1)
Anmeldung: institut@ICOLAIR.de*

Dr. Geffken ist Fachanwalt für Arbeitsrecht aber auch Autor auf diversen Gebieten, nicht nur des Arbeitsrechts. Zugleich ist er Referent auf arbeitsrechtlichen Fortbildungsveranstaltungen unterschiedlicher Bildungsträger und Lehrbeauftragter an der Universität Oldenburg.

Lateinamerika nach Chavez

Zu einigen Aspekten der aktuellen Entwicklung auf dem Subkontinent

Der spanische Journalist, Ehrenpräsident von Attac und Mitorganisator des Weltsozialforums, Ignacio Ramonet, schrieb in seiner Jahresvorschau „So wird 2013“ zu Lateinamerika:

„Auch für Lateinamerika wird 2013 ein Jahr voller Herausforderungen. Vor allem für Venezuela, das seit 1999 eine führende Rolle bei den fortschrittlichen Veränderungen auf dem gesamten Subkontinent spielt. Der unerwartete Krankheitsrückfall des Präsidenten Hugo Chávez – am 7. Oktober wieder gewählt – schafft eine gewisse Unsicherheit. Obwohl sich der Präsident von einer erneuten Krebsoperation erholt, können Neuwahlen im kommenden Februar nicht ausgeschlossen werden. Der von Chávez ernannte Kandidat der bolivarianischen Re-

Luiz Inacio Lula da Silva, von 2003 bis 2010 Präsident Brasiliens charakterisierte Chavez in einem Nachruf: *„Die Geschichte wird berechtigterweise die Rolle bestätigen, die Hugo Chavez im Integrationsprozess Lateinamerikas gespielt hat. Ebenso wird sie die Bedeutung seiner 14-jährigen Amtszeit für die arme Bevölkerung Venezuelas bestätigen (...)“* Dabei stand Lula da Silva durchaus in verschiedenen Fragen und Ansichten eher distanziert zu Chavez. Das brachte er im Nachruf, wenn auch vorsichtig, zum Ausdruck: *„Ich muss zugeben, dass ich oft das Gefühl hatte, dass es für ihn vernünftiger gewesen wäre, nicht alles von dem zu sagen, was er gesagt hat. Aber dies war eine seiner persönlichen Eigenschaften, die seine Qualitäten nicht diskreditieren sollten, auch nicht aus der*



volution wird der aktuelle Vize Präsident Nicolás Maduro sein, ein sehr ernsthafter Politiker mit allen erforderlichen menschlichen und politischen Qualitäten, um sich durchzusetzen.“

Die „gewisse Unsicherheit“ endete am 5. März, als von Vizepräsident Maduro bekannt gegeben wurde, Chavez sei seinem Krebsleiden erlegen. Hugo Rafael Chavez Frias wurde gerade mal 58 Jahre alt.

Ferne.“ Der Ende April im Alter von 90 Jahren verstorbene Präsident der Kommunistischen Partei Venezuelas, Jeronimo Carrera, sagte in einem Interview 2008 über Chavez: *„Ich habe immer geglaubt, dass es nicht möglich wäre, dass eine Person zugleich Christ, Bolivariano und Marxist ist. Aber Hugo Chavez ist diese Mischung.“* (jW, 25.5.13)

Anlässlich eines Vortrags auf einer Konferenz im März in Caracas

ging Boliviens Vizepräsident Alvaro Garcia Linera auf die Bedeutung des venezolanischen Präsidenten ein: „In Lateinamerika kann die Zeitrechnung in eine Ära vor Chavez und die Epoche nach Chavez eingeteilt werden.“ Als Frontmann der sog. Bolivarischen Revolution habe er weit über die Grenzen Venezuelas hinaus „mit der neoliberalen Privatisierungslogik und dem neokolonialen Einfluss der USA in der Region“ gebrochen. Die Agonie der Linken sei mit dem bewaffneten Aufstand unter Führung von Hugo Chavez symbolisch beendet worden. Linera wies auf drei Charakteristika der neuen Linksregierungen hin. So habe die Bolivarische Revolution gezeigt, „dass das Wesen des Staates verändert werden kann, wenn der politische Prozess das Verhältnis der sozialen Akteure zueinander neu definiert“. Das zweite Charakteristikum sei die Rückbesinnung auf die Verfassungsordnung. Nach Venezuela seien auch in Bolivien und Ecuador Verfassungsgebende Versammlungen durchgeführt worden, um das Wesen des Staates neu zu bestimmen. Das dritte Charakteristikum bezieht sich lt. Linera auf den Antimperialismus, der seine Vorbilder länderübergreifend bei den antikolonialen Befreiungskriegen des 19. Jahrhunderts suche. Aber auch dieser Antimperialismus brauche eine „materielle Grundlage“ und die habe die Regierung Chavez geschaffen, indem sie die Gründung der Bündnisse ALBA, CELAC, Petrocaribe und die Buchwährung Sucre auf den Weg brachte.

Der in La Paz lebende marxistische Journalist Hugo Moldiz spricht von drei Sachverhalten, „welche die Erhebung Lateinamerikas“ in den neunziger Jahren bestimmten: „1. Das Aufkommen und Anwachsen der Zapatisten in Mexiko im Jahre 1994. 2. Der Aufbruch der Bauern und Ureinwohner in Bolivien und Ecuador, die sich ihre eigenen politischen Werkzeuge schufen. 3. Der Sieg von Hugo Chavez 1998 in Venezuela.“

Vor welchen Herausforderungen steht die neue venezolanische Regierung?

Die Präsidentschaftswahl am 14. April 2013 gewann der 51-jährige

Vizepräsident Nicolas Maduro bei einer Wahlbeteiligung von 78,71 Prozent mit 50,66 Prozent der Stimmen gegen seinen Herausforderer, den Gouverneur des Bundesstaates Miranda, Henrique Capriles Radonski (49,06 %), einem Wirtschaftsjuristen aus wohlhabendem Hause und Günstling Washingtons, knapper als erwartet.

Die unterlegene bürgerliche Opposition sah im knappen Wahlausgang die Chance, die Legitimität des Wahlsiegers in Frage zu stellen und durch das Schüren von Unruhen, die zehn Leuten aus dem Lager Maduros das Leben kostete, eine Situation her-



beizuführen, die das Land destabilisieren sollte. Das Wahlergebnis wurde von Capriles nicht anerkannt. Dabei kam selbst der Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Eickhoff, in seinem Länderbericht vom 15. April eindeutig zu dem Ergebnis und bezog dabei die Erfahrungen mit den früheren Wahlen mit ein, dass die Wahlauszählung korrekt verlaufen sei. „Das Gesamtergebnis stimmte regelmäßig mit dem Inhalt der Wahlakten im einzelnen Wahllokal überein.“ Trotzdem bezeichnet er Maduro als „vorläufige(n) Wahlsieger“ und will in Capriles den unbestrittenen Führer einer Opposition erkennen, „die mit großer Wahrscheinlichkeit mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung umfasst“. Der KAS-Vertreter, der in seinem Bericht keinen Zweifel darüber lässt, wem seine Sympathie gehört und was er von Chavez und seinem Nachfolger hält, bezweifelt

die „künftige Legitimität der Amtsführung“ Maduros. Das liest sich dann so: Da Chavez seinem Nachfolger „ein ruiniertes Land hinterlassen“ habe, werde Nicolas Maduro „in den nächsten Monaten ansehen müssen, wie die Probleme wachsen und seine Umfragerwerte weiter sinken“. Und warum soll das so sein? Auch dafür hat Eickhoff eine Erklärung: „Die sozialistische Ideologie nach kubanischem Vorbild hat nur wenige Lösungen für die nationalen Probleme Venezuelas anzubieten.“ Das ist zwar platt und dummlich, aber ein KAS-Vertreter kann sich dieses Niveau erlauben. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist in Caracas keine

unbekannte Institution. Die Partei der KAS, Primero Justicia, war 2002 am Putschversuch gegen Chavez beteiligt. Unter anderen waren der jetzt unterlegene Präsidentschaftskandidat Capriles Rodonski und Leopoldo Lopez, beide Mitbegründer von Primero Justicia, während des Putsches an der Entführung des Innen- und Justizministers Ramon Rodriguez Chacin und der Plünderung seines Hauses beteiligt. In Staaten mit fortschrittlichen Regierungen sind diese gut beraten, auf Aktivitäten der CDU nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, der CSU nahen Hanns-Seidel-Stiftung und der FDP nahen Friedrich-Naumann-Stiftung mit besonderer Sorgfalt zu achten. Die neue Regierung Venezuelas hat ebenso wie die vorherige nicht nur mit einer Delegitimierungsstrategie a la Eickhoff und Freunde zu rechnen. Auch deutsche Medienvertreter – nicht nur aus dem rechtskonservativen Spektrum – lassen schon jetzt kein gutes Haar an Chavez' Nachfolger. Peter Burghardt kommentierte das Wahlergebnis am 16. April in der Süddeutschen Zeitung: „Erschöpft ist der Chavismus so oder so. Die Wirtschaft ist zu abhängig vom Ölpreis, und der Einfluss der Armee und Kubas geht selbst manchen Sympathisanten zu weit. Der Caudillo Chavez ist tot. Maduro wird sich schwertun, das Erbe nur mit Parolen und Heiligenverehrung zu verteidigen.“ Und dann die Prognose ähnlich wie bei Eickhoff: „Wenn er so weitermacht, dann erledigt sich die chavistische Herrschaft spätestens nach der nächsten Wahl.“ Hierzulande gibt die Jounaille einer neuen Regierung wenigstens 100 Tage. Fairness für die

venezolanische Regierung? Fehlanzeige! Wobei an einer kritischen Kommentierung der Entwicklung in Venezuela nichts auszusetzen wäre, ganz im Gegenteil. So z.B. Raul Zelik, der bei aller Kritik das Wesentliche nicht unerwähnt lässt: „Die Heftigkeit des Konflikts in Venezuela hat nicht zuletzt damit zu tun, dass dort, anders als in vielen Staaten Europas, nicht nur über das Regierungspersonal, sondern auch über die Inhalte der Politik abgestimmt wird.“ Er benennt diese in vier Punkten: „die Organisation der Wirtschaft, das Demokratiemodell, die außenpolitische Orientierung und die Verteilung des Landes.“ Es geht nach Zelik „um nichts weniger als die Frage: neoliberaler Kapitalismus oder lateinamerikanisch-sozialistischer Wohlfahrtsstaat“. Dass die Wahlen für das Regierungslager so knapp ausgegangen sind, begründet er u. a. mit der „Entwicklung des Chavismus selbst“. Seine Kritik ist bitter, hat aber einen anderen Charakter als die der Eickhoffs und Burghardts, wenn er schreibt: „Da Venezuelas Ölreichtum – nicht erst seit Chavez – vom Staatsapparat kontrolliert wird, wuchern Bürokratie und Korruption. Mit der 'Boli-Bourgeoisie' – benannt nach der Bolivarischen Revolution, dem von Chavez initiierten politisch-sozialen Prozess – ist eine neue aufstrebende Oberschicht entstanden, die von der einfachen Bevölkerung ähnlich weit entfernt ist wie die von der Opposition repräsentierten traditionellen Eliten.“ Chavez habe vielen VenezolanerInnen als Garant dafür gegolten, „dass diese aufstrebende Schicht nicht völlig die Oberhand gewinnt“. (WOZ, 25. 4. 13)

Macht die neue Regierung ihre Hausaufgaben?

Die Regierung von Nicolas Maduro wird daran gemessen werden, wie sie mit den vorhandenen Problemen umgeht und in welchem Tempo sie den bolivarianischen Prozess vorantreibt. Wer an Maduros Entschlossenheit Zweifel hegte, musste sich bereits am 1. Mai eines Besseren belehren lassen. Der Präsident, Mitbegründer der Gewerkschaft des Öffentlichen Personennahverkehrs von Caracas, SITRAMECA, unterzeichnete an diesem Tag ein Gesetz, mit dem ein neues Arbeitsrecht in Kraft trat. Vor mehr als 20000 Beschäftigten der Metro Caracas erklärte er dazu: „Unsere

Aufgabe ist es, seine Umsetzung durch Unternehmer sowie durch die Leitungen der öffentlichen und privaten Institutionen einzufordern.“ Das Arbeitsgesetz bringt wesentliche Verbesserungen für die venezolanische Arbeiterklasse. So wird die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden begrenzt und die wöchentliche von bislang 44 auf 40 Stunden herabgesetzt. Bei Nachtschicht beträgt sie 35 statt bisher 40 Stunden. Bei in Wechselschichten Beschäftigten wird sie von bisher 42 auf 37,5 Stunden reduziert. Zwei zusammenhängende freie Tage werden denen garantiert, die am Wochenende arbeiten müssen. Als weitere Verbesserungen sieht das neue Arbeitsrecht vor: Der Mutterschutz dauert künftig von sechs Wochen vor der Geburt bis 20 Wochen danach. Das „Outsourcing“, also die Auftragsvergabe an Subunternehmen wird untersagt. Bereits bestehende Verträge müssen innerhalb von drei Jahren aufgelöst werden. Das Arbeitsministerium bekommt ein Einspruchsrecht, wenn ein Unternehmen Massenentlassungen plant. Bei der Schließung eines Unternehmens müssen Sozialabgaben und Gehälter vor allen anderen Verbindlichkeiten beglichen werden. Dafür haften Unternehmer auch mit ihrem Privatvermögen. Auch bei einer anderen Baustelle zeigt Maduro Entschlossenheit. Durch verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen soll die Industrialisierung des Landes vorangetrieben und die Produktion erhöht werden. Dazu wird die Zusammenarbeit mit ALBA und Mercosur forciert. Vieles spricht dafür, dass die Opposition auf Engpässe in der Grundversorgung der Bevölkerung setzt, um Unzufriedenheit mit der Regierung zu schüren. Und wenn die Regierung im Kampf gegen die Armut Erfolge verzeichnen kann, steigt logischerweise der Verbrauch an. Das Problem darf in Venezuela wie auch in anderen Staaten Lateinamerikas mit fortschrittlichen Regierungen nicht unterschätzt werden.

Hat Chavez' Tod Auswirkungen auf den kolumbianischen Friedensprozess?

Hans Weber schrieb am 6. März in Amerika 21: „Offen bleibt, welchen Einfluss Chavez' Tod auf die Fortführung des

Friedensdialogs zwischen der Regierung Kolumbiens und den FARC-Rebellen haben wird. Lt. dem Nachrichtenportal La Silla Vacía sollte der verstorbene Präsident eine wichtige Rolle als Garant für den Fall übernehmen, dass die FARC-Kämpfer tatsächlich die Waffen niederlegen. Chavez hätte garantieren sollen, dass die möglichen Vereinbarungen eingehalten und die Rebellen beispielsweise nicht in die USA ausgeliefert werden, schreibt die Redakteurin Juanita Leon. Auch Präsident Santos ... sagte, dass die Friedensverhandlungen ‚dank des Engagements und der grenzenlosen Hingabe von Präsident Chavez und der Regierung Venezuelas‘ fortgeschritten seien.“

Ob sich jetzt die neue Situation negativ auf die weiteren Verhandlungen auswirken wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorausgesagt werden. Die Verhandlungen befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium, und jede der beiden Seiten, die einen Abbruch herbeiführte, müsste sich in der Öffentlichkeit rechtfertigen und dafür stichhaltige Gründe anführen können. Der Friedensprozess hat in weiten Teilen der Bevölkerung Kolumbiens, dem nach Brasilien bevölkerungsreichstem Land Südamerikas, eine deutlich wahrnehmbare Akzeptanz gefunden. So demonstrierten in der zweiten Aprilwoche weit über eine Million Menschen in der Hauptstadt Bogota für die Weiterführung und Vertiefung des Friedensdialoges in Havanna.

Menschen aus 2000 sozialen Organisationen waren aus den zum Teil entlegenen Gebieten angereist, um ihre Forderungen lautstark zum Ausdruck zu bringen. Initiatorin der Demonstration war die Bewegung Marcha Patriótica, die von regierungsnahen Kräften immer wieder als FARC-nah denunziert wird. Aber auch viele andere Organisationen hatten sich an der Mobilisierung beteiligt. Als schließlich selbst Präsident Santos zur Teilnahme aufgerufen hatte, musste er sich den Vorwurf des Opportunismus gefallen lassen. Andererseits soll es Hinweise aus dem Repressionsapparat geben, die auf Planungen für eine mögliche Ermordung des Präsidenten hinweisen. Schließlich bedroht ein Friedensschluss die weitere Existenz eines überdimensionierten Polizei- und Militärapparates, der sich großer Privilegien erfreut. Bereits eine Wo-

che nach der Massendemonstration tagte ebenfalls in Bogota der „Nationalkongress für den Frieden“. An ihm nahmen mehr als 20 000 Menschen aus 16 Ländern teil, um eine „soziale Agenda für den Frieden“ zu entwerfen. In einer Schlusserklärung wurden die wichtigsten Forderungen zusammengetragen. „Hauptforderungen sind die Schaffung von regionalen und lokalen Räumen für den Dialog zwischen Regierung, Aufständischen und Gemeinden zur Lösung der Krise, sowie Förderung und Aufbau einer Wahrheitskommission.“ (B. Grasse, a21, 25.4.13)

In einer Videobotschaft an den Kongress rief Nicolas Rodriguez, einer der Anführer des ELN, der zweitgrößten Guerillaorganisation, zu einer großen nationalen Friedensanstrengung auf. Der ELN soll seit Mitte Mai ebenfalls an Verhandlungen mit der kolumbianischen Regierung beteiligt sein. Auch in diesem Fall ist der entscheidende Anstoß noch von Hugo Chavez gekommen. Die Gespräche sollen zum Teil andere Schwerpunkte, als die von Regierung und FARC-EP vereinbaren, beinhalten. So etwa die Themenbereiche Erdölindustrie, ausländische Direktinvestitionen, Arbeitsreform und Bildung.

Ungeachtet der Friedensbemühungen seitens der Guerilla und vieler sozialer Organisationen, wird der Krieg durch Polizei und Militär ständig intensiviert: In der zweiten Maiwoche ließ die Führung der FARC-EP folgende Meldung bekanntgeben: „Die kolumbianische Presse überschlug sich in den letzten Tagen mit der zynischen und freudigen Meldung, dass bei Militäroperationen (im Südwesten Kolumbiens) zwischen den Provinzen Cauca und Nariño der Kommandeur der mobilen Kolonne ‚Jacobo Arenas‘ Jorge Eliécer Zambrano Cardoso alias ‚Caliche‘ getötet worden ist. Er starb zusammen mit sieben weiteren Guerilleros bei einem An-

griff des Militärs. (...) Mit dem Tod von Caliche ist einer der engsten Vertrauten von Pablo Catatumbo, der sich derzeit bei den Verhandlungen in Kuba aufhält, getroffen worden.“ Auf Catatumbo sind vom US-State Departement bis zu 2,5 Millionen US-Dollar ausgesetzt.

Die FARC-EP ließen in einem Artikel über „Kompromisse und revoluti-



onäre Prinzipienfestigkeit“ Bedenken aus der Organisation und dem Umfeld entkräften, „inwieweit eventuell abgeschlossene Kompromisse die Prinzipienfestigkeit der Organisation aufgeben würden“. Interessant ist in dem Papier nicht zuletzt die Einschätzung des



Kräfteverhältnisses. „Das Kräfteverhältnis liegt militärisch zugunsten der Regierung, auch wenn die FARC-EP militärisch nicht besiegt werden können.“ Die Zustimmung in der Bevölkerung sei „zwar in vielen Gegenden groß, ein politischer Umschwung aber unrealistisch, weil viele Menschen den Krieg satt haben und politisch nicht überzeugbar sind“. Lenin wird häufiger bemüht, wenn es um Kompromissfähigkeit

geht; „auch wenn man sie (die Kompromisse) mit teilweise unliebsamen ‚Verbündeten‘ eingehen müsse,“. Sehr realistisch wird festgestellt: „Die FARC-EP hatten in den letzten zehn Jahren mit einer politischen Isolierung auf nationaler und internationaler Ebene zu kämpfen.“ Der Artikel schließt mit der Feststellung: „Frieden für Kolumbien ist dieses große Ziel, nach dem sich ein Großteil der Bevölkerung sehnt. Dafür müssen auch Kompromisse eingegangen werden. Revolutionäre Politik soll prinzipienfest sein, aber auch flexibel und kompromissfähig.“ Ein weiterer Beleg für die Ernsthaftigkeit, mit der die Friedensverhandlungen von der Delegation der FARC-EP geführt werden.

Sind linke Regierungen im Kampf gegen die Armut erfolgreich?

Während die peripheren Staaten der reichen EU immer mehr in Armut, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit versinken, führen die von fortschrittlichen Kräften regierten Staaten Lateinamerikas einen offensiven Kampf gegen die verschiedenen Ausprägungen der Armut, die ihnen von IWF hörigen Vorgängerregierungen hinterlassen wurden.

Dazu der ecuadorianische Präsident Rafael Correa anlässlich seines Deutschlandbesuches im April: „Unser Hauptaugenmerk gilt der Armut. In der Verfassung haben wir den Grundsatz der andinen Völker verankert, dass wir den Menschen das ‚Buen Vivir‘ ermöglichen wollen, ein gutes Leben. Das ist nicht erreicht, solange es auch nur einen Armen in Ecuador gibt. Wir haben die Armut um zehn Prozent verringert, aber es sind immer noch 26 Prozent.“ (SZ, 23.4.13) In Venezuela wurde seit der Regierungsübernahme durch Chavez die Armutsquote von weit über 50 auf

ca. 30 Prozent reduziert, also in etwa halbiert. „Venezuela gilt mittlerweile als das Land Lateinamerikas, in dem die Ungleichverteilung der Einkommen am geringsten ist. (D.Boris/A.Wahl, 2013) Die Armutsbekämpfung hat in allen links regierten Staaten Lateinamerikas Priorität. In Uruguay beginnt die Regierung von Präsident Jose Mujica gerade mit dem Plan „Sieben Zonen“. Ziel ist die Armut in besonders betroffenen Gebieten systematisch zu bekämpfen. Man setzt Schwerpunkte, was die Konzentration extremer Armut in Großstadregionen betrifft. Mit einem Bündel von sozialen Maßnahmen soll die strukturelle Armut, die in den 60er Jahren entstanden ist, beseitigt werden. Der verantwortliche Minister für soziale Entwicklung, Daniel Olesker, kann auf gute Erfolge der Frente Amplio-Regierung verweisen. So betrage die extreme Armut, die 2004 bei 4,7 Prozent lag, heute nur noch 0,5 Prozent. Die Armut habe damals 39,9 Prozent betragen und sei bis 2012 auf 12,4 Prozent der Bevölkerung reduziert worden. Und das alles trotz der Weltwirtschaftskrise, die das Regieren auch in Uruguay nicht gerade erleichtert hat.

Der aktuelle Jahresbericht (Human Development Report, HDR) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) bescheinigt den Staaten Lateinamerikas und der Karibik seit Beginn des 21. Jahrhunderts weltweit den größten Fortschritt bei der menschlichen Entwicklung gemacht zu haben. Während beim Ländervergleich der Weltbank nur National- und Pro-Kopf-Einkommen Berücksichtigung finden, werden hier auch Indikatoren wie Lebenserwartung, Alphabetisierung, Bildungsentwicklung und geschlechterspezifische Ungleichheit herangezogen. Unter den 187 in die Untersuchung einbezogenen Ländern liegt Kuba mit Platz 59 noch vor Mexiko, Brasilien und Kolumbien. Würde man das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen als Kriterium außer Acht lassen, wäre der Platz des sozialistischen Landes

noch weiter vorne. So liegt etwa die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen auf Kuba mit 79,3 Jahren noch über der in den USA mit 78,7 Jahren. Venezuela, das sich ebenso wie Kuba in der Gruppe der hochentwickelten Länder befindet, konnte sich schon im Vorjahr von Platz 75 auf 73 vorarbeiten und befindet sich jetzt auf Platz 71. Weit abgeschlagen sind die von reaktionären Kräften zurückgeputschten Länder Paraguay (111) und Honduras (120).

Sind die bisher ökonomisch dominierenden Klassen bereits in der Defensive?

Dieter Boris und Achim Wahl, zwei überaus versierte Kenner der



Entwicklungen in Lateinamerika, kommen in der Einschätzung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zu einer sehr vorsichtigen Bewertung, die nähere Zukunft betreffend:

„Charakteristisch für die Politik der linksgerichteten Regierungen ist der vorherrschende Pragmatismus. Es fehlt aber offenbar für eine neue Etappe die erforderliche strategische Zielstellung, die über das bisher Erreichte hinausweist. So betrachtet, sind diese Entwicklungen nach vorne hin offen. Die internationale Krise und die Kräfte der Gegenreform schaffen eine Situation beständiger Unruhe und politischer Instabilität. (...)“ Das wird – um nur ein Beispiel zu nennen – von bolivianischen Regierungsstellen ähnlich eingeschätzt. Man geht realistischer Weise davon aus, dass „jene, die sich von der anti-imperialistischen und antikolonialistischen Politik von Präsident Evo Morales

bedroht fühlen, den Prozess in Bolivien verstärkt attackieren“ werden. Bei Boris und Wahl heißt es dann weiter: „Die ökonomisch herrschenden Kräfte sind nirgendwo in der Defensive, auch in den Mitte-links regierten Ländern nicht, sondern nach einer fast zehnjährigen Prosperitätsperiode ökonomisch eher gestärkt. Sie warten bzw. bereiten sich darauf vor, ein Comeback auf der politischen Bühne zu realisieren. Jede Schwächung und jede Konflikteskalation innerhalb der aktuellen Linkskoalitionen ist für diese Kräfte ein ermunterndes Signal; im Streit um den sogenannten Neo-Extraktivismus* spielen sie sich neuerdings in Form von NGOs als Bündnispartner der eigentlichen ‚Naturbewahrer‘ auf. Die jüngsten Äußerungen des US-Verteidigungsministers erinnern im übrigen daran, dass die USA ihre einstige ‚Hinterhof‘-Region noch keineswegs abgeschrieben haben; die Rechtsputsche in Honduras (2010) und in Paraguay (2012) sowie die Rechtsschwenks in Chile, Peru usw. signalisieren auch, dass das Vorranschreiten und die Konsolidierung linker Regimes alles andere als gesichert ist.“ (jW, 26.2.13)

Auf den Rechtsputsch in Honduras 2010 reagierten Chavez und andere fortschrittliche Politiker mit der Gründung von CELAC, der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten.

Wie positioniert sich der Subkontinent im internationalen Kontext?

Nicht zufällig fand der Gipfel zur Gründung – verschoben wegen Chavez' Krebserkrankung – im Dezember 2011 in Caracas statt. CELAC versteht sich als Alternative zur Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die 1948 mit antikommunistischer Orientierung von den USA initiiert worden war. Der Gemeinschaft gehören alle Staaten des Kontinents an, außer den USA und Kanada. Mit einer Gesamtbevölkerung von über 550 Millionen Menschen wird sie zunehmend in der Lage sein, die gemeinsamen Interessen auch nach außen vernehmbar zu artikulieren.

Diese Erfahrung musste unlängst die EU machen, als im Januar beim ersten Gipfeltreffen zwischen der EU und CELAC in Santiago de Chile massive Meinungsverschiedenheiten zutage traten. Da saßen auf der einen Seite die Staatschefs der EU und drängten auf eine Öffnung der Märkte. Sie hatten bis zum Beginn der Konferenz auf Unterstützung durch die neoliberal orientierten Staaten der sog. Pazifik-Allianz (Mexiko, Kolumbien, Chile und Peru) gesetzt. Aber nicht einmal der Gastgeber, der konservative chilenische Präsident Pinera, wollte sich den EU-Positionen in der Handels- und Investitionspolitik anschließen. Die Lateinamerikaner, die auf eine Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von 4,5 Prozent verweisen konnten, hatten keinen Grund, sich den Vorstellungen der krisengeschüttelten EU zu beugen. Sie wollten eine stärkere Kontrolle transnationaler Konzerne sowie soziale Schutzmechanismen für die Be-

völkerung. Noch sind die lateinamerikanischen Staaten in ihren politischen Zielvorstellungen zu unterschiedlich, um einem Machtfaktor wie der EU geschlossen gegenüberzutreten. Deshalb konnte die EU unlängst ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru, sowie ein Assoziierungsabkom-

den Ausstieg aus der Abhängigkeit als Rohstofflieferanten. (Stichwort Extraktivismus*).

Mit ihrem gestärkten Selbstbewusstsein sind vor allem die fortschrittlich regierten Staaten Lateinamerikas in der Lage, neue politische und ökonomische Beziehungen auf Augenhöhe einzugehen. Einig ist man sich auch innerhalb der CELAC über die Notwendigkeit des Ausbaus der Beziehungen zu China, Indien und Russland, Staaten die jährliche Zuwachsraten der Wirtschaftsleistung von 5 bis 10 % aufweisen. Auch die Beziehungen zu ökonomisch weniger dynamischen Ländern Afrikas und Asiens sollen verstärkt werden. Langfristiges Ziel ist für die CELAC eine multipolare Welt und eine Vertiefung der strategischen Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Die US-Administration dürfte diese Bestrebungen mit zunehmender Sorge verfolgen. Es wäre illusionär zu glauben, die imperialistische Weltmacht Nr. 1 würde sich mit der Entwicklung auf dem Subkontinent abfinden und nicht wie bisher versuchen, Terrain zu halten und verlorenes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zurückzugewinnen. US-Militärbasen auf dem Subkontinent, diverse in Mittelamerika, auf Kuba Guantanamo, in Kolumbien, in Paraguay und die 2008 reaktivierte 4. US-Flotte, sprechen eine unmissverständliche Sprache. Präsident Rafael Correa beendete seinen Vortrag an der TU Berlin vor 1200 Zuhörern mit einem Ratschlag für die von der Krise gebeutelten Menschen – und das sind nicht mehr nur die Lohnabhängigen – in Europa: „Die Machtverhältnisse stehen zugunsten des Kapitals – ideologisches Getöse ist festzustellen. Die Menschen glauben, dass ‚es so sein muss.‘ So muss es aber NICHT sein. Bei aller Bescheidenheit: Das haben wir in Ecuador gezeigt. Es ist ein Problem der Politischen Ökonomie: Wer in der Gesellschaft entscheidet, die Menschen oder das Kapital. Die Herausforderung: Menschen sind wichtiger als das Kapital, Gesellschaften sind wichtiger als Märkte.“



„Menschen sind wichtiger als das Kapital, Gesellschaften sind wichtiger als Märkte.“ (R. Correa)

men mit Zentralamerika, abschließen. Gleiche Bedingungen zwischen ungleichen Partnern? Für Ecuador und Bolivien war das nicht zu akzeptieren, deshalb waren beide Länder frühzeitig aus den Verhandlungen ausgestiegen.

Aus Bolivien kam Mitte Mai die Meldung von der Fertigstellung der ersten industriellen Gasraffinerie. Das Ereignis ist deswegen von großer Bedeutung für das Land, weil Bolivien das zweitgrößte Erdgasvorkommen Südamerikas besitzt, jetzt erstmals in der Geschichte in der Lage ist, den Binnenmarkt aus eigener Kraft zu versorgen und nicht mehr auf teure Reimporte angewiesen ist. Vorausgegangen war ab 2005 die Rückverstaatlichung von Gas und Öl, inklusive des Energietransports. Gleichzeitig waren die Förderverträge mit den Energiekonzernen im Interesse des Staates neu ausgehandelt worden. Den gleichen Weg hatte Ecuador beschritten. Die Abkehr von den Privatisierungsorgien der Vorgängerregierungen verschafft Staaten wie Bolivien, Ecuador und Venezuela im Rahmen des ALBA-Bündnisses längerfristig den Aufbau einer industriellen Basis und damit

den Entwicklung auf dem Subkontinent abfinden und nicht wie bisher versuchen, Terrain zu halten und verlorenes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zurückzugewinnen. US-Militärbasen auf dem Subkontinent, diverse in Mittelamerika, auf Kuba Guantanamo, in Kolumbien, in Paraguay und die 2008 reaktivierte 4. US-Flotte, sprechen eine unmissverständliche Sprache. Präsident Rafael Correa beendete seinen Vortrag an der TU Berlin vor 1200 Zuhörern mit einem Ratschlag für die von der Krise gebeutelten Menschen – und das sind nicht mehr nur die Lohnabhängigen – in Europa: „Die Machtverhältnisse stehen zugunsten des Kapitals – ideologisches Getöse ist festzustellen. Die Menschen glauben, dass ‚es so sein muss.‘ So muss es aber NICHT sein. Bei aller Bescheidenheit: Das haben wir in Ecuador gezeigt. Es ist ein Problem der Politischen Ökonomie: Wer in der Gesellschaft entscheidet, die Menschen oder das Kapital. Die Herausforderung: Menschen sind wichtiger als das Kapital, Gesellschaften sind wichtiger als Märkte.“

Stand: 01.06.2013 /hd

Anzeige

August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

*Der Extraktivismus setzt auf maximale Ausbeutung von Rohstoffen und agrarischen Flächen für den Export. Als Neo-Extraktivismus wird eine Entwicklung bezeichnet, in der die Einnahmen aus dieser Ressourcenausbeute vermehrt für Sozialausgaben verwendet werden.

Die britische Regierung verweigert die Veröffentlichung von Dokumenten über den Bauarbeiterstreik von 1972

Im Juni 1972 rief die Bauarbeitergewerkschaft UCATT auf Druck der Basis zu einem offiziellen Streik auf. Ihre Forderungen waren damals die Einführung der 35 Stunden Woche und ein Mindest-lohn von 30 Pfund pro Woche.

Der Streik breitete sich wie ein Waldbrand aus. Die Kontrolle des Streiks lag in den Händen der regionalen Streik-Komitees. Der Anteil von nicht organisierten Arbeitern in diesem Bereich lag bei ca. 50 %; während des Streiks traten sie in großer Zahl in die Gewerkschaft ein. So konnte die Taktik der Arbeitgeber unterlaufen werden, die Arbeiter als angebliche Ein-Mann-Firma individuell zu bezahlen. Dieses Schema hatte seinen Ursprung Mitte der 60er Jahre, es war bekannt geworden unter der Bezeichnung „*der Lump*“; die, die es betraf erhielten nur einen „*Pauschalohn*“, weit geringer als die gewerkschaftlichen Stundenlöhne, mit bezahlten Überstunden und anderen Extras. Die, die unter diesen Bedingungen arbeiten mussten, wurden als die „*Lumpen*“ bezeichnet; für sie wurden keine Steuern bezahlt, der Arbeitgeber zahlte keine Sozialabgaben und nicht einmal Krankenkassenbeiträge – es war ein sehr gutes Geschäft für die Arbeitgeber. Natürlich untergrub dieses System die Gewerkschaften und ihre Mitglieder.

Die Streik-Komitees wandten bei ihrem Kampf die Praxis der sogenannten „*Flying Pickets*“ an. Hunderte von Pickets (Streikposten) wurden mit Bussen zu den Baustellen gefahren, an de-

nen unorganisierte arbeiteten um dies Unorganisierten in den Streik einzubeziehen. In der Bauindustrie kam es zu einem Stillstand und nach drei Monaten Streik kapitulierten die Arbeitgeber. Das Ergebnis war die größte Lohnerhöhung, die jemals in dieser Branche erkämpft worden war.

Die Unternehmer waren sauer und veröffentlichten ein Dossier mit angeblichen unrechtmäßigen Aktivitäten der Pickets. Sie wurden wegen Gewalt und Einschüchterung angeklagt. Dabei war der Einsatz einer so großen Zahl von Pickets an sich schon eine Einschüchterung, die nach dem Gesetz hätte unterbunden werden können. Es war damals die Zeit der großen Streiks der Bergarbeiter, der Hafendarbeiter und anderer Branchen. Sie hatten ihre Arbeitskämpfe alle gewonnen, weil sie die Taktik der „*Flying Pickets*“ angewandt hatten.

Die Tories hatten ihren Industrie-Relation-Court seit Juli 1972 nicht mehr angerufen, als fünf Hafendarbeiter ins Gefängnis gesperrt worden waren; daraufhin wurde damals, ausgehend von der Basis, ein Generalstreik entfacht mit dem Ergebnis, dass die fünf wieder freigelassen wurden.

Es mussten also andere Methoden gefunden werden. Ein Team von 20 Detektiven aus Nord Wales und den West Midlands stellte eine Anklageschrift gegen 24 Aktivisten des Streik-Komitees aus Chester und Nord Wales zusammen. Sie wurde für über 200 Straftaten angeklagt, u.a. Gewalttaten, Einschüchterung, Sachschäden

an fremden Eigentum; sie wurden aber auch der Verschwörung bezichtigt, nach einem Gesetz von 1875, das nur eine geringe Beweislast erforderte, aber zu lebenslanger Haftstrafe führen kann.

Der Schwerpunkt der Anklageschrift richtete sich gegen Aktionen der Pickets aus Chester und Nord Wales vom 6. und 7. September. Da hatten die Pickets Baustellen in der Region West Midlands Besuche abstatteten um das örtlichen Streik-Komitee zu unterstützen; in ihrer eigenen Region standen zu der Zeit die meisten Baustellen, auch die, auf denen Unorganisierte arbeiteten still. Die Unternehmer prahlten in der Lokalpresse damit, dass sie einen Streikbrechertrupp zusammengestellt hätten, der bereit zum Widerstand sei; als die Pickets an einer Baustelle ankamen wurden sie vom Sohn des Bauunternehmers mit einem Gewehr im Anschlag empfangen. Sie entwaffneten ihn, machten das Gewehr unschädlich und übergaben es der Polizei. Hier ist zu erwähnen, dass die Polizei die Pickets dann zwar verfolgte, aber eingesperrt wurde damals keiner. Die Pickets fuhren weiter nach Telford und fanden eine Großbaustelle, auf der lauter unorganisierte Arbeiter als „*Lumpen*“ arbeiteten. Es gab einige Schlägereien und eine Maschine ging zu Bruch. Der Bauunternehmer war Sir Alfred McAlpine einer der größten und rücksichtslosesten Unternehmer aus einer sehr mächtigen Familie.

McAlpine's Beteiligung ist der Schlüssel für die späteren Folgen. Die

Mitte Februar sind nun 40 Jahre seit der Verhaftung der „*Shrewsbury 24*“ vergangen; genau fünf Monate nach der Beendigung des dreimonatigen Streiks von 1972. Zwei Labour-Abgeordnete, einer davon Tom Watson, der zusammen mit anderen die Kampagne gegen die Abhöraffaire der Murdoch Zeitungen und die Londoner Polizei ins Rollen gebracht hatte und Grahame Morris stellten eine parlamentarische Anfrage warum der Schlüssel zu den Ereignissen von damals noch immer geheim gehalten wird. Alle möglichen Arten von Regierungsdokumenten

sind auch 40 Jahre danach noch nicht freigegeben.

Eines der Schlüsseldokumente, das zurückgehalten wird, ist eine Antwort des damaligen Tory-Innenministers Robert Carr auf den Generalstaatsanwalt Sir Peter Rawlinson vom 25. Januar 1973. Rawlinson sprach sich dagegen aus, die Pickets anzuklagen – ihnen wurde 240 Vergehen zur Last gelegt – da die angebliche „*Verschwörung*“ nur ein Gerücht sei und es hierfür keinerlei Beweise gegen irgendwelche Personen gab oder dass Gewalt gegen Sachen ausgeübt worden wäre. Rawlinson

berichtete Carr außerdem, dass der gesetzliche Berater des Finanzministers auch die „*Ansicht vertrat, dass die Anklage nicht in die Wege geleitet werden sollte.*“ Aber ein paar Wochen später wurden die Pickets doch angeklagt. Vielleicht war Rawlinson's Brief nur aus Versehen veröffentlicht worden.

Es ist bekannt, dass an der Spitze der Heath-Regierung über die Streiks verhandelt wurde, einer Regierung in der mindesten sechs Ministern Verbindungen zur Bauindustrie nachgesagt wurden.

m.j.(2/5/13)

Familie hat sehr gute Beziehungen zur Polizei, zu Politikern in Nord Wales und zur Führung der Tories. McAlpine war Schatzmeister der Partei während der Thatcher Zeit.

Der Prozess wurde in Shrewsbury verhandelt und die Pickets wurden verurteilt; sechs von ihnen mussten ins Gefängnis, der Rest bekam Bewährungsstrafen.

Dea Warren, ein Kommunist, wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, Rick Tomlinson zu zwei Jahren. Warren stellte in seinem Plädoyer vor Gericht heraus, dass die eigentliche Verschwörung zwischen der Regierung, den Unternehmern und der Polizei stattgefunden hatte. Er warnte die Gewerkschaften, dass hier ein Präzedenzfall geschaffen worden sei; es sei ein Angriff auf das Recht Pickets (Streikposten) einzusetzen und damit auf die Effektivität von Streiks überhaupt. Die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze der Thatcher-Regierung, die von Blairs Regierung beibehalten worden waren, kriminalisierten das Picketing und machten es dadurch

schwieriger, Streiks erfolgreich zu führen.

Üblicherweise findet eine Verschwörung im Geheimen statt, aber bis jetzt hielt das Streikkomitee in Chester und Nord Wales öffentliche Versammlungen im Saal einer bekannten Gaststätte in Chester ab und jeder der sich am Streik beteiligt ist willkommen und hat auch Rederecht.

Warren und Tomlinson setzten ihren Kampf im Gefängnis fort. Sie weigerten sich zu arbeiten und führten einen Hungerstreik durch. Warrens Gesundheit wurde durch diese Erlebnisse stark angegriffen; eventuell tat auch der Drogencocktail, der ihm zur Ruhigstellung verabreicht worden war das Übrige. Er entwickelte ähnliche Symptome, wie sie bei der Parkinson Krankheit auftreten. Die letzten fünf Jahre seines Lebens musste er im Rollstuhl zubringen und starb 2004 im Alter von 66 Jahren.

Tomlinson war schon immer ein Entertainer, er spielte Banjo, sang und trat als Komiker in den Arbeiterclubs in der Gegend um Liverpool auf. Ken

Loach, der marxistische Filmemacher, gab ihm Rollen in einer Reihe von Filmen. (Loach bevorzugt es die Rollen in seinen Filmen mit Menschen aus der Arbeiterklasse zu besetzen anstatt mit berühmten Stars) Tomlinson trat in einigen populären Fernsehserien auf, manche hatten einen ernsten Charakter, manche waren Komödie. Er ist derzeit einer der bekanntesten Komiker im britischen Fernsehen.

Vor einigen Jahren rief er eine Kampagne ins Leben, um die Unschuld der Pickets zu beweisen und ihren guten Namen wiederherzustellen. (drei von ihnen sind bereits verstorben)

Am 23. Januar 2013 gab die Regierung 40 Jahre alte Papiere über den Streik der Bauarbeiter von 1972 zur Veröffentlichung frei, aber aus Gründen der „Nationalen Sicherheit“ hält sie einige andere Informationen von damals für zehn weitere Jahre unter Verschluss. Das muss man doch – gelinde gesagt – als Vertuschung bezeichnen. Die Kampagne, die wahren Verschwörer von 1972 aufzudecken geht also weiter. *m.j. (29/1/13)*

Einleitung zur Diskussion des Beitrages „Warum hat die DDR-Arbeiterschaft 1989/90 ihr Volkseigentum nicht verteidigt?“ (überarbeitet) ARSTI-Tagung am 1./2. Juni 2013

Derzeit braucht die deutsche Bourgeoisie nicht mehr auf eine konkurrierende gesellschaftliche Perspektive Rücksicht zu nehmen. Sie kann auf den globalen Konkurrenzkampf verweisen. Mit Merks Worten heißt das: „Wir müssen die Nase vorn haben“. Bei allen negativen Begleiterscheinungen, die die Profitproduktion hervorbringt – der bessere Lebensstandard gegenüber anderen Ländern lässt die deutschen Lohnabhängigen die Profitproduktion z. Zt. hinnehmen und nach individuellen Lösungen suchen – und die Bessergestellten sehen unsere Verhältnisse als verteidigungswert an.

Wir wissen, dass die Krisenentwicklung zum Wesen des Kapitalismus gehört. Deshalb wissen wir auch, dass mit der weiteren Entwicklung Fragen auf uns zukommen, zusammengefasst in: Wie kann die Krisenentwicklung überwunden werden? Und dabei spielen dann die Erfahrungen mit der DDR keine nebensächliche Rolle.

Auf den Erfahrungen der Menschen mit der DDR kocht noch heute die deutsche Bourgeoisie ihr propagandistisches Süppchen – wenn z. B. im Fernsehen Filme mit geschichtlichem DDR-Hintergrund gezeigt werden. In den neuen Bundesländern soll einer „Ostalgie“ entgegengewirkt werden. Und hier im Westen soll aufgewärmt werden, dass der Sozialismus kein erstrebenswertes Ziel sein könne.

Wenn wir uns heute mit der DDR intensiv befassen, so ist das im Wesentlichen eine Vorbereitung auf kommende Diskussionen, die die kapitalistische Krisenentwicklung uns aufdrängt.

Hatten die klassenbewussten Arbeiter vor hundert Jahren den Traum vom Sozialismus im Kopf, so müssen wir heute erklären, warum der Aufbau des Sozialismus in einem Teil Deutschlands – und im Hintergrund auch in der Sowjetunion – gescheitert ist. Der bisherige Weg der Arbeiterbewegung ist gepflastert mit Niederlagen. Für den weiteren Weg konnten die Niederlagen

immer nur genutzt werden, wenn sie aufgearbeitet wurden.

Bevor wir den Entwurf diskutieren ein paar Worte zur Auseinandersetzung unserer politischen Väter und Großväter um die SBZ und die DDR in den fünfziger Jahren. Die Bevölkerung der DDR ist von der Arbeiterpolitik (ARPO) immer als ein Teil der Klasse der deutschen Arbeiterklasse angesehen worden.

Bei aller Solidarität zur Sowjetunion war den ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei Opposition (KPO) in der SBZ bewusst, dass nur ein eigenständiger Aufbau des Sozialismus nachhaltig sein konnte. Sie sahen die Gefahr, dass sich Kommunisten in den Augen der Arbeiterklasse kompromittierten, wenn sie sich in irgendeiner Form einer der Besatzungsmächte zur Verfügung stellen würden. Denn dann könnten sie nicht mehr die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten, sondern im Wesentlichen nur die der Besatzungsmächte. Im Bewusstsein dieser Problematik verhielten sich ehema-

lige KPO-Mitglieder unterschiedlich, Robert Siewert, Alfred Schmidt, Paul Elflein und so viele nicht genannte. Nicht nur Jakob Walcher sah vor allem – und das war für ihn bei seiner Rückkehr aus dem Exil entscheidend – dass die gesellschaftliche Grundlage geändert worden war, indem der Großgrundbesitz in eine Form des Gemeinbesitzes überführt worden war und die Unterstützer der NSDAP aus dem Großbürgertum (Kapitaleigner) enteignet wurden. Damit war die Voraussetzung geschaffen, um zu einer sozialistischen Gesellschaft vorstoßen zu können.

Viele ehemalige KPO-Mitglieder stellten sich in der Hoffnung, bestehende Mängel allmählich überwinden zu können, dem Aufbau sozialistischer Grundlagen unter den Vorgaben der SU zur Verfügung. Besonders in Thüringen waren es 1945 ehemalige KPO-Mitglieder, die an vielen Orten den Wiederaufbau von KPD-Zellen initiierten. Sie wollten dazu beitragen, dass die arbeitende Bevölkerung so schnell wie möglich aus dem Schlamassel, den die Nazis bereitet hatten, herauskommen konnte. Anfangs war es ihnen auch möglich, Kritik an dem zu üben, was sie als falsch ansahen.

Auch im Westen gab es unterschiedliches Verhalten. Unterschiedliche Versuche aus den Erfahrungen zu lernen gab es mehr als genug: Die KPD einerseits, die SPD andererseits konnten von ihrer Vergangenheit leben und von der Unterstützung, die sie von ihren jeweiligen Hintermännern erhielten. Insgesamt konnten sich Kommunisten nicht durchsetzen, u. a. weil das „Wirtschaftswunder“ ab etwa 1953 die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter befriedigen konnte und dann noch zusätzlich etwas gab. Das geht aus dem Studium der schriftlichen Zeugnisse, die seit 1945 vorliegen hervor.

Schon die alten Diskussionen innerhalb der Gruppe über den Weg der DDR zeigen, dass es in Gesprächen mit Kolleg(inn)en, die vom Klassenstandpunkt der Lohnabhängigen ausgehen, notwendig ist, nicht oberflächlich zu argumentieren, sondern sich mit den Ursachen des Scheiterns der DDR auseinanderzusetzen. Dabei können wir uns nicht auf eine geschlossene Analyse und Stellungnahme unserer politischen Väter und Großväter stützen. Zu den einzelnen Gesichtspunkten dieser Problematik ist an verschiedenen Stellen etwas ausgesagt worden.

Die Artikel in den ersten ARPO-Jahrgängen ab 1948 spiegelten den Widerspruch zur konkreten Politik der sozialistischen Besatzungsmacht wie zur KPD/SED wider, in den unsere politischen Freunde gerieten. Ihre konkreten Darstellungen sind wertvoll. Viele Artikel sind besonders Hermann Jahn zu verdanken, der – wie Paul Elflein aus der SBZ – überkommen musste. Über die Bodenreform – die Enteignung der Großgrundbesitzer – schrieb Paul, der damals damit zu tun hatte.

In der Einschätzung des 17. Juni 1953 tat sich zwischen dem ARPO-Redakteur Rudi Hanke und Heinrich Brandler ein Gegensatz auf, der dazu führte, dass in ein und derselben ARPO-Ausgabe Brandler den Hintergrund der Ereignisse erläuterte, während Hanke im Leitartikel polemisierte. Seine Polemik gegen die Politik der Besatzungsmacht sowie gegen die SED-Führung gipfelte in seiner (allgemein bürgerlichen) Forderung „Der Spitzbart muss weg“ – also Ulbricht. Brandler hingegen sagte über Ulbricht, den er selber in die KPD aufgenommen hatte: „Er vertritt die höheren Interessen der deutschen Arbeiterklasse.“

Brandler bezog ebenso wie Thalheimer in seinen analytischen Betrachtungen den internationalen Klassengegensatz, also die internationalen Kräfteverhältnisse und die historischen Erfahrungen mit ein, ohne die die Politik der SU und die Entwicklung in der DDR nicht zu verstehen sind. Rudi Hankes Argumentation können in den entsprechenden Artikeln in der ARPO der fünfziger Jahre nachgelesen werden. In diesem Zusammenhang ist für uns die Aussage Ursula Herrmanns (frühere Mitarbeiterin am Institut für Marxismus-Leninismus in Berlin) auf einer Konferenz mehrerer linker Organisationen im Februar 2013 interessant. Sie sagte u. a.: „Der größte Widerspruch zwischen beiden [nämlich der SED und der Sozialdemokratie vor 1914] war die Auffassung und Handhabung von Demokratie, das Vertrauensverhältnis zu den Parteimitgliedern und in die Volksmassen, die Selbständigkeit der Basis. Die revolutionäre Sozialdemokratie war durch und durch demokratisch gestaltet. Sie lebte durch die Eigeninitiative der Mitglieder und örtlichen Parteiorganisationen, orientiert an zentralen Festlegungen. An dieser Selbständigkeit der Basis zerbrach z. B. das Sozialistengesetz“ (Marxistische Blätter Heft 3/2013, S. 77/78).

Während Rudi Hanke ganz einfach die „Arbeiterdemokratie“ als ultima Ratio, als Gegenmodell zur bestehenden Machtausübung forderte, konnte Heinrich Brandler die von Ursula Herrmann beschriebene Erfahrung aus der Zeit der Vorkriegssozialdemokratie und die Erfahrung der deutschen Revolution 1918/19 in die Diskussion der Gruppe Arbeiterpolitik einbringen: In einem Brief schreibt er: „Frage doch mal euren Delegierten, ob auf der Jahreskonferenz eine Diskussion über die Haltung der ARPO zu der Art der abstrakten Diskussion der ‚Arbeiterdemokratie‘ stattgefunden hat. Sie war Rudis Allheilmittel in der DDR gegen den Ulbrichtkurs, und bei der Stellungnahme der ARPO zu Polen und Ungarn diente sie als Ersatz jeder konkreten Analyse. ... Ich wandte mich 1953 gegen die Arbeiterdemokratie als Phrase, als er sie in der DDR als Allheilmittel empfahl. Hätten Räte 1953 in der DDR nicht notwendig gegenrevolutionäre, antisozialistische Mehrheiten zur Folge gehabt? ... Räte können immer nur in der Bewegung vorhandenem oder nicht vorhandenem sozialistischem Bewusstsein zum Ausdruck verhelfen, wie das Thermometer nur die wirkliche Temperatur anzeigen kann.“

In einem Brief Brandlers vom 12. 6. 1958 kommt zum Ausdruck, dass nicht nur Rudi Hanke, der abstrakten Forderung nach Arbeiterdemokratie anhing: Er schrieb: „In einem meinem Ausscheiden vorhergehenden Diskussionsversuch stellte ich fest (in Bremen), dass ich außerstande war, in den paar Stunden den Freunden begreiflich zu machen, um was es eigentlich geht.“ (Brief vom 12. 6. 1958, Archiv Nr. 2.11)

Als entscheidende Voraussetzung für eine notwendige Demokratie unter denen, die den Sozialismus anstrebten, war für Heinz Brandler, den Arbeitern ihre Aufgabenstellung beim Aufbau des Sozialismus unter den weltpolitischen Kräfteverhältnissen aufzuzeigen und damit auch die notwendigen Opfer für die Arbeiterklasse zu erklären.

Nachdem der Redakteur Rudi Hanke 1959 das Erscheinen der Zeitschrift Arbeiterpolitik eingestellt hatte, brachte die Bremer Gruppe Arbeiterpolitik ab 1960 als Nachfolgezeitschrift die Briefe an unsere Leser und etwas später die neue Arbeiterpolitik heraus. Heinz Brandler unterstützte diese Arbeit mit seinen Artikeln zur Weltpolitik, in denen er dann auch zu verschiedenen Aspekten der Problematik DDR Stellung nahm.



■ ZUR DISKUSSION

Warum hat die DDR-Arbeiterschaft 1989/90 ihr Volkseigentum nicht verteidigt?

Es entspricht guter Tradition in der Arbeiterbewegung, Erfahrungen und Probleme zu diskutieren. Das Scheitern der Sowjetunion und der DDR sind tiefgehende negative Erfahrungen nicht nur der deutschen Lohnabhängigen. Gesellschaftliche Klassen lernen aus ihren Erfahrungen. Negative Erfahrungen zwingen geradezu zur Aufarbeitung in der offenen Diskussion. Nachstehend ein erster Diskussionsbeitrag von *Arbeiterpolitik* und *Arbeiterstimme* hierzu.

Vom Kapitalismus zur Zeit des Systemgegensatzes zum globalisierten Kapitalismus

Mit dem Zerfall der Sowjetunion haben sich die Kräfteverhältnisse in der Welt verändert, in Europa besonders deutlich mit dem Anschluss der DDR an die BRD. Einen Konkurrenzkampf der Gesellschaftssysteme gibt es nicht mehr. Die kapitalistische Produktionsweise ist weltweit vorherrschend. Die herrschenden Klassen sehen es deshalb nicht mehr als notwendig an, die Lohnabhängigen mit Zugeständnissen gegen den Kommunismus zu immunisieren. Die Funktion, als Schaufenster auf den Osten zu wirken, ist weggefallen. Diese Ausprägung des Kapitalismus

während des Systemgegensatzes ist durch globalisierten Konkurrenzkampf abgelöst worden.

Auch mehr als zwanzig Jahre nach dem Anschluss an die BRD konnten sich deshalb die Wohlstandserwartungen für die große Mehrheit der Ostdeutschen nicht erfüllen. Zwar gibt es Gewinner, gibt es volle Regale in den Geschäften, Reisefreiheit und sagen kann man auch so vieles. Doch Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigung, durch niedrigere Löhne als im Westen Arbeiter zweiter Klasse zu sein, die schlechteren Arbeitsbedingungen der Frauen, das stand nicht auf dem Wunschzettel.

Dass die Voraussetzungen für Zugeständnisse der herrschenden Klasse in Deutschland – wie die Mittel- und Westeuropas – an die Lohnabhängigen weggefallen sind, bekommen natürlich auch die westdeutschen Lohnabhängigen zu spüren. Ein Baustein aus dem Schaufenster zum Osten war z. B. das 1957 vom Bundestag beschlossene Umlageverfahren für die Rente und die Rentenanpassung an die allgemeine Entwicklung der Bruttolöhne. 2002 wurde die »sichere Rente« (Norbert Blüm 1986: »Denn eins ist sicher: die Rente.«) deutlich abgesenkt und damit die Altersarmut vorgezeichnet. Ein Teil der

Altersvorsorge wurde privatisiert und dient den Banken und Versicherungen als Profitquelle. Die inzwischen verbreitete prekäre Beschäftigung lässt für viele jetzt die Altersarmut sicher werden, denn mit den Hartz-Gesetzen wurde (unter Mitwirkung der Gewerkschaften) in Deutschland ein Niedriglohnssektor durchgesetzt. Hatte der Gegensatz der gesellschaftlichen Systeme es in Westdeutschland bis dahin möglich gemacht, die materiellen Bedürfnisse der Menschen überwiegend zu befriedigen, so gehört heute für immer mehr abhängig arbeitende Menschen die soziale Sicherheit der Vergangenheit an.

Der weltweite kapitalistische Konkurrenzkampf hat zur Erhöhung der Ausbeutung der Lohnabhängigen geführt, deren Denken im Westen noch bestimmt ist von der langen sozialpartnerschaftlichen Phase, in der Gewerkschaftsfunktionäre stellvertretend für die Lohnabhängigen Löhne und Arbeitsbedingungen aushandelten. Parallel dazu ist die arbeitende Bevölkerung in den neuen Bundesländern geprägt durch die Gewohnheit, dass die Obrigkeit alles regelt. Während heute der radikale Sozialabbau besonders in den südlichen Staaten der Eurozone die Gewerkschaften zu Abwehrkämpfen



zwingt, entwickelt sich bisher weder im Westen noch im Osten eigenständiger Widerstand der Lohnabhängigen gegen den Sozialabbau. Die ökonomische Stärke Deutschlands und die Prägung durch gemachte Erfahrungen lassen hier kaum Solidarität mit den kämpfenden Lohnabhängigen in Europa aufkommen.

Mit der Deindustrialisierung der neuen Bundesländer zerstörten die westdeutschen Kapitalisten die von den ostdeutschen Arbeitern geschaffenen Produktionsmittel, entledigten sich möglicher Konkurrenz und lasteten die eigenen Kapazitäten voll aus. Die Lohnabhängigen in den neuen Bundesländern – viele arbeitslos geworden – wurden zum Einfallstor für die Offensive der Unternehmer zur Aufweichung der Flächentarifverträge in ganz Deutschland. Ostdeutsche Frauen, die in der DDR gleichberechtigte Arbeitskräfte waren, wurden wieder an den Herd gedrängt.

Die Bevölkerung der DDR, die Wohlstand und Reisefreiheit wollte und in ihrer Republik keine Perspektive mehr sah, kam in einem völlig veränderten Gesamtdeutschland an. Sie hatte durch Familienkontakte, Fernsehen und Radio das Bild einer besonderen Phase des Kapitalismus im Kopf, das allerdings mit dem An-

schluss der DDR an die BRD und der Auflösung der Sowjetunion Geschichte ist. Angst vor dem sozialen Abstieg ließ Fremdenfeindlichkeit aufkommen und gibt Neonazis Raum für Propaganda. Allerdings sagt die eigene Lebenserfahrung vielen etwas anderes, gibt ihnen ein differenzierteres Bild als das, was die bürgerliche Propaganda in den Medien ihnen aufdrängen will. Das Schul- und Gesundheitssystem, der Wohnungsbau und die Mieten, sowie die soziale Sicherheit in der ehemaligen DDR werden immer noch überwiegend positiv gesehen. Ein Zurück in die DDR will die große Masse der ostdeutschen Lohnabhängigen nicht, aber die Unzufriedenheit über die jetzige soziale Lage ist verbreitet.

In mehreren Städten konnten Teile der jungen Generation, die nicht die DDR-Sozialisation erfahren haben, inzwischen initiativ werden, sich selber organisieren und z.B. erfolgreich Neonazi-Aufmärsche verhindern. In Dresden wurde gegen Obrigkeit, Justiz und Polizei in der Stadt verhindert, dass die NPD die Zerstörung Dresdens 1945 durch alliierte Bomber für ihre Propaganda nutzen konnte.¹⁾

Dass der Kapitalismus den Menschen keine Perspektive mehr bieten kann, erkannten in der Wirtschaftskrise 2008/2009 selbst bürgerliche Schreiber. Dass wir es nicht mit einer schnell vorübergehenden Phase des Kapitalismus zu tun haben, bemerkte im November 2011 auch Frank Schirrmacher, Herausgeber der Frankfur-

Bild links: Linkes Foto wurde am 23. Juli 1948 in Salzgitter während einer Kundgebung aufgenommen. Es zeigt den Dritten von links: **Otto Grotewohl**, vor dem Krieg SPD-Funktionär in Braunschweig, **Wilhelm Pieck**, Mitbegründer des Spartakus-Bundes, Unbekannt, Unbekannt, **Erich Söchtig**, BR-Vorsitzender der Stahlwerke Salzgitter. Die Erstgenannten waren auf einer mehrtägigen Reise durch die Britische Zone unterwegs, um für eine Initiative der SED zu werben, die für einen einheitlichen Gewerkschaftsverband in allen Besatzungszonen eintrat. **Bild rechts** zeigt das Publikum dieser Kundgebung, in der ersten Reihe sitzen **britische Offiziere**, diese Veranstaltung zu begutachten. Kurze Zeit später wurde eine zweite Reise der SED-Funktionäre durch die britische Besatzungszone von den Briten nicht mehr erlaubt.

ter Allgemeinen Zeitung: »Es wird immer klarer, dass das, was Europa im Augenblick erlebt, keine Episode ist, ...«. Besondere Aufmerksamkeit erregte die Occupy-Bewegung mit ihrer Besetzung der Wallstreet in New York. Sie trug auf ihren Spruchbändern »Die Krise heißt Kapitalismus« und forderte u. a. die Verstaatlichung der Banken. Aber alle bisherige Kritik an der gegenwärtigen Krise, die in der Öffentlichkeit Beachtung fand, rüttelte nicht an der bürgerlichen Gesellschaft, nicht am Kapitalismus.

Obwohl Menschen erfahren, dass die Krise einfach zur Marktwirtschaft gehört, dass die Banken mit ihren Steuergeldern gerettet wurden, die nun im Sozialbereich fehlen, dass die Ursache weltweiter Umweltprobleme, die Gefährdung unserer Gesundheit z. B. durch Fleisch aus Massentierhaltung ihre Ursache im Profitstreben haben, werden die Lohnabhängigen noch nicht zu der Erkenntnis gedrängt, dass die Profitproduktion überwunden, durch eine bedarfsdeckende Wirtschaft ersetzt werden muss.

Im weltweiten Konkurrenzkampf auf der Jagd nach dem höchsten Profit, getrieben von Krise und Konkurrenzdruck, greift das Kapital weiter die kargen sozialen Besitzstände der Lohnabhängigen an. Und die sehen: Ein Teil der Lohnabhängigen kann seinen Lebensunterhalt nicht mehr durch den Verdienst aus Lohnarbeit bestreiten, ein weiterer Teil wird – bedingt durch die technologische Entwicklung – für die Profitproduktion einfach nicht mehr gebraucht und wird auf Dauer arbeitslos. Dabei ist Deutschland noch verhältnismäßig gut gestellt: Bis zu 25 Prozent der arbeitenden Bevölkerung ist in der Industrie beschäftigt. Die Konkurrenz um die Arbeitsplätze und die wachsende prekäre Arbeit macht Kollegen in festen Arbeitsverträgen gefügig, lässt sie so vieles hinnehmen: Durch verlängerte Arbeitszeiten und die Verdichtung ihrer Arbeit werden sie bis an ihre Grenzen belastet. Staats-

bedienstete werden durch Haushaltskürzungen unter Druck gesetzt. Frauen müssen immer noch eine Ungleichbehandlung hinnehmen: Indem sie die Hauptlast der Familienarbeit tragen, ist ihnen eine Gleichstellung in der Arbeitswelt versperrt. Ausgelehnten werden zunehmend überwiegend Zeitverträge angeboten.

Das Kapital schafft veränderte Verhältnisse. Die entstehenden Widersprüche können nicht durch Tarifverhandlungen der Gewerkschaften aufgehoben werden, denn Gewerkschaften vertreten die Interessen der Lohnabhängigen nur in dem Rahmen, wie die Profite nicht beeinträchtigt werden, also im Rahmen dieser Gesellschaftsordnung. Die heutige Generation ist damit letztlich gezwungen sich mit den veränderten Verhältnissen auseinander zu setzen. Dabei fehlen den Lohnabhängigen heute Kampferfahrung und Klassenbewusstsein, was in der Nachkriegsgeneration bei Teilen der Arbeiterschaft noch vorhanden war – wenn auch ausgerichtet auf Reformen innerhalb dieser Gesellschaftsordnung.

Besonders in Deutschland kommt ein Problem hinzu: Stand in Deutschland die massenhafte politische Organisierung der Arbeiter vor mehr als hundert Jahren unter dem Zeichen des sozialistischen Marxismus (Sozialismus war vor dem 1. Weltkrieg der Traum breiter Arbeiterschichten und 1918/19 waren die revolutionären Massen nicht nur Partei- und Gewerkschaftsmitglieder²⁾), so hat die Klasse der Lohnabhängigen heute nicht nur zu verarbeiten, dass der erste Versuch, den Sozialismus aufzubauen, gescheitert ist. 1914 hatten die deutschen Arbeiter einen Lebensstandard erreicht, der für sie verteidigungswert war. Die Forderungen der Masse der Arbeiter blieben immer konkret; so war dann in der revolutionären Phase nach dem 1. Weltkrieg mit dem Zugeständnis des 8-Stunden-Tages eine ihrer zentralen Forderungen erfüllt. Die deutsche

Arbeiterklasse schaffte es nicht, den Weg vom Kampf um Reformen zum Kampf zur Überwindung des Kapitalismus zu finden. Deshalb konnte sie die von den russischen Arbeitern erhoffte Hilfestellung beim Aufbau ihrer sozialistischen Wirtschaft nicht geben. In der Sowjetunion führte die Hunger- und Kriegsgefahr 1927/28 zur Zwangskollektivierung und Industrialisierung, die unter Stalin mit brutalen Methoden durchgeführt wurden. Diese Methoden der sozialistischen Akkumulation stießen die westeuropäischen Arbeiter ab und trugen entscheidend zur Enttäuschung über die SU bei. Die Industrialisierung war jedoch eine Voraussetzung für den Sieg der Roten Armee über die faschistische deutsche Wehrmacht im zweiten Weltkrieg

Die sowjetischen Methoden des Aufbaus waren abschreckend. Unter diesem Eindruck bildete sich die weit verbreitete Meinung heraus: Der Sozialismus ist kein Ausweg. Und die bürgerliche Propaganda in den Medien ist darauf abgestellt, dieses stark ablehnende Gefühl wach zu halten. Im »Weser Kurier« vom 9. Januar 2012 wurde die Situation so beschrieben: »Eine Renaissance von Karl Marx etwa ist nicht zu erkennen. Immerhin hat er vor mehr als 150 Jahren die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems analysiert. Doch von einer linken Alternative, dem Sozialismus graut auch 22 Jahre nach dem Ende der DDR und der Sowjetunion noch immer den allermeisten.« Hier ist also eine Quelle entstanden, aus der das bürgerliche Lager für den Kampf gegen die Klasseninteressen der Lohnabhängigen schöpfen kann.

Bei der Weiterentwicklung der Krise ist die Masse der Lohnabhängigen gezwungen, für konkrete Ziele zu kämpfen. Damit diese Kämpfe nicht vereinzelt nebeneinander stehen bleiben, ist es notwendig, die Ursachen der Krise zu verstehen, die in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen liegen, und eine Perspektive zu entwickeln, die über den armseligen Rahmen der Ausbeutung und Verwertung menschlicher Arbeitskraft und der natürlichen Quellen allen Reichtums hinausweist. Für Menschen, die unter den Lohnabhängigen vom Klassenstandpunkt aus wirken wollen, ist es deshalb notwendig, sich

1) Dazu »Dresden 2010 – Sie kamen nicht durch!« Arbeiterstimme Nr. 167, 39. Jahrg. 2010, S. 1ff

2) Dazu auch die Einleitung von Frank Dingel zu Richard Müller, *Geschichte der deutschen Revolution*. Olle & Wolter 1974 (Im Neudruck 2012 fehlt die Einleitung). Ende 1918 passete sich die Sozialdemokratie mit auf Flugblättern verbreiteten Losungen wie »Kampf gegen die Reaktion. Für die Durchführung des Sozialismus« und »Die Sozialisierung ist da!« der Stimmung in den Arbeitermassen an (Udo Achten, Siegfried Krupke, *Flugblätter der Arbeiterbewegung*, Büchergilde Gutenberg).

mit Fragen der sozialistischen Perspektive auseinander zu setzen: In Deutschland heißt das, der **Ursache des Scheiterns der DDR** und des ersten Versuchs, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, auf den Grund zu gehen. Und da heißt die Frage: Warum hat die Arbeiterklasse der DDR 1989/1990 ihr Volksvermögen nicht verteidigt und die Vernichtung der DDR-Industrie, was für sie Arbeitslosigkeit bedeutete, nicht verhindert?

In Deutschland erfordern die unmittelbaren Erfahrungen mit der DDR, die objektiven Voraussetzungen herauszuarbeiten, unter denen in der SBZ/DDR versucht wurde, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Bei dieser Untersuchung ist es wichtig, die Entwicklung in der SBZ/DDR nicht isoliert zu betrachten. Sie muss vielmehr im Zusammenhang mit dem ersten Versuch, in der Sowjetunion eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, gesehen werden, also im dadurch entstehenden weltpolitischen Gegensatz zweier Gesellschaftssysteme und in den historisch gewachsenen Voraussetzungen. Wir können hier nur Grundzüge aufzeigen.

Die Wahrnehmung der DDR in Westdeutschland

Unter den westdeutschen Arbeitern hatte sich nach und nach die Meinung herausgebildet, dass der Sozialismus für sie kein gesellschaftliches Ziel sein könne. Zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den an Polen und die SU abgetretenen Reichsgebieten östlich von Oder/Neiße sowie aus der Tschechoslowakei und Südosteuropa waren besonders zugänglich für eine revanchistische Politik. Ca. 1,7 Millionen Menschen, vielfach qualifizierte Fachkräfte, verließen in der Zeit von 1945 bis 1961 die sowjetisch besetzte Zone, bzw. die DDR in Richtung Westen. Sie wurden durch den höheren Lebensstandard, die vermutete persönliche Freiheit in Bezug auf bürgerliche Grundrechte, Demokratie und durch die Erwartung einer besseren individuellen Lebensperspektive angezogen. Das war eine deutliche Abstimmung gegen den Versuch, auf deutschem Boden den Sozialismus aufzubauen und wirkt in der BRD nach. Zwar gab es auch Westdeutsche, die es vorzogen, in die DDR zu gehen. Diese Abwanderung

ist zahlenmäßig jedoch nicht mit der nach Westen zu vergleichen.

Heute wird die DDR von den bürgerlichen Parteien und den Medien verteufelt, um so das Suchen nach einem Weg zur Überwindung des Kapitalismus zu erschweren. Auch zu diesem Zweck ist die wirtschaftliche Entwicklung der DDR konsequent schwarz gemalt worden.

War die DDR-Wirtschaft auch nicht so produktiv wie die der BRD, die weltweit mit an der Spitze stand, so war die DDR im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) industriell am höchsten entwickelt. Mit der Einführung der D-Mark Mitte 1991 rissen die Wirtschaftsbeziehungen zu den ehemaligen RGW-Staaten ab, denn die benötigten nun zur Bezahlung Devisen, an denen es mangelte. Im RGW war die DDR mit vom westlichen Kapitalmarkt unabhängigen Verrechnungsformen eingebettet. Auch der damalige »DDR-Binnenmarkt« hörte auf zu bestehen: Die Menschen wollten nur noch Westprodukte. Selbst Lebensmittel aus eigener Produktion wurden nicht mehr gekauft.

Über die Treuhand wurde dann die DDR, deren bisherige Wirtschaftsbeziehungen nun gekappt waren, quasi de-industrialisiert. Hunderttausende Arbeitsplätze wurden vernichtet. Die Wirtschaft der »alten« Bundesländer erreichte dadurch einen vorübergehenden Aufschwung. Ein unliebsamer Konkurrent für die westlichen Unternehmen wurde effektiv ausgeschaltet und sozialistische Wirtschaftsmethoden diskreditiert.

Die Unterschiede zwischen Ost und West hatten ihre Ursachen

Während die Länder der westlichen Alliierten von Zerstörungen im 2. Weltkrieg relativ geringfügig betroffen waren, wurde der europäische Teil der Sowjetunion von den deutschen Truppen so verwüstet, dass die sowjetische Bevölkerung ein Jahrzehnt brauchte, um die verbrannte Erde wieder bewohnbar zu machen. Und stets im Bewusstsein war seit den Interventionskriegen 1918-20 die Bedrohung der Sowjetunion durch die industriell hochentwickelten kapitalistischen Staaten. Im Sommer 1919 standen die Truppen von 14 Staaten auf sowjetischen Gebiet, ohne dass eine Kriegserklärung erfolgt war, u.

a. von Großbritannien, Frankreich, den USA, Japan und Deutschland. Die Armeen der weißgardistischen Generäle sollten gemeinsam mit den Interventionstruppen von allen vier Himmelsrichtungen konzentrisch auf Moskau vorrücken.

Von Kriegsschäden verschont geblieben, konnten die USA nach 1945 als Kreditgeber und Waren- bzw. Waffenlieferant das Geschäft des Siegers machen. Zwar verlangten alle Siegermächte Wiedergutmachung, doch aufgrund der ungeheuren Zerstörungen forderte die SU entsprechend hohe Reparationen von Deutschland. Die USA, deren Industrie brummte, waren hauptsächlich an den deutschen Spezialisten (u. a. um Wernher von Braun) und Patenten interessiert.

Da die Westmächte der SU als ihrem internationalen Klassenfeind Wiedergutmachungen aus ihren Besatzungszonen verweigerten, sah sie sich gezwungen, ihre Forderungen aus ihrer Besatzungszone herauszuholen. (Wie von Arno Peters in einer Berechnung verdeutlicht wurde, hätte die DDR daher ein Guthaben bei der BRD. (Siehe Kasten S. 7))

Ziele der Westalliierten nach dem 2. Weltkrieg ...

Die Politik der »bedingungslosen Kapitulation« und die »Kollektivschuldthese« der Alliierten hatten dazu beigetragen, dass sich in der deutschen Bevölkerung keine eigenständige Kraft gegen die Nazidiktatur herausgebildet hatte. Der Bombenkrieg gegen die städtische Bevölkerung drängte die Menschen dichter an die Seite der Nazis.

Mit der Niederringung des faschistischen Deutschlands und Japans waren die Widersprüche im kapitalistischen Lager aufgehoben. Auch die Allianz zwischen den demokratischen kapitalistischen Staaten und der Sowjetunion hatte ihren Zweck erfüllt. Der gesellschaftliche Hauptwiderspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus trat im Weltmaßstab wieder in den Vordergrund. Mitten durch Deutschland verlief nach dem 2. Weltkrieg die Frontlinie zwischen den weltpolitischen Lagern der internationalen Klassegegner. Während die Sowjetunion aufgrund ihrer ökonomischen Schwäche versuchte, das Bündnis mit

den Westmächten aufrechtzuerhalten um eine gemeinsame Besatzungspolitik durchzuführen, brauchten die USA das wirtschaftliche und militärische Potential der Westzonen für eine Front gegen die Sowjetunion. Der amerikanische Historiker John Gimbel fasste die Besatzungspolitik der USA in den Jahren 1945 bis 1949 so zusammen: »Die Amerikaner ... waren auch im Interesse der Wahrung der eigenen Sicherheit darauf bedacht, Deutschland und Europa wieder wirtschaftlich gesunden zu lassen und den Bestand des freien Unternehmertums zu gewährleisten. Sie wollten den Sozialismus verhindern, dem Kommunismus zuvorkommen, das Geld des amerikanischen Steuerzahlers sparen, französische Pläne zur Zerstückelung Deutschlands vereiteln und die Sowjetunion in Mitteleuropa in Schranken halten.« (Zitiert nach Andersen/Kiupel, IG Metall in Bremen, die ersten 100 Jahre, Hrsg. IGM Bremen, 1991, S. 44)

Zu diesem Zweck sollten Westdeutschland und Westberlin auch zum Schaufenster des Kapitalismus gegen den Sozialismus werden. Unter der Führung der USA schonten die westlichen Besatzungsmächte deshalb in ihren Zonen viele Sachwerte der Kapitalisten. An die Stelle der Reparationen und Demontagen stellten die USA bald den Marshallplan. Besonders Westberlin wurde mit enormen Milliarden-DM-Beträgen über Bundes- und Länderhilfe, sowie

Steuerbegünstigungen zur Frontstadt ausgestattet.

Die deutsche Bourgeoisie warf sich den Besitzern in die Arme, denn zwischen den besiegten deutschen Imperialisten und den amerikanischen Siegern herrschte Übereinstimmung über die antibolschewistischen Ziele. Die westlichen Zonen wurden dem politischen System ihrer Besatzer, der bürgerlichen Demokratie, angepasst.

In ihrer Propaganda konnten sich die Westmächte, die das Anwachsen des Faschismus in Europa wohlwollend begleitet hatten, als die wahren Vertreter von Freiheit und Demokratie aufspielen: Sie brauchten nur auf die Unterdrückung der Großgrundbesitzer, Unternehmer und der mit ihnen sympathisierenden Kleinbürger in der SBZ durch die Sowjetunion hinweisen. Waren diese Unterdrückungsmaßnahmen als revolutionäre Akte einer zur Macht gelangten Arbeiterklasse zu rechtfertigen, so konnten sie nicht als demokratische Beschönigung von Besatzungspolitik dienen.

Indem die Imperialisten auf Fehleinschätzungen beruhende Maßnahmen der sowjetischen Politik ausnutzten, konnten sie im Westen die deutschen Arbeiter zu Feinden der Sowjetunion machen.

...und die Bevölkerung der Westzonen

Direkt nach dem Krieg versuchten in vielen Orten Antifaschisten sofort

eine Nazi-freie Verwaltung aufzubauen. Das wurde nicht nur von den Siegermächten verhindert, die nicht auf die »Erfahrung« der Nazi-Fachleute verzichten wollten. Auch Sozialdemokraten, die von den Besatzungsmächten als neue Verantwortliche vor Ort ausgewählt wurden, verhielten sich so. In vielen Orten, besonders im Ruhrgebiet, nahmen Arbeiter zerstörte, bzw. stillgelegte Produktionsanlagen wieder in Betrieb. Sie organisierten die Versorgung der Restbelegschaften und ihrer Familien. Auch in Bremen organisierten antifaschistische Kollegen nach der Kapitulation in vielen Betrieben den Wiederbeginn der Produktion. Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten, die nach der kampflosen Kapitulation der deutschen Arbeiterklasse erkannt hatten, dass der »Bruderkampf« den Nazis erst ermöglicht hatte an die Macht zu kommen, sammelten sich hier in der »Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus« (KGF). Sie gründeten Betriebsräte und sorgten für die Entfernung nationalsozialistischer Betriebsleiter. Die Besatzungsmacht behinderte diese Arbeit und stellte sich dem Ziel einer Einheitsgewerkschaft in den Weg. Die Gründung der Parteien bedeutete das Aus für die KGF als Einheitsorganisation. Beispielhaft für die westliche Besatzungspolitik war auch das Eingreifen der Besatzer gegen den Versuch Hamburger Arbeiter, sozialistische Gewerkschaften zu gründen. Unter der Besatzungsmacht gab es nur für diejenigen eine Zukunft, die sich mit ihr arrangierten: Nur sie erhielten eine Lizenz zur Gründung von Gewerkschaften.

Gegen die Versorgungsnotlage und die Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen der Besatzungsmächte wehrten sich die Arbeiter bald mit Streiks und Demonstrationen gegen Preiswucher. Individuelle Wege zum Überleben wurden mit Kohlenklau, Schwarzmarkt und Überfällen auf Proviantzüge der Besatzer gesucht. Die Streiks und Demonstrationen gegen den Preiswucher nach der Währungsreform³⁾ gipfelten dann 1948 in Generalstreiks, im Sommer in Südwürttemberg-Hohenzollern und im November in der Bi-Zone. In Südwürttemberg wurden auch Betriebe, die der französischen Besatzungsmacht unterstan-

Marshallplan

Die USA sahen nach 1945 die Gefahr, dass Westeuropa kommunistisch werden könnte: Aufgrund ihrer Rolle im Widerstand gegen die faschistische deutsche Besatzung war in Frankreich die KPF bei den Wahlen als stärkste Partei an einer Koalitionsregierung beteiligt. Ähnlich war die Lage in Italien. In Griechenland, das aufgrund von Absprachen der Alliierten zum britischen Einflussgebiet gehörte, drohten kommunistische Partisanen die Macht zu übernehmen.

Vor dem Hintergrund ihrer gelungenen Umstellung der Rüstungsauf zivile Produktion entwickelten die USA einen Plan zur amerikanischen Wirtschafts- und Finanzhilfe, dessen Umsetzung durch Lieferungen von Energieträgern, Industrieausrüstungen und Lebensmitteln auch zur Auslastung der US-Wirtschaft beitrug.

Vorfinanziert wurden die Lieferungen durch amerikanische Kredite in Höhe von ca. 7,5 Milliarden Dollar. Dieser Marshallplan war die Ergänzung zur Politik des internationalen Klassengegensatzes, die bereits im Mai 1946 mit der Unterbindung der ursprünglich im Potsdamer Abkommen zugesicherten Reparationen für die Sowjetunion aus den Westzonen (bes. Ruhrgebiet) zum Ausdruck kam.

den, bestreikt. Der Generalstreik in der Bi-Zone war der umfassendste Streik seit dem Kapp-Putsch. Doch mit der Absprache einer Befristung der Arbeitsniederlegung auf einen Tag durch Gewerkschaftsführung und Besatzungsmacht war von Anfang an Druck auf das Kapital eingeschränkt.

Mit der Einführung der »Mitbestimmung«⁴⁾ wurden die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie unter aktiver Unterstützung der von den westlichen Alliierten lizenzierten Gewerkschaften von ihrem Ziel »Sozialisierung der Schwerindustrie« abgelenkt, wurde die antikapitalistische Stimmung unter der arbeitenden Bevölkerung abgefangen. Die SPD gebärdete sich verbal sozialistisch und die nord-rheinwestfälische CDU trug mit ihrem christlich-sozialen Wirtschafts- und Sozialprogramm, dem »Ahlemer Programm«⁵⁾ der sozialistischen Stimmung im aktiven Teil der arbeitenden Bevölkerung Rechnung; denn Nationalsozialismus und Kapitalismus waren in den Augen weiterer Kreise der Arbeiterschaft diskreditiert. Wiederaufbau und der Koreakrieg ließen die Wirtschaft wachsen. Arbeitskräfte wurden gebraucht und Millionen Arbeitslose nach und nach in das »Wirtschaftswunder« einbezogen. Die dadurch bedingten Verbesserungen der Lebenshaltung sollten sie immun machen gegen ein »sozialistisches Virus«, um stattdessen ihre Unterstützung für eine aggressive Politik gegenüber der SU zu gewinnen. Im Westen genügte also – aufgrund der ökonomischen Stärke der USA und den geringeren Zerstörungen – für eine schnelle Erholung von den Kriegsschäden die politische Passivität der Bevölkerung.

Der so erzielte Gegensatz der Westzonen/BRD zur Ostzone/DDR verfehlte seine politische Wirkung nicht. Viele Enttäuschungen seit dem Ende des 1. Weltkrieges, besonders die Niederlage der Arbeiterbewegung vor dem Faschismus, hatten zu einer Abwendung der deutschen Arbeiter vom politischen Kampf geführt: Sie begnügten sich mit dem Erreichen kleinbürgerlicher Lebensverhältnisse. Für viele Arbeiter war das, was sie sich nach und nach leisten konnten, das, was sie sich in der Weimarer Zeit als Sozialismus erträumt hatten. Schon unter diesen

Umständen konnte die lohnabhängige Bevölkerung der Westzonen/BRD nicht zu einem Bündnisgenossen jenes Teils der Arbeiter in der SBZ/DDR werden, die einen Sozialismus aufbauen wollten. Grundlage für die Ablehnung des Sozialismus war für die Masse der westdeutschen Bevölkerung der einfache Vergleich des Lebensstandards zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands.

Das war auch der Boden, auf dem die SPD im »Godesberger Programm«⁶⁾ 1959 vom verbal proklamierten programmatischen Ziel des Sozialismus Abschied nahm. Die sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaften gedieh im Westen auf dieser Grundlage und wirkt noch immer.

Wie alle kommunistischen Parteien, so war auch die KPD unfähig, den Arbeitern die Zwangslage der SU zu erklären. So blieb der arbeitenden Bevölkerung der impe-

rialistische Charakter des Krieges seitens der Angloamerikaner verschleiert. Die KPD analysierte nach dem Krieg auch nicht die neuen Bedingungen. Ihre Unterstützung der Ziele der sowjetischen Außenpolitik führte dazu, dass sie die Politik aller Besatzungsmächte trotz gegensätzlicher Machtgrundlagen gleich bewertete⁷⁾. Sie unterschied nicht zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie und beteiligte sich an Regierungen unter den Besatzungsmächten. Sie betonte die Kollektivschuld der Deutschen, sprach von der »Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1848«, anerkannte den Kapitalismus als die gewünschte Wirtschaftsform für Deutschland und pries das Privateigentum als Quelle der Initiative – bis zum Ausbruch des Kalten Krieges.

Gewerkschafts- und Betriebsarbeit versuchte sie mit alten Rezepten, in einer Konfrontationspolitik gegen-

3) Jörg Roesler, *Die Stuttgarter Vorfälle vom Oktober 1948, Jahrbuch für Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2007 / I (Januar)*

4) 1951 wurde das Montanmitbestimmungsgesetz im Bundestag beschlossen. Hans Böckler (1949 – 1951 DGB-Vorsitzender) auf der ersten Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone im März 1946: »Wir hatten uns gleich von Anbeginn des totalen Niederbruchs gesagt: Ein zweites Mal soll den deutschen Arbeitern nicht passieren, was in den Jahren 1920/21 passiert ist, dass sie trotz ihres ehrlichen Strebens letzten Endes doch wiederum die Betroffenen sind... Wir müssen in der Wirtschaft selber als völlig gleichberechtigt vertreten sein, ... Also der Gedanke ist der: Vertretung in den Vorständen und Aufsichtsräten der Gesellschaften.«

Eugen Loderer (1972 – 1983 IGM-Vorsitzender) auf der Aufsichtsratssitzung der Mannesmann AG am 26.6.1980: »Es gab lange und heftige Diskussionen darüber, ob die Gewerkschaften den Weg der Sozialisierung oder der Überführung in Gemeineigentum fordern sollten. Wir haben uns für den Weg der Mitbestimmung entschieden. Aus diesem Grunde ist für uns die Montanmitbestimmung, die unter Konrad Adenauer zustande gekommen ist, von so überragender Bedeutung.« Dazu auch August Thalheimer, *Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie 1928, mit einem Nachwort zur Montan-Mitbestimmung, Bremen 1981, herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik.*

5) Einleitungsabsätze zum Ahlemer Programm: »Der Zonenausschuss der CDU für die britische Zone erließ in seiner Tagung vom 1. bis 3. Februar 1947 in Ahlen folgende programmatische Erklärung: Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.«

6) Als Mitglied des Präsidiums der SPD und Hauptautor des »Godesberger Programm« charakterisierte Prof. Carlo Schmid in der ZEIT vom 27.11.59 die früheren Programme der SPD als »Produkte dogmatischen Denkens«. Sie seien in den Programmen stehen geblieben, obwohl diese Vorstellungen im praktischen Denken der SPD längst zu Grabe getragen worden waren. Der demokratische Sozialismus sei in Europa »in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt«. »Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung behindert.« ... »Im Zentrum der neuen Betrachtungsweise steht nicht mehr die Klasse, sondern stehen der Mensch und das Volk.« Der Mensch nehme es auf sich, »an der Schaffung einer Ordnung der Volks- und Menschheitsgemeinschaft mitzuwirken,«

über der Gewerkschaftsführung zu etablieren. In der »These 37« (Parteitag der KPD München März 1951) warf sie »rechten Gewerkschaftsführern« vor, sie würden »im Auftrag und im Interesse des amerikanischen Imperialismus und im Einklang mit den deutschen Monopolisten« die Gewerkschaftsorganisation »in den Dienst der Kriegsvorbereitungen« zu stellen versuchen. Daraufhin verlangten verschiedene Gewerkschaften von gewählten kommunistischen Vertrauensleuten eine schriftliche Distanzierung von dieser Aussage: Ihnen wurde ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, den die KPD ihren Mitgliedern wiederum untersagte zu unterschreiben. Die Folge war, dass die KPD entweder ihre Mitglieder verlor oder ihre Funktionen in den Gewerkschaften (Arbeiterpolitik, Stuttgart 4. Jg. 1951 Nr. 5 und 6; 6. Jg. 1953 Nr. 5). Ihr Einfluss ging schneller zurück als der ihrer Bruderparteien in den anderen westlichen Ländern. 1956, bei ihrem Verbot war sie schon isoliert.

Die Propaganda des Kalten Krieges bestimmte in der Adenauerzeit die öffentliche Meinung. Zwar gab es anfangs die »Ohne-mich-Bewegung« gegen die Remilitarisierung, dann die Anti-Atombewegung, bei der Belegschaften aus den Betrieben heraus zu Demonstrationen marschierten und in der 60er Jahren die Bewegung gegen die Notstandsgesetzgebung, doch versandeten sie, weil die SPD, bzw. die Gewerkschaften die Führung übernahmen.

Zwar demonstrierte die organisierte Arbeiterschaft, doch die Auseinandersetzung um die politische Linie der Gewerkschaften in der frühen BRD war für die klassenkämpferischen Kräfte eine Kette von Niederlagen. Dies drückte sich auch in der grundsätzlichen Zustimmung zu den Verhältnissen in der BRD aus, wie es die Wahlsiege der CDU/CSU bis in die 1960er Jahre belegen. Unter diesen Verhältnissen ging der Einfluss aller linken Gruppen in der Arbeiterschaft stark zurück.

Die Ziele der Sowjetunion ...

Die Sowjetarmee war bei der Verteidigung der sozialistischen Grundlagen der Sowjetunion gegen den Versuch des deutschen Imperialismus, in der SU den Kapitalismus zu restaurieren, bis nach Berlin vorgedrungen – allerdings nicht wie mancher glaubte, um mit ihren Panzern den Deutschen den Sozialismus zu bringen.

Aufgrund ihrer Erfahrungen in den Interventionskriegen und während des 2. Weltkrieges strebte die SU-Führung danach, in Osteuropa einen Sicherheitsgürtel gegen imperialistische Angriffe zu errichten. Sie wollte verhindern, dass von dem Gebiet, das die Sowjetarmee mit ungeheuren Opfern erobert hatte, wieder ein Angriffskrieg gegen die SU geführt werden konnte. Nicht von ungefähr fehlten jahrzehntelang auf den Ost-West-Strecken der Eisenbahnen in Polen, Ungarn und der CSSR die zweiten Gleise: Ein zweigleisiges System hätte eine mögliche Eroberung erleichtert. Aufgrund ihres niedrigen industriellen Entwicklungsstandes waren die agrarischen osteuropäischen Staaten in ihrem Einflussgürtel für die SU allerdings eine ökonomische Belastung, z. T. dann auch eine politische.

In ihrer Deutschlandpolitik ging die Sowjetunion anfangs davon aus, dass ihre Besatzungszone nur zeitweilig zu ihrem Einflussgebiet gehörte. Ihre Außenpolitik zielte auf ein neutrales, entmilitarisiertes Gesamtdeutschland. Das spiegelte sich noch 1952 in der Note der Sowjetregierung an den Westen wider.

Die ungeheuren Verluste, die die SU durch den Überfall der deutschen Truppen zu erleiden hatte, ließen es nicht zu, auf die unmittelbaren Bedürfnisse der deutschen Arbeiter Rücksicht zu nehmen. Um die Verwüstungen in ihrem Lande möglichst bald zu überwinden, ließ sie in ihrer Besatzungszone viele Industrieanlagen demontieren. Auch Großbritannien und Frankreich demontierten in ihren Zonen Industrieanlagen. De-

montagen sollten auch verhindern, dass diese Anlagen gegebenenfalls noch einmal für einen Angriff auf die SU genutzt werden könnten. Mehr als 200 zur Demontage vorgesehene Betriebe nahm die sowjetische Besatzungsmacht in ihren Besitz. Das war ein Viertel der Wirtschaftskapazität ihrer Zone. Insgesamt hatte die SU damit die Wirtschaftsstruktur ihrer Besatzungszone weitgehend den Bedürfnissen ihrer eigenen Wirtschaft angepasst – nicht aber den Bedürfnissen der deutschen Arbeiter. Diese Betriebe gingen später in den Besitz der DDR über. Die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) wurden 1947, 1950, 1952 und zum 1.1.1954 wieder in die ostdeutsche Industrie eingegliedert (Jörg Roesler, Geschichte der DDR, Köln 2012. S. 17)

Indem die SU Großgrundbesitz und die kriegsfähige Industrie enteignete, wurden die Bourgeoisie und die Feudalherren entmachtet. Das war eine Angleichung mit anderem Vorzeichen als die im Westen. Damit nahm die SU der kampfunfähigen deutschen Arbeiterklasse eine entscheidende Aufgabe ab, die diese aus eigener Kraft nicht vollbringen konnte. Wenn diese Enteignungen auch in der ostdeutschen Bevölkerung ein positives Echo fanden, sozialistische Errungenschaften waren das noch nicht, denn den deutschen Arbeitern in Ost und West fehlte die Kraft, diese Gleichschaltungsmaßnahmen zur Grundlage ihrer eigenen Tätigkeit zu machen.

Die Stärkung der ökonomischen und militärischen Macht der Sowjetunion war durchaus ein objektives Grundinteresse der deutschen Arbeiterklasse, da sie den gleichen internationalen Klassengegner hatten. Aber aus ihrer Schwächeposition heraus konnte die SU den Klassencharakter des Krieges, der in der Niederhaltung der deutschen Arbeiterklasse lag, nicht nutzen. So behandelte sie die deutschen Arbeiter nicht als Klassengenossen, sondern als »Schuldige des Hitlerkrieges«. Das verbot sich eigentlich schon allein deshalb, weil die KPdSU die KPD-Politik des »Sozialfaschismus« nicht nur mitgetragen, sondern auch in der Kommunistischen Internationale mitbegründet hatte. Doch die Besatzungs- und Reparationspolitik der SU, die die Arbeiter in der SBZ besonders schwer

7) In der KPD gab es auch abweichende Stimmen. Im November 1945 trat der ehemalige Nationalbolschewik Richard Scheringer, der schon vor 1933 im Umkreis der KPD aktiv war, der Partei bei, und die wollte ihn sofort als Staatssekretär im bayrischen Landwirtschaftsministerium einsetzen. In diesem Zusammenhang zitiert er in seinen Erinnerungen die Ansicht seiner Frau (S. 488): »Das würde ich nicht machen«, sagte sie, »was wollt ihr (die KPD) mit ihm dort? ... Unter der Besatzungsmacht eine Regierung bilden – das ist nicht das Richtige«. Richard Scheringer: Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Hamburg 1959).

traf, brauchte gegenüber der Bevölkerung eine Begründung.

Real war die Vertreibung der Großgrundbesitzer und die Entmachtung der Großbourgeoisie Klassenkampf, doch in den öffentlichen Bekundungen der SU demokratische Maßnahmen zur Bestrafung der Kriegsverbrecher – in getreuer Einhaltung des Potsdamer Abkommens. Die herrschenden Klassen des Westens ließen sich durch diese Erklärungen nicht täuschen. Unter den deutschen Arbeiter in Ost und West trugen sie jedoch zur Verwirrung bei. Wenn auch die Ausschaltung der Großgrundbesitzer objektiv ein revolutionärer Akt war, die von der SBZ zu leistenden Reparationen ließen nur eine Parzellierung der großen Güter zu: Für eine sozialistische Agrarwirtschaft notwendige große landwirtschaftliche Maschinen konnten nicht bereitgestellt werden. So musste ein kostspieliger, mit Reibungsverlusten versehener Umweg gegangen werden, der erst später zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften führte, die eine der zentralen Errungenschaften der DDR wurden.

Zum Hintergrund der Politik der SU

Eine Frage bestimmte schon in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts die Politik der kommunistischen Parteien Europas: Was können wir für die Sicherheit der Sowjetunion tun? Wie können wir die Sowjetunion schützen?

Durch die Niederlage der proletarischen Revolution in Westeuropa nach dem 1. Weltkrieg standen in der Kommunistischen Internationale (KI) die innerrussischen Probleme der sozialistischen Akkumulation im Vordergrund. Die KPdSU hoffte vergebens auf eine siegreiche Revolution in Deutschland. Ihre Ungeduld war in Deutschland nicht hilfreich. Sie verstand nicht, warum eine zahlenmäßig so starke Arbeiterklasse nicht siegte und somit die russische Revolution ohne Hilfe, also im Stich ließ.

Im bäuerlichen Russland stand die 1917 zur Macht gelangte zahlenmäßig kleine russische Arbeiterklasse vor einer ungewöhnlichen Aufgabe: Unter der Führung der KPdSU musste sie erst einmal die ökonomischen und kulturellen Bedingungen für den Sozialismus schaffen. In ihrem

Land fehlte sogar die handwerkliche Qualifikation und individuelles Qualifikationsdenken einer frühkapitalistischen Phase, auf denen der Kapitalismus aufgebaut werden konnte. Nachgeholt werden musste also das, was historisch gesehen die Aufgabe der Kapitalisten ist. Diese Aufgabe war voller Widersprüche. Deshalb konnte auch die Entwicklung der Sowjetunion nur widerspruchsvoll und ungewöhnlich sein. Der Aufbau der Wirtschaft in der SU war also weit schwieriger als der zuvor gelungene Sturz der Zarenherrschaft.

Das ist die Ursache aller Schwierigkeiten in der SU. Für den Aufbau von Industrie und Landwirtschaft, sowie für die Verteidigung gegen die imperialistische Bedrohung war die Verwendung jedes Arbeitsproduktes, das nicht zur Aufrechterhaltung primitiver menschlicher Exis-

tenz gebraucht wurde, notwendig. Das war oft nicht ohne Terror gegen Menschen, die sich dieser Politik widersetzen, möglich.

Für die Lösung dieser Aufgabe galt es, alle Kräfte zusammenzufassen. Außenpolitisch war es für die SU erforderlich, einer Isolierung entgegenzuwirken, sie nach Möglichkeit zu verhindern. Da die KPdSU als einzige siegreiche Partei in der KI ein politisches Übergewicht hatte – sie musste ja »wissen wie es gemacht werden muss« – ordneten sich die kommunistischen Parteien den außenpolitischen Zielen der KPdSU unter. Das war für sie internationale Solidarität. Hineingezogen in die Fraktionskämpfe der KPdSU analysierten sie nicht selbständig die Voraussetzungen des politischen Kampfes in ihrem Lande. Das stellte sich als verhängnisvoll heraus und führte in Deutschland zur Sozialfaschismus-

Reparationsleistungen der SBZ/DDR

Ca. 2400 Industriebetriebe wurden in der SBZ/DDR demontiert oder ausgeschlachtet. Das war fast die Hälfte der Kapazitäten am Ende des Krieges.

Als Reparation gingen bis Ende 1950 z.B. 188.558 spanabhebende Werkzeugmaschinen, 42.829 Schmiede- und Presseinrichtungen, 2367 Kräne, 25 Schwarzmetall- und 157 Buntmetallwalzstraßen, 11.946 Motoren und 99.280 Elektromotoren, 88.700 t Schwarzmetallwalzgut, 24.500 t Rohre, 69.600 t Buntmetalle, 572.500 t Stahlkonstruktionen und 155.100 t Instrumente und Ersatzteile, sowie 9.450 t Uranerz an die SU. 183 Hochsee- und 1113 Binnenschiffe wurden abtransportiert. (nach sowjetischen Statistiken).

Spezialisten und Patente gingen in die Sowjetunion. Die Demontage von 11.800 km Eisenbahngleise halbierte das Schienennetz der SBZ.

Durch die Demontage gingen erhebliche industrielle Kapazitäten verloren: in der KFZ-Industrie 80%, in der Eisenerzeugung, dem Werkzeugmaschinenbau, dem Büromaschinenbau und dem Lokomotivbau 75%, in der Elektroindustrie, der optischen Industrie und dem Textilmaschinenbau 66%, in der Chemischen Industrie, der feinmechanischen Industrie und der Kunstfaserherstellung 50%, im Braunkohlenbergbau und der Braunkohlenbrikettindustrie, der Pharmazeutischen und der Schuhindustrie 33%, in der Textil- und Lebensmittelindustrie 20% .

Dazu kamen laufende Leistungen für die Wiedergutmachung. Insgesamt hatte die Bevölkerung der SBZ/DDR das Sechsfache der Pro-Kopf-Belastung der westdeutschen Bevölkerung zu tragen. (In der SBZ waren ca. 40% des Industriepotenzials zerstört worden.)

Laut Karl Mai, der auch für die Zeitschrift Sozialismus schreibt, erreichte der Umfang der sowjetischen Demontagen und der Reparationsentnahmen aus laufender Produktion nach westdeutschen Forschungsangaben 72,2 Mrd. DM (auf Preisbasis 1953).

Zahlenangaben aus:
Karl Mai, *Ökonomische Verluste und Belastungen Ostdeutschlands bis zur Vereinigung (1945 – 1989)*

und RGO-Politik und in der Folge zur Niederlage vor dem Faschismus.

Ohne revolutionäre Verbündete blieb der Sowjetunion nur, die Gegensätze im imperialistischen Lager auszunutzen. Die Führung der KPd-SU wusste schon sehr früh: Faschismus bedeutet Krieg. Die Sowjetunion musste nun vermeiden, gleichzeitig gegen die gesamte kapitalistische Welt Krieg zu führen. Diese bedrängte Lage der SU war die Ursache für die Volksfrontpolitik nach 1935. Mit ihr stellte sie den Klassenkampf ein. Die fehlende Untersuchung der eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse führte auch dazu, dass die französische KP es unterließ, beim Kampf gegen Hitlerdeutschland die eigene Bourgeoisie zu bekämpfen. Diese Politik hinderte die Kommunisten daran, ihre führende Rolle während der Widerstandsbewegung gegen die Naziwehrmacht in die Nachkriegszeit zu übertragen. Die Volksfrontpolitik machte die französische KP zu Untergebenen von General de Gaulle und führte die italienische KP zunächst zu faulen Kompromissen mit dem (von König Victor Emanuel III. 1944 als ersten Ministerpräsidenten) eingesetzten Marschall Badoglio. durch, dass die Kommunistischen Parteien nach dem Krieg in bürgerliche Regierungen eintraten, trugen sie zur Restaurierung der bürgerlich-demokratischen kapitalistischen Staaten bei. In Folge der Volksfrontpolitik schafften es die westeuropäischen Arbeiterklassen nicht, so kampfstark aufzutreten, dass sie der SU Stütze in der Abwehr imperialistischer Aggression, im Aufbau und in der Überwindung der Bürokratie hätte sein können.

Der Wegfall revolutionärer Ziele im Krieg, der sich in der Bezeichnung »Großer Vaterländischer Krieg« ausdrückt, führte zwar zum siegreichen militärischen Bestehen der Sowjetunion und der Erweiterung des sozialistischen Einflussbereichs – dem stand jedoch die Kampfunfähigkeit des Kommunismus in den am weitesten entwickelten kapitalistischen Staaten entgegen. Das konnte nicht ohne Folgen bleiben. In der Fremdherrschaft in dem von der SU besetzten Teil Deutschlands zeigte sich dieser Widerspruch am deutlichsten.

... und die Bevölkerung in der Sowjetisch besetzten Zone (SBZ)

Das Bedürfnis nach Sicherheit und Wiederaufbau des Landes bestimmte die Politik der Sowjetunion beim Potsdamer Abkommen, mit dem die Aufteilung Deutschlands in vier Zonen, die Reparationen und Demontagen beschlossen wurden.

Als direktes Opfer der Potsdamer Verträge gerieten so die deutschen Lohnabhängigen in Gegensatz zur russischen Außenpolitik. Hatten sich die russischen Arbeiter in den Jahren des entbehrensreichen sozialistischen Aufbaus von den deutschen Klassengenossen alleine gelassen und durch den Krieg des faschistischen Deutschlands um die Früchte dieser Arbeit betrogen gesehen, waren es nun die deutschen Arbeiter, die sich von der SU alleine gelassen sahen. Das war insgesamt Ausdruck der Schwäche der internationalen Arbeiterbewegung, der sich neben dem Eintritt der Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs in die bürgerlichen Regierungen ihrer Länder dann auch in der Niederlage der griechischen revolutionären Bewegung zeigte.

Den Wiederaufbau in Angriff nehmen – und Widersprüche zur sozialistischen Besatzungsmacht

Das Denken der deutschen Arbeiter war nicht a priori internationalis-

tisch. Grundlage ihres Denkens war ein hundertjähriger Kampf um bessere Lebensbedingungen, der ihnen im Kapitalismus einen weitaus höheren Lebensstandard eingebracht hatte, als ihn die Arbeiter in der sozialistischen Sowjetunion hatten. In einer zwanzigjährigen Isolierung hatte die russische Führung nach dem Tod Lenins die Fähigkeit zur marxistischen Analyse westeuropäischer Bedingungen verloren und konnte diesen Punkt deshalb nicht erfassen. Dabei überwog nach dem 2. Weltkrieg in der arbeitenden Bevölkerung Gesamtdeutschlands eine antikapitalistische Stimmung. Doch da ihre Organisationen vom Faschismus zerschlagen worden waren, gingen die Arbeiter als Individuen in die Nachkriegszeit. Die deutsche Arbeiterklasse hat sich nicht selber vom Faschismus befreien können. Die überlebenden klassenbewussten Kerne mussten sich erst wieder zusammenfinden.

Die deutschen Arbeiter sind seit 1919 durch ihre Niederlagen geprägt. Im Osten Deutschlands standen sie objektiv vor der Aufgabe den Sozialismus unter den gegebenen Umständen aufzubauen. Dafür fehlten ihnen jedoch weitgehend die subjektiven Voraussetzungen: Ohne eine eigene Revolution durchgeführt zu haben, ohne den Weg zum Aufbau des Sozialismus erarbeitet zu haben, konnten sie nicht das Selbstbewusstsein, das Klassenbewusstsein und die Kraft zur

■ GEWERKSCHAFTSFUNKTIONÄR IN DER SBZ

Paul Elflein erinnert sich

»Es war schwer, den Arbeitern die Besatzungspolitik der Russen zu erklären. Es gab bei uns eine Nähmaschinenfabrik, »Victoria«, die stellte im Monat etwa 100 Nähmaschinen her. Die mussten sämtlich als Reparationsleistungen abgeliefert werden. Die Arbeiter wurden unzufrieden und sind zur Kommandantur gegangen. Sie haben mich mitgenommen, weil ich dort häufiger zu tun hatte. Der Kommandant hat schließlich zugesagt, dass Maschinen, die über das Soll hinaus hergestellt würden, nicht abgeliefert werden brauchten. Im nächsten Monat wurden einige Maschinen mehr hergestellt. Jetzt kam der Abnahmeoffizier und sagte, es tut mir leid, aber in Altenburg ist auch eine Nähmaschinenfabrik, und die hat ihr Soll nicht erfüllt, also muss ich die Maschinen, die ihr mehr produziert habt, auch mitnehmen. Den Arbeiter nach Vorfällen wie diesen zu erklären, dass die Sowjetunion auf die Reparationsleistungen angewiesen war, war nicht einfach. Was hatte die Sowjetunion für Verluste gehabt, an Menschen und Material, Westrussland war vollkommen zerstört, die deutschen Truppen hatten beim Rückzug verbrannte Erde hinterlassen.«

Zitiert nach: *Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein*, herausgegeben von Rolf Becker und Claus Bremer, VSA-Verlag 1978

Durchsetzung eines selbstbestimmten Weges aufbringen.

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges war zwar der Sozialismus als Ziel in den Herzen der deutschen Arbeiter, aber nur eine Minderheit kämpfte dafür. Die Sehnsucht nach Frieden ließ sie an die Versprechungen der Sozialdemokratie glauben, der Sozialismus könne auf friedlichem Wege erreicht werden. Die damit erlebte Enttäuschung wurde ergänzt durch die Erfahrung, dass die Arbeiterparteien nicht fähig waren, mit einer Einheitsfront gegen die Faschisten anzutreten, was zur Niederlage gegenüber der NSDAP führte.

Auch die zwölf Jahre Faschismus waren nicht ohne Folgen geblieben. Die Erfahrungen der Arbeitsbeschaffung durch Rüstung, der Volksgemeinschaftsideologie, der Vorteile durch die Ausplünderung eroberter Völker standen gegen die Erfahrung des Elends nach dem faschistischen Krieg und der KZ-Haft aufrechter Klassenkämpfer. Die ersten Opfer des NS-Terrors waren deutsche Arbeiter gewesen, die in den Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik an vorderster Stelle gestanden hatten.

In der Arbeiterschaft wurde eine Zusammenarbeit mit den Russen nicht rundweg abgelehnt: Wie I. Deutscher erfuhr, ging im Gegenteil der Roten Armee ein »revolutionärer Mythos« voraus. »Hier wie anderswo folgten auf den Zusammenbruch des Nazismus Manifestationen eines revolutionären Geistes.«⁸⁾ Für die klassenbewussten Arbeiter hatte der Kapitalismus abgewirtschaftet, doch als bewusste Klasse konnte die Arbeiterschaft den sozialistischen Aufbau nicht angehen. Initiativ waren besonders Kommunisten, Überlebende der Widerstandsgruppen, ehemalige KZ-Häftlinge, Spanienkämpfer – Menschen, die durch ihre aufrechte Haltung hohes Ansehen genossen. Ausdruck der positiven Haltung zu sozialistischen Maßnahmen durch die sozialistische Besatzungsmacht war z.B. die überwältigende Zustimmung von 77,7 Prozent zur Enteignung von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern im sächsischen Volksentscheid von 1948.

Anfangs ging es einfach nur ums Überleben. Wie im Westen so gingen

auch im Osten Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten nach der Niederlage des NS-Regimes sofort daran, gemeinsam die Produktion in Betrieben zu organisieren – während Alte und Frauen die Trümmer wegräumten. Waren die Eigentümer als aktive Nazis vor der Roten Armee geflüchtet, ergab sich das von selbst. Anderenfalls wurden aktive Nazis von den Belegschaften aus der Leitung oder ganz aus dem Betrieb entfernt, vertrauenswürdige Betriebsangehörige in die Leitung eingesetzt. Oft abgeschnitten von ihren ehemaligen Zulieferern, bzw. Abnehmern, setzten die nun gebildeten Betriebsräte über Tauschhandel eine Produktion zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs der Bevölkerung in Gang: Gebrauchsgüter, Kleingeräte, aber auch Lebensmittelversorgung, Strom- und Wasserversorgung, öffentlicher Nahverkehr. Löhne wurden zunächst in Naturalform ausgegeben. Die überwiegend gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte orientierten sich in ihrer Praxis an den Interessen der Belegschaften, wollten so viel wie möglich für sie herausholen – wodurch das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse in den Hintergrund trat.

Lautete in der Weltwirtschaftskrise das Ziel noch: »Sowjetdeutschland«, so hätte die Sowjetunion nach dem Ende des 2. Weltkrieges ein neutrales, entmilitarisiertes, einiges und kapitalistisches Deutschland akzeptiert, wie ihr Rückzug aus ihrer österreichischen Besatzungszone zeigt. Mit der dazu passenden Forderung nach ungehinderter »Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums« im Aufruf vom 11. Juni 1945 trug die KPD nicht zur Bewusstseinsbildung bei – während die SPD einen »Sozialismus in Gemeinde und Gesellschaft« forderte.

Waren die Arbeiter in West- und Ostdeutschland auch nicht revolutionär – mit dem Ingangsetzen der Produktion praktizierten sie in den Betrieben der SBZ eine Produktionskontrolle. Isaac Deutscher beobachtete im Herbst 1945: »Nominell sind die ostdeutschen Industrien bisher nicht verstaatlicht worden. ... Überall in der russischen Zone spielen die Be-

triebsräte eine beherrschende Rolle in der Industrie. Sie haben in allen Dingen, bei denen es um Beschäftigung und Entnazifizierung geht, das letzte Wort, obgleich sie kein Recht haben, Lohnerhöhungen zu fordern oder Streiks zu führen. ... Die Direktoren arbeiten eng mit den Betriebsräten zusammen und stehen wahrscheinlich auch unter ihrem Druck. ... In gleicher Weise gewinnt das Evangelium von den gleichen Löhnen und Gehältern, das aus Russland selbst als Ketzerei verbannt wurde, im russisch besetzten Deutschland Anhänger. Das Gehalt eines Direktors zum Beispiel kann tausend Mark nicht überschreiten. Unter dem Stachanow-System der Anreizlöhne und -gehälter sind solche Begrenzungen innerhalb Russlands völlig unvorstellbar. Dieses soziale System in der Industrie ist jedoch improvisierter und provisorischer Natur.« (Isaac Deutscher a. a. O.) Zur gleichen Zeit stellte der sächsische Wirtschaftsminister Fritz Selbmann fest: »Im Bergbau können die Betriebsführungen, Direktorien, Aufsichtsräte nichts mehr machen ohne die Betriebsvertretungen und Verbandsleitungen (der Gewerkschaften)«. (Jörg Roesler, Geschichte der DDR, S. 20/21).

Die KPD konnte politisch nicht an diese Praxis und Stimmung anknüpfen, sie weiterentwickeln und zum Aufbau des Sozialismus nutzen. Wie im Westen wurde das selbständige Handeln der Arbeiter durch die bestimmende Macht der Besatzung ausgebremst: In der SBZ durch die Reparationsforderungen und die Demontagen. Es genügte der Bedarf wertvoller Maschinenteile, um eine ganze Anlage stillzulegen. Durch den Umfang der Reparationen und Demontagen wurden die Erwartungen und Hoffnungen der arbeitenden Bevölkerung in der SBZ in die sowjetische Besatzung, von der sie sich sozialistische Hilfe versprochen hatten, enttäuscht.

Die Besatzungsmacht hatte von Anfang an auf ein schnelles Wiederschieben der Produktion gedrängt. Jedes Stückchen Altmaterial musste für die Neuproduktion nutzbar gemacht werden. Für die Russen galt immer: Ein Kommunist arbeitet noch mehr als alle anderen, freiwillig nimmt er mehr Opfer auf sich, weil nur so die ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden waren. So viele Jahre hatten sie auf die Hilfe der

8) Isaac Deutscher, *Die Umwälzung der Sozialstruktur in der sowjetischen Zone*, *The Observer*, 25.3.1946

deutschen Arbeiter gehofft: Begegnet sind die ihnen dann als gefangene Hitlersoldaten. Die Russen haben die Deutschen nicht verstanden, die eine andere Entwicklung hatten, und die Deutschen nicht die Russen, deren Verhältnisse sie nicht kannten.

Wie sollten Arbeiter, die aus der kapitalistischen Erfahrung die Lösung „Akkord ist Mord“ kannten, die Politik der Sowjetunion, z. B. den Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom Oktober 1947 verstehen: »Die Anwendung von Stück- und Akkordlohn als Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Erhöhung des Lohnes für die Arbeiter ist zu erweitern ... «?

Wie sollten die Arbeiter, die keine revolutionären Sozialisten waren und nicht die Einsicht in die weltpolitischen Zusammenhänge hatten, die Bereitschaft aufbringen, die notwendig gewesen wäre, um die Verlängerung ihrer eigenen Notlage, die anfangs Hunger hieß, zu ertragen?

Kurzfristige Vorteile – langfristige Nachteile

Nun wurden Betriebe in Sowjetische Aktiengesellschaften umgewandelt (Roesler a.a.O. S. 17). Das Eintreiben von Reparationen ging nicht ganz ohne Widerstand in der Bevölkerung vonstatten: z.B. leisteten die Arbeiter der Zeiss-Werke in Jena Widerstand gegen die Demontage und zwangen den FDGB zum Eingreifen, was an der Demontage jedoch nur wenig änderte. Aufgrund der hohen Reparationen an die SU war es jahrelang nicht möglich, die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung über das Niveau des unbedingt Notwendigen für ihre gewohnte Lebenshaltung zu heben.

Durch ihre Einbindung in die Besetzung Deutschlands erreichte die Sowjetunion kurzfristig materielle Vorteile. Langfristig waren dagegen die politischen Folgen negativ. Die Besatzungspolitik entfremdete die deutschen Lohnabhängigen der SU: Mit der Demontage von Produktionsmitteln wurde viel Sympathie für die SU, viel Aufbaukraft in der SBZ und viel Kampfkraft in den Westzonen demontiert. Dadurch wurde verdeckt, dass der Zwang der SU, die Kriegsverwüstungen zu überwinden und das Interesse der deutschen Arbeiter, aus dem Zusammen-

bruch des Naziregimes so gut wie möglich herauszukommen, nur ein zeitweiliger und kein grundsätzlicher Widerspruch war. Die Reparationspolitik der SU war also nicht einfach nur stalinsche Brutalität, wie von sozialistischen Schwärmern im Westen, die sich eine sowjetische Politik nach sozialistischen Prinzipien wünschten, angenommen wurde.

Die Wirkung auf die Masse der Menschen in der SBZ war allerdings so verheerend, dass sie die Schlussfolgerung zogen: Wenn das der Sozialismus ist, dann lieber den Kapitalismus Westdeutschlands. Erst nachdem die SU die Kriegsfolgen einigermaßen überwunden hatte, konnte ab 1951/52 der schwere Druck gelockert und die Lebenshaltung der Bevölkerung verbessert werden. Doch die bürokratische Bevormundung blieb und die gemachten Grunderfahrungen saßen tief. Noch 1960 flohen 200.000 Menschen vor den Auswirkungen dieser Besatzungspolitik.

Notwendig: Demokratie unter denen, die eine sozialistische Gesellschaft aufbauen wollen

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)

Wie im Westen, so hatten auch in der sowjetisch besetzten Zone die Lehren aus den fatalen Folgen des Bruderkrieges zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu Einheitsbestrebungen geführt. Waren Arbeiter spontan gemeinsam an den Wiederaufbau herangegangen, so traten führende Sozialdemokraten der SBZ früh an die KPD heran um die Spaltung in zwei Parteien der Arbeiterklasse zu überwinden. Denn sowohl in der KPD wie in der SPD gab es Arbeiter, denen die Möglichkeit des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaftsform in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eine erstrebenswerte Zielvorstellung war.

Doch die 1945 spontan entstandenen Einheitsbestrebungen in der Arbeiterschaft wurden nicht genutzt sondern abgeblockt – selbst die antifaschistischen Komitees mussten aufgelöst werden. Und dann wurde die Einheitspartei auf Anordnung von oben mit einer grundsätzlichen Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder geschaffen. Ohne die internationalen Kräfteverhältnisse zu analy-

sieren und den deutschen Arbeitern zu vermitteln, musste die gemeinsame Erklärung des KPD- und SPD-Zentralvorstandes Papier bleiben: »Die Einheitspartei soll selbständig und unabhängig sein. Es ist ihre Aufgabe, ihre Politik und Taktik entsprechend den Interessen der deutschen Werktätigen und der speziellen Bedingungen zu entwickeln.«

So war die SED dann 1946 eine Massenpartei mit 1,8 Millionen Mitgliedern. Auch oppositionelle Kommunisten machten mit, um den Weg zu selbständigem Denken und Handeln durchzukämpfen. Was sagt die Zahl der Mitglieder aus? Zwischen den Kriegen war die Kluft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in keinem Land größer als in Deutschland. Welche Qualität hatte deshalb diese Massenpartei? Ist sie nicht einfach zusammengefügt worden? In die einheitliche Partei brachten die damaligen Sozialdemokraten durchaus etwas ein: ihre Tradition und Gewohnheiten der proletarischen Demokratie durch ihre selbstorganisierte Arbeit u. a. in Arbeitersport- und Kulturvereinen und die Auseinandersetzungen in den Genossenschaften und Gewerkschaften. Und wie ist damit umgegangen worden? Mit erzwungenen Schuldbekennnissen zu Fehlern in der Vergangenheit konnte das reformistische Denken nicht überwunden werden.

Die Aufsätze im theoretischen Organ der SED »Einheit« zeigen, dass nicht versucht wurde, die konkreten Verhältnisse in Deutschland zu analysieren. Die ökonomischen und politischen Ursachen und Triebkräfte dessen, was die Menschen erfuhren und erlebten, wurden nicht aufgedeckt. So konnte der arbeitenden Bevölkerung auch nicht geholfen werden, entsprechend der vorhandenen Kräfteverhältnisse die vor ihr stehenden Aufgaben anzugehen⁹⁾. Ohne die Erklärung der politischen Zusammenhänge war die SED eine Massenpartei ohne Masseneinfluss.

Der internationale Klassenkampf als leitender Gesichtspunkt

Nach dem 2. Weltkrieg zeichnete sich bald wieder der internationale Gegensatz der gesellschaftlichen Systeme ab. Im März 1947 verfasste der US-Präsident Truman die neue Ausrichtung der US-Politik: Die Politik

der USA muss sein, »die freien Völker zu unterstützen, die durch die Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten und dem Druck von außen widerstehen.« Truman nahm den Partisanenkampf in Griechenland zum Anlass, um den Widerstand der kapitalistischen Länder gegen den Kommunismus unter Führung der USA zu organisieren¹⁰. Das erzwang, alle wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte des sozialistischen Lagers zusammenzufassen, um die Sowjetunion im Kampf gegen den Imperialismus zu stärken. Das lag auch im ureigensten Interesse eines sozialistischen Deutschlands. Waren sich Kommunisten auch im Ziel einig, so nicht wie dieses Ziel erreicht werden sollte.

In der Sowjetischen Besatzungszone ließ der Druck des weltpolitischen Systemgegensatzes nicht zu, dass der Nebenwiderspruch zwischen den Interessen der SU und denen der deutschen Arbeiterklasse ausgetragen werden konnte: Da die SU die SBZ mit ihren Arbeitern als Verhandlungsmasse gegenüber dem internationalen Klassengegner ansah, konnte die grundsätzliche Unterstützung der SU im globalen Klassenkampf gegen das imperialistische Lager nicht mit der Herausbildung eigenständiger Klassenkräfte im Kampf gegen den imperialistischen Klassengegner in Einklang gebracht werden. Triebkraft der geringen Kräfte in der SBZ, die sich das zum Ziel gesetzt hatten, war die Einsicht, dass nur ein eigenständiger Aufbau des Sozialismus nachhaltig sein konnte, dass sich Kommunisten in den Augen der Arbeiterklasse kompromittierten, wenn sie sich in irgendeiner Form einer der Besatzungsmächte zur Verfügung stellen würden. Denn dann könnten sie nicht mehr die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten, sondern im Wesentlichen nur die der Besatzungsmächte. Diesen Weg der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, der KPD/SU und der Militärverwaltung ging die KPD / SED-Führung. Sie sah nur darin die Möglichkeit für einen Weg, der in der SBZ / DDR, die ja anfangs nur ein ökonomisches Teilgebiet Deutschlands war, zum Sozialismus führen würde. Das führte dazu, dass SED und FDGB nicht in der Lage waren, zur Protestbewegung in den westlichen Zonen gegen den Preis-

wucher nach der Währungsreform im Herbst 1948 vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus Stellung zu nehmen.

Die aggressive Außenpolitik der USA und ihrer Verbündeten – einschließlich der westdeutschen Parteien – zielte darauf, die BRD als Frontland im westlichen Bündnis zu halten. Deshalb wiesen sie 1952 den Vorstoß der SU zu einem neutralen Deutschland zurück. Die neutralen und entmilitarisierten Staaten von Finnland bis zur Adria passten nicht in das aggressive Konzept des Westens. Zudem war eine Erstarkung der deutschen Bourgeoisie den Briten und den Franzosen suspekt.

Unterordnung unter die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion

Da die SU nach der Befreiung von der Nazidiktatur im Wesentlichen – wie im Westen die kapitalistischen Staaten – als Besatzer auftrat, war ihre doppelte Rolle für die Arbeiter schwer durchschaubar und erforderte eine Politik, die von der KPD/SED nicht vertreten werden konnte, nämlich: Es gibt keinen anderen Ausweg aus dem Zusammenbruch als den Kampf um die politische Macht, damit die kapitalistische Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfswirtschaft ersetzt werden kann. Doch der SED blieb keine andere Möglichkeit, als sich der Politik der Besatzungsmacht unterzuordnen.

Sie konnte nur die höheren Interessen der Arbeiterklasse – die sozialistische Gesellschaft – als Endziel vertreten. Überall im Lande gab es zweifellos Kommunisten, die sich persönlich aufopferungsvoll in Wort und Tat für den Aufbau des Sozialismus einsetzten. Wie aber sollte sich

die große Massen der Arbeiter in den Aufbau des Sozialismus einbringen, wenn sie nur Ausführende und nicht Mitbestimmende war, wenn sie nicht einmal erkennen konnten, dass ihre Opfer auch ihnen selbst dienten? Dieser Zwangszustand nahm der SED die Massenbasis, führte auch große Teile ihrer Mitgliedschaft zu einer kritischen Einstellung gegenüber der Besatzungsmacht.

Auch kritische Kommunisten setzten sich dafür ein, so schnell wie möglich aus dem Elend, das die Nazis bereitet hatten, herauszukommen. In der Hoffnung, bestehende Mängel allmählich überwinden zu können, stellten sie sich dem Aufbau sozialistischer Grundlagen unter den Vorgaben der SU zur Verfügung.

Anfangs war es ihnen auch möglich, Kritik an dem zu üben, was sie als falsch ansahen. Die Kommunisten, die einen selbständigen Weg beim Aufbau des Sozialismus anstrebten, kritisierten die schematische Übertragung russischer Methoden auf die deutschen Verhältnisse und verteidigten gleichzeitig die sozialistischen Grundlagen in der SBZ. Doch die realen Verhältnisse ließen immer weniger eine Demokratie der arbeitenden Bevölkerung zu. Ab Sommer 1948 hatten sich die untergeordneten Parteigliederungen den Beschlüssen von oben zu fügen. Gruppierungen mit unterschiedlichen Auffassungen wurden nicht zugelassen.

Wie schwierig es für selbstständig denkende Kommunisten wurde, lässt sich z.B. in einem Bericht über die Landesdelegiertenkonferenz der SED in Sachsen-Anhalt im Neuen Deutschland (ND) vom 4.7.50 nachlesen. Un-

9) Beispiel eines Analysenergebnisses der SED: Zur gleichen Zeit als die Arbeiter der britischen Zone gegen die Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Besatzungsmacht zu streiken und demonstrieren begannen, weil sie nicht verhungern und erfrieren wollten, zog z.B. Winguth in seinem Artikel »Die Aufgeschlossenen und ihre große Linie« in der Märzausgabe 1946 der »Einheit« aus seiner Analyse die Schlussfolgerung »Die Anwesenheit der Besatzungsmächte, deren wirtschaftliche und politische Forderungen wir zu erfüllen haben, wirkt auf die demokratische Entwicklung hemmend und fördernd zugleich.« Wie kann eine kapitalistische Besatzungsmacht eine der Arbeiterklasse dienliche Demokratie fördern? Bei Ignorierung des internationalen Klassengegensatzes schrieb Klaus Zweiling in der gleichen Ausgabe nicht mehr als »Der Friede hängt von der Einigkeit der vier Hauptsiegermächte ab.« Und das zu einer Zeit, als der Marshallplan aufgestellt wurde, die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs die politische Linie der USA des Kalten Krieges, der Konfrontation mit der SU unterstützten. Zitiert nach »Briefe aus der Ferne« Nr. 6, Oktober 1947, vervielfältigte Diskussionsunterlagen der früheren KPOer (Inhalt: Auseinandersetzung mit dem theoretischen Organ der SED »Einheit«)

10) Internationale monatliche Übersicht, März 1947 Nr. 8 (Nachdruck in August Thalheimer: Westblock-Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit Einleitung und Anmerkungen der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen 1992. S. 167.

ter der Überschrift »Eine bahnbrechende Diskussion« wird ein Diskussionsredner zitiert: »Diesen Genossen (der Besatzungsmacht, d.V.) haben wir uns anvertraut, zum Unterschied von Genossen Dieker, der feststellte, er sähe in der Besatzungsmacht nur die Macht, die das Konzernkapital niederhält, die aber die Planung und Anleitung der Wirtschaft den Deutschen überlassen soll. Hier sehen wir deutlich eine maßlose Arroganz und Überheblichkeit. Diese Genossen haben es peinlichst vermieden, mit der Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten, während wir uns freuten, von der Besatzungsmacht zu lernen und bei ihr Unterstützung zu finden.«

Der Kalte Krieg zeigte seine Wirkungen: Kommunisten, die einen selbständigen Weg beim Aufbau des Sozialismus anstrebten, wurden bald aus der SED ausgeschlossen, politisch verfolgt und verhaftet, weil sie angeblich ein Einfallstor für Agenten des amerikanischen Imperialismus bildeten, (Fred Oelßner im ND vom 19. u. 22.7.1950). Diese Vorgehensweise war die Fortsetzung der Ausschaltung innerparteilicher Demokratie in der KPD Ende der zwanziger Jahre. Schon in der Weimarer Republik hatte die KPD-Führung keinen eigenen politischen Weg erarbeiten können und sich der Politik der Führung der KPdSU untergeordnet. Wenn die Abhängigkeit der SED von der Besatzungsmacht auch nicht absolut zu sehen ist, in entscheidenden Punkten war sie da. Und das wirkte sich in der Bevölkerung aus: Die KPD und dann die SED wurden als Erfüllungsgehilfen der Besatzungsmacht angesehen.

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)

In der SBZ/DDR standen die Gewerkschaften nach der Entmachtung der herrschenden Klassen vor neuen Aufgaben: Objektiv stand vor ihnen die Organisierung der Selbstverwaltung der Werktätigen, die Kontrolle gegenüber einer zunächst unentbehrlichen Staatsbürokratie und die Vertretung des Gesamtinteresses der Arbeiterklasse gegenüber Sonderinteressen einzelner Arbeiterschichten. Doch in der SBZ/DDR war nur die ökonomische Basis sozialistisch, der dazugehörige Überbau fehlte.

Die Klassenstruktur und die Produktionsverhältnisse waren durch die Sowjetunion revolutionär verändert worden, aber die Revolution in den Köpfen der Arbeiter war ausgeblieben. Sie waren noch geprägt von der alten kapitalistischen Begriffs- und Gedankenwelt. Im ND vom 10.2.1952 konnte man so lesen: »Hätten die deutschen Werktätigen aus eigener Kraft den Faschismus gestürzt und ihre Macht aufgerichtet – der entscheidende Teil des vom Monopolkapitalismus erzeugten Ballastes, des preußisch-deutschen Miefs, Anmaßung auf der einen Seite und Furcht auf der anderen, Duckmäusertum, Kanzleikannibalismus usw. usw. wäre innerhalb von Tagen weggeschmolzen. Durch eigenes Handeln und eigene Erfahrung hätten sich die Massen das neue Verhältnis von Mensch zu Mensch, den Blick für die Notwendigkeit jedes einzelnen, die Achtung vor ihm und seiner Menschenwürde erworben. Würde es unter solchen Umständen einem Funktionär einfallen, an die Untertanentradition der preußisch-deutschen Geschichte zu appellieren und sie zu benutzen – sofort würde er von den werktätigen Massen mit Empörung zur Rechenschaft gezogen werden.«¹¹⁾

Wie konnte unter diesen Bedingungen die Produktivität gesteigert werden? Für die Aufbauarbeit und die Versorgung von elementarer Bedeutung!

Im Gegensatz zu den unter den Bedingungen der kapitalistischen Lohnarbeit aufgewachsenen Arbeitern, konnten viele Jugendliche schnell dafür gewonnen werden, sich für den Aufbau mit aller Energie einzusetzen. Bei den älteren Kollegen stieß der Arbeitseifer der Freien Deutschen Jugend (FDJ) auf Ablehnung, zumal die Jungen erst einmal mit den besonderen Produktionsvoraussetzungen klarkommen mussten. Wirkliche Kräfte konnten die Jugendlichen auch nicht organisieren, weil der Widerspruch zwischen proklamierter Politik und der erfahrenen Wirklichkeit zu groß war. Zum Problem wurde das Ausspielen junger gegen ältere, erfahrene Kollegen, wenn dadurch »kritische Elemente« durch linientreue junge Kollegen abgelöst

wurden. Mit solchen Schritten wurde der klärende Meinungs austausch, wurden die letzten Reste von Demokratie in den Arbeiterorganisationen beseitigt.

Zur notwendigen Erhöhung der Produktion musste deshalb von der Bürokratie Druck ausgeübt werden – was bei den Arbeitern auf passiven Widerstand stieß. Normen wurden erhöht, während die Reallöhne sanken. Das bürokratische Vorgehen in den Kampagnen zur Erhöhung der Produktion zeigte, dass die arbeitende Bevölkerung auf diesem Wege nicht gewonnen werden konnte. Wenn Arbeiter eines Betriebes eine Vorrichtung entwickelten, die dem Betrieb jährlich gewaltige Kosteneinsparungen erbrachte, wurden ihre Erwartungen, dafür etwas zu erhalten, gründlich enttäuscht.

Die durch den Krieg hervorgerufenen großen Bedürfnisse der Sowjetunion hinderten die SED daran, gemachte Versprechungen zur Steigerung des Lebensstandards einhalten zu können. Eine zur Verbesserung der Lebensverhältnisse notwendige Steigerung der Produktivität konnte jedoch nur mit der Initiative der Arbeiter gewonnen werden, die jeden Schritt in der Produktion kannten – und nicht gegen sie.

In der »Arbeit«, dem theoretischen Organ des FDGB, schrieb Professor Jürgen Kuczynski 1950 über das »nachhinkende Bewusstsein«: »Viele Arbeiter erkennen noch nicht, dass sich durch beispielhafte Hebung der Produktion in den VEB die Lebenshaltung der Werktätigen bessert und dass gleichzeitig dadurch die Grundlage für eine weitere fortschrittliche Gestaltung der gesamten Wirtschaft und überhaupt des Lebens gelegt wird. Sie betrachten die VEB noch nicht als volkseigen. Sie betrachten die Produktion in den VEB noch nicht als Volksproduktion. Sie betrachten die Entwicklung der Arbeitsleistung, der Produktivität der Arbeit in den VEB noch nicht als Sache des ganzen Volkes und darum als ihre eigene, ganz persönliche Angelegenheit.« (zitiert nach Arbeiterpolitik 9/1950)¹²⁾

Ein Mitbestimmungsrecht hatten die Arbeiter, doch sie nutzten es kaum, da sie der Überzeugung waren, dass sie nicht entsprechend ihrer Produktionsleistung versorgt wurden. Wer konnte zumindest einem wichtigen Teil der Arbeiterschaft die gesellschaft-

11)Das Zitat wird zustimmend in der Arbeiterpolitik Nr. 7, 1.Aprilhälfte 1952, S. 6. im Artikel »Die „Müllerer“ werden „gemüllert“« angeführt. Das ND setzte sich kritisch mit der Bürokratie in der DDR auseinander.

lichen Kräfteverhältnisse in Deutschland und im Weltmaßstab aufzeigen, um die daraus folgenden politischen Schritte abzuleiten? Das wäre notwendig gewesen, um sie aus dem bürgerlichen Denken zu lösen und den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechend revolutionär zu denken. Die SED konnte es nicht.

Ein wichtiger Schritt wurde 1950 mit dem Fünfjahresplan angegangen, auch wenn er ein Teilplan der Sowjetwirtschaft blieb. Mit ihm sollte die Produktion gesteigert werden. Doch die bisherigen Organe der Arbeiterselbstverwaltung, die Betriebsräte wurden 1948 abgeschafft, Opfer des Kalten Krieges. Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) übernahmen ihre sozialen Aufgaben und waren nun zuständig für die Kampagnen und Aktivistenpolitik. Die Maßnahmen zur Massenmobilisierung (Henneke-Bewegung, Qualitätsbrigaden, Titel wie »Held der Arbeit« oder »Brigade der besten Qualität«) konnten nicht erfolgreich sein, weil sie aufgesetzt, »russisch« waren. Auf der Grundlage ursprünglicher sozialistischer Akkumulation konnte das Stachanowprinzip in der Sowjetunion beim Schaffen und Qualifizieren der Arbeiterklasse eine wichtige Rolle spielen. In der SBZ/DDR musste jedoch die vorhandene qualifizierte Arbeiterklasse zu einer gesellschaftlichen Kraft entwickelt werden, die fähig war, die Wirtschaft und Gesellschaft zu führen und zu planen. Weder die Sowjet- noch die deutschen Bürokraten begriffen, warum die bürokratische Zwangsjacke in der SU wirksam war, in Deutschland dagegen kontraproduktiv.¹³⁾

Die Bürokratie kann Arbeiter, die schlechte Qualität liefern, z.B. durch Lohnabzug bestrafen, aber nicht zur Klassenolidarität erziehen. In einer hochqualifizierten Industriearbeiterschaft lässt sich kollektiver Wille zur Mehrleistung nur in demokratischer Selbstverwaltung verwirklichen. **In einem industriell hochentwickelten Land kann die treibende Kraft der sozialistischen Planwirtschaft nur das mitdenkende und solidarische Handeln der Mehrheit der Arbeitenden sein.**

Gewerkschaftswahlen

Auf die Abschaffung der Betriebsräte reagierten die Arbeiter mit vielen ungültigen Stimmen bei den

Gewerkschaftswahlen Ende 1949. Bei den Betriebsrätewahlen im Sommer 1946 waren noch zur Hälfte SED-Mitglieder gewählt worden, und die Gewerkschaften waren schnell die bedeutendsten Massenorganisationen der Arbeiter geworden (1947 3,5 Millionen Mitglieder, 1950 dann schon etwa 5 Millionen). Entsprechend ihrer Erfahrungen von vor 1933 hatten sie auf eine Interessensvertretung mit ihren Gewerkschaften gehofft.

In der Vorbereitung zu den Gewerkschaftswahlen war schon deutlich geworden, dass die SED-Propaganda zur »Nationalen Front« und die Freundschaftserklärungen zur SU an den Arbeitern vorbeigingen. Sie sprachen höchstens ihre unmittelbaren Interessen an, wie z.B. Bezugscheinverteilung und Arbeitsschutz. Nur vereinzelt kam es vor, dass Interessen der Arbeiter unter den neuen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen thematisiert wurden. Überwiegend waren die Arbeiter nicht davon überzeugt, dass diese Gewerkschaftswahlen für sie eine Bedeutung hätten.

1950 forderten ganze Belegschaften einzelner Privatbetriebe bei den Wahlen zu den Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) den Austritt aus dem FDGB. Funktionäre waren nicht mehr in der Lage, Beiträge zu kassieren und schlugen deshalb schon vor, diese vom Lohn einzubehalten. Je mehr SED-Kandidaten auf einer Wahlliste standen, desto größer war die Ablehnung.

Den Mangel an innergewerkschaftlicher Demokratie prangerte selbst der FDGB-Vorsitzende Herbert Warnke an, als er 1951 für die

Chemnitzer Konferenz nicht Erfolge sondern die Überwindung dieses Missstandes in den Mittelpunkt stellte. Hintergrund waren die außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Erhöhung der Normen, denen sich die Bürokratie ausgesetzt sah. Fordern konnte der FDGB-Vorstand die innergewerkschaftliche Demokratie – ihre Durchsetzung war aber ohne die Entschlossenheit der Arbeiter nicht möglich.

Die westdeutsche Gewerkschaftsführung warf der FDGB-Führung das vor, was sie selber praktizierte: den Mitgliederwillen nicht zu vertreten und Anhängsel des Staatsapparates zu sein. Der westliche DGB-Vorstand war unter Fette dabei, den Kampfwillen der westdeutschen Arbeiter zu zersetzen und den Kapitalismus durch Mitbestimmung zu retten – im Namen von Freiheit und Demokratie. Warnke, Ulbricht und Genossen regierten mit Zwang und Einschüchterung – im Namen »fortschrittlicher Demokratie« und verordneten den Arbeitern in der DDR sowjetische Arbeitsmethoden. Ähnelte sich auch der Tanz, der Tanzboden war verschieden.

»Nationale Front« und Arbeiterkontrolle

Dem Verzicht auf eine revolutionäre Politik entsprach das Bündnis mit dem Bürgertum in der »Nationalen Front«. Als ehrliche Patrioten getarnt konnten die Bürgerlichen am besten ihre Klasseninteressen vertreten und den Aufbauwillen der Arbeiter unterminieren.

Wie verhängnisvoll sich das bürgerlich-demokratische Mäntelchen der »Nationalen Front« in Bezug auf

12) Dazu Eoemarie Badstübner: *Vom Knecht zum Herrn? Ostdeutsche Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit – Erwartungen, Erfahrungen, Leistungen und Enttäuschungen in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin) 6. Jg. 2007 Heft II, S. 47–65. In diesen Artikel analysiert Badstübner auf der Grundlage einer umfangreichen Literatur den Zustand der Arbeiterklasse nach 12 Jahren Nazi-Herrschaft, der Zerschlagung ihrer Organisationen, ihrer Verwicklung in die Eroberungspolitik, von der sie am Rande auch profitiert hatten und die veränderte Zusammensetzung der Arbeiterklasse nach 1945. Es ging für die überwiegende Mehrheit der Arbeiter um das Überleben nicht um gesellschaftspolitische Veränderungen. Nur eine kleine Minderheit der Arbeiter war politisch aktiv. Badstübners Analyse ist ausgewogen und zieht viele Aspekte der Jahre vor Gründung der DDR in ihre Untersuchung ein. Ihre Einschätzung ist, dass die Erfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit eine große Bedeutung für die Bewusstseinsbildung der Arbeiter in der DDR hatten.*

13) *Ein deutscher Weg zum Sozialismus ist, wie sich hier zeigt, nicht ausgearbeitet worden. Die Rede von einem »deutschen Weg zum Sozialismus« im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 war also nur gebraucht worden, um die Anerkennung der Potsdamer Beschlüsse, die Anerkennung bürgerlicher Parteien als revolutionäre Politik erscheinen zu lassen.*

das Klassenbewusstsein auswirkte, wurde im theoretischen Organ des FDGB »Arbeit« Nr.3/1950 anhand der Sabotage bürgerlicher Elemente beim Aufbau der volkseigene Wirtschaft dargestellt: Mit Hilfe des als Treuhänder eingesetzten alten Direktors und der bürgerlichen Mitglieder der Regierung Sachsen-Anhalts wurde ein Aktienpaket der Conti-Gesellschaft im Werte von mehr als 100 Millionen Mark nach Westdeutschland verschoben.

Der Direktor der VEB »Bastfaser« konnte lange Zeit ungestört Schiebungen über Schiebungen mit den in den Betrieben hergestellten Erzeugnissen vornehmen.

Der Autor des Artikels, E. Zöllner, klagte, im Fall Bastfaser *»zeigte sich augenfällig, dass sich die Verwaltungsräte (aus Vertretern der Gewerkschaften und der Betriebsarbeiterschaft zusammengesetzt. d.V.) nicht als Kontrollorgan der Werktätigen im Betrieb fühlten und handelten, sondern wie in anderen Fällen als Instrument des Betriebsleiters zur Durchführung und Deckung seiner Maßnahmen. ... Bei einer Stellungnahme der Belegschaft zu dem Urteil Deka, (Ketschendorf) erschien den Arbeitern das Urteil als ungerecht und hart. ... Aus den Beispielen fehlender oder unzureichender Klassenwachsamkeit geht mit besonderer Deutlichkeit immer wieder hervor, dass der Hauptgrund aller dieser Fehler, Mängel und Schwächen, das geringe Klassenbewusstsein und das tiefe ideologische Niveau des größten Teiles der Werktätigen und der Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre sind.«*

Und so sollte sich nach Ansicht des Autors alles zum Besseren wenden: *„Wir müssen hieraus die allgemeine Schlussfolgerung ziehen, dass unsere Schulungsarbeit wesentlich verbreitert und verbessert werden muss.«*

Doch wie sollten die Arbeiter, deren unmittelbare Interessen in der Planwirtschaft nicht berücksichtigt wurden, wachsam gegen von oben eingesetzte Betriebsleiter sein, wenn sie gar nicht erkennen konnten, dass ihre Wachsamkeit ihren eigenen Klasseninteressen galt und nicht nur der Wirtschaft der Besatzungsmacht. Die mangelnde Klassenwachsamkeit zeigte, dass die Arbeiter hier nach fünf Jahren sowjetischer Besatzungszeit nicht zwischen bürgerlichen und proletarischen Klasseninteressen unterschieden. Wie auch bei solcher

Politik? Nach außen Zusammenarbeit mit dem Bürgertum in der »Nationalen Front« und gleichzeitig hinterherum diese bürgerlichen Elemente ausschalten? Das konnten die Arbeiter nicht verstehen und machten deshalb nicht mit.

Bürokratischer Aufbau statt Arbeiterinitiative

Unter den gegebenen weltpolitischen Bedingungen bildete sich in der DDR statt einer Rätedemokratie, einer Demokratie in den Gewerkschaften und in der Partei der Arbeiter, eine Zentralgewalt heraus. 1952 wurde der Staatsapparat der DDR vereinfacht, allerdings um den Befehlsweg von oben nach unten abzukürzen. Damit wurde natürlich nicht das Verhältnis der Bürokratie zur Arbeiterklasse umgekehrt: Der Apparat wurde nicht zum ausführenden Organ der Arbeiterklasse, nicht zum noch unentbehrlichen Werkzeug von Arbeitern, die sich schon selbst verwalteten. Nachdem alle selbständigen Klassenaktionen durch die Besatzungsmacht erstickt worden waren, konnten sie durch bürokratische Anweisung nicht wieder lebendig werden.

Kritisches Mitwirken der Schaffenden ist jedoch für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft unabdingbar. In der DDR war so ein unheilvoller Kreislauf entstanden: Das Bürokratiensystem erzeugte Massenlethargie, die Lethargie der arbeitenden Bevölkerung einen aufgeblähten, kostspieligen Bürokratenapparat. Einsicht und Kraft zur Beseitigung der Bürokratenherrschaft konnten aber nur im Verlauf längerer Kämpfe gewonnen werden. Doch die DDR lag an der Frontlinie zum internationalen Klassengegner. Für die SU war diese Perspektive deshalb zu unsicher – was sich auch 1969 bei ihrem Einmarsch in die CSSR zeigte.

Die überaus großen Entbehrungen in den ersten Jahren der sowjetischen Besatzung ließen in der Arbeiterschaft Verbitterung und Wut gegen die Bürokratie hochkommen. Als nicht hinnehmbar empfanden die Arbeiter ihre Lebensverhältnisse.

Als der Kalte Krieg in Korea in eine heiße Phase übergang und die DDR verstärkt Produkte der Schwerindustrie an die UdSSR liefern musste, litten die Investitionen in der Leicht- und Nahrungsmittelindust-

rie und die Versorgung der Bevölkerung darunter. Dem aufkommenden Unmut wegen der 10prozentigen Normenerhöhung im März 1953 wurde mit verschärfter Repression gegenüber Oppositionellen begegnet. Als die DDR-Führung nach einem Kurswechsel der Politik der SU die Normenerhöhung für Besserverdienende zurücknahm, wirkte die Erklärung des FDGB, die Beibehaltung der Erhöhung für Arbeiter sei richtig, wie eine Provokation.

In den Protesten und Streiks am 17. Juni 1953 brach sich der Unmut der Arbeiter Bahn, zunächst gegen die Normenerhöhung, dann gegen die SED-Herrschaft. In welche Richtung sich etwas verändern sollte, darüber bestand jedoch keine Klarheit. So war der Aufstand am 17. Juni 1953 auch eine Folge der Missachtung der demokratischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung.

Von propagandistischer Einflussnahme, Provokation und Sabotage des Klassengegners muss man immer ausgehen. Die Frage ist nur: Sind die Arbeiter immun dagegen oder anfällig? Die Propaganda des Westens zum 17. Juni stand natürlich im Gegensatz zur praktizierten Politik der Aufrüstung der BRD und dem Streben nach Atomwaffen. Einmal radikal abgeblockt, wie am 17. Juni 1953, blieben die Initiativen der Arbeiterklasse aus, ebenso wie etwas später in Ungarn, Polen und der CSSR. In dieser Desorientierung, die nicht mehr überwunden werden konnte, waren schon Voraussetzungen dafür angelegt, dass die Arbeiter der DDR *»tatenlos zusehen, wie die erhungerten Errungenschaften wieder zunichte gemacht werden, weil sie den Augenblicksvorteil der Angleichung an die Lebenshaltung und die „Freiheit“ des Westens der Wahrnehmung ihrer historischen Klasseninteressen vorziehen werden.«* (Thesen über unsere Stellung zur Ostzone, Arbeiterpolitik Nr. 4, 1952, Seite 7 – 8, These 7)

Der Rückzug in die Privatsphäre war außer in der DDR in Ungarn und der CSSR besonders deutlich und wirkt bis heute nach. Wichtige Entscheidungen wurden schließlich nur noch im Politbüro getroffen. Die SED entzog sich der Kontrolle von unten. Innerparteiliche Opposition, wie z.B. die Schirdewan-Oelßner- und die Wollweber-Gruppe wurde ausgebootet. Diese innerparteiliche Opposition blieb aller-

dings ohne Bedeutung für die Arbeiter, weil es Fraktionskämpfe zwischen Bürokraten waren.

Standen nicht praktisch alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens unter der Leitung von oben? Da die Sicherheit des Staates in der Frontlage zum internationalen Klassegegner nicht über die Zustimmung in einer proletarischen Demokratie erreicht werden konnte, wurden Einrichtungen wie die Staatssicherheit zur Bespitzelung der Bevölkerung notwendig. Dadurch dass man Flüchtlinge als Verräter bezeichnete, wurden sie zu Gegnern gemacht. Mauer und Stacheldraht waren zwangsläufige Folgen einer Negierung notwendiger demokratischer Verhältnisse unter Sozialisten. Sie diskreditierten die DDR, denn in den Augen großer Teile der westdeutschen Bevölkerung glich sie nun einem Straflager.

»Klasse für sich«

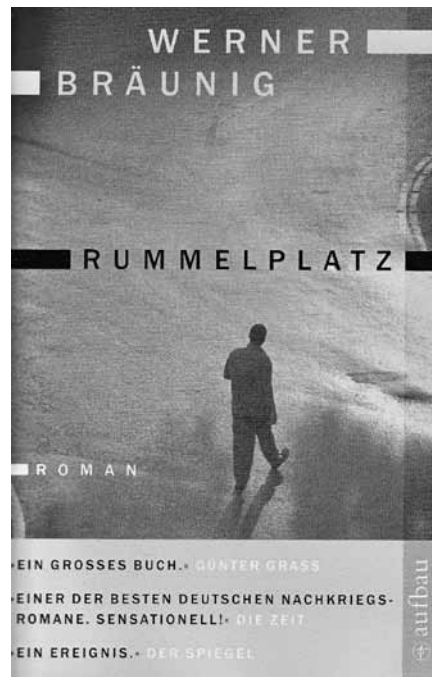
Indem in der DDR die Eigenständigkeit der Arbeiterorganisationen aufgehoben wurde, existierten sie nur noch durch riesige Apparate weiter. Kollektive bildeten die Arbeiter nur als Kollegen am Arbeitsplatz.

Als »Klasse an sich« existierten die Arbeiter und Bauern noch insoweit, als ihre Produktionsformen sich zwar stark angenähert hatten, aber nicht gleich waren. Als »Klasse für sich«, also als bewusst und gemeinschaftlich Handelnde traten

die Arbeiter nicht auf. Ihr Klasseninteresse verlangte den selbständigen Ausbau dessen, was bisher erreicht worden war – entsprechend ihren Bedürfnissen. Verkürzt werden konnte die Zeit der Entbehrungen nur, indem die Bürokraten unter die Kontrolle der technisch versierten Arbeiter gestellt wurden, d.h. also besser, reibungsloser selbständig planen und aufbauen. Nur mit der Bereitschaft der Arbeiter, diese Aufgabe wahrzunehmen, war die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft auf den schon geschaf-

fenen sozialistischen Produktionsverhältnissen möglich.

Zur notwendigen Steigerung der Produktivität blieb der SED-Führung nach dem Niederdrücken des Aufbegehrens der Arbeiterschaft das Pendeln zwischen Propaganda und materiellen Anreizen. In der Öffentlichkeit dargestellte Initiativen waren Ergebnisse langer Vorbereitungen der Bürokratie und wurden von den Arbeitern belächelt. Bedeutet nicht der aus dieser Not geborene »sozialistische Wettbewerb« Konkurrenz unter Arbeitern, also das Gegenteil von dem, was notwendig



Problemorientierte Literatur:

Viele Kulturschaffende setzten darauf, Menschen durch problemorientierte Literatur für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gewinnen zu können. Fehler in der gesellschaftlichen Entwicklung wurden problematisiert. So hatte z.B. Werner Bräunig in seinem Roman »Rummelplatz« die Probleme der frühen Jahre der DDR im Fokus. Sein Thema war: Wie der Mensch durch Arbeit zu sich selbst findet und den Aufbau des Sozialismus mitgestaltet. Ihm ging es nicht um die Darstellung von Schwierigkeiten, sondern um deren Überwindung: Jeder müsse auf seine Weise »erfahren, dass man sein Vaterland nicht irgendwie findet, sondern dass man es bauen, dass man sich engagieren muss.« Und »Was sind das für Kom-

munisten, die immer genau wissen, wie es sein müsste, aber nicht dahinterkommen, wie es ist und warum es noch nicht anders ist und was also getan werden muss?«

Werner Bräunigs Roman fiel jedoch der Kritik nach dem Scheitern des NÖS zum Opfer und wurde in der DDR nicht gedruckt. Christa Wolf, damals Kandidatin des ZK, verteidigte Werner Bräunig in einer offenen Rede. Sie sah, dass es um mehr ging als um die Schriftsteller. In ihrem »Erinnerungsbericht« stellt sie ausführlich dar, wie alarmiert sie und viele ihrer Kollegen damals in der Kampagne gegen Werner Bräunigs »Rummelplatz« waren: »Wir, meist Angehörige einer Generation, die in diesem Land engagiert lebten, die Konflikte sahen, hatten ein sehr starkes Gefühl von der Gefahr, in die dieses Gemeinwesen geraten würde, wenn

die Widersprüche nicht in produktiver Weise ausgetragen würden. (...) Wir hatten das Gefühl, dies sei einer der letzten Momente, um die Entwicklung in der DDR in eine Richtung zu lenken, die diesen Staat zu einer Alternative machen konnte gegenüber der kapitalistischen Bundesrepublik. Wir wollten die sozialistischen Ansätze soweit stärken, dass die DDR auch geistig „konkurrenzfähig“ werden konnte. Und wir sahen uns mit Leuten in der Wirtschaft, in der Wissenschaft verbündet (...). Es gab sogar einzelne Leute im ZK, mit denen ich offen darüber sprechen konnte.« (Zitiert nach Angela Drescher »Aber die Träume, die haben doch Namen«

Der Fall Werner Bräunig, im Nachwort zu seinem Roman, erschienen im Aufbau Verlag, Berlin 2007.

gewesen wäre – nämlich kollektives selbstbestimmtes Handeln? Wo gab es also in der DDR Ansätze für ein bewusstes, selbstverständlich gewordenes gemeinschaftliches gesellschaftliches Handeln der Arbeiterklasse? Brigaden bestimmten die Höhe ihrer Arbeitsnormen selbst und forderten weitere Rechte in der Produktion ein. Als Ende der fünfziger Jahre Brigadiere der »sozialistischen Brigaden« Brigadeführer forderten, die in der Werksdirektion mitentscheiden sollten, kam 1960 von der Parteiführung ein »Nein« zu solcher Art jugoslawischer Selbstverwaltung. Die Autorität der Betriebsdirektoren durfte nicht angetastet werden (Jörg Roesler a. a. O. S. 48).

Konnte der allmächtige Regierungsapparat, der dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft im Wege stand, auf ein Mindestmaß heruntergeschraubt werden? Oder war nicht das Gegenteil der Fall? Hatten es nicht so viele Menschen bald mit Heuchelei, Verdächtigungen und Überwachung zu tun? Blieb nicht den Arbeitern in der DDR schließlich nur, sich mit der Alternativlosigkeit abzufinden, passiv zu werden, eine Nische im persönlichen Bereich zu suchen? Für die Arbeiter war die Staatsführung nur dann interessant, wenn höhere Löhne und Urlaubsverlängerungen verkündet wurden.

Trotzdem ist auf dem Boden der DDR Positives entstanden ...

Erst nachdem die SU nicht mehr Betriebe demontieren ließ, konnte in der DDR an eine realistische Planung der Wirtschaft herangegangen werden. Im Interesse ihres eigenen Aufbaus musste die SU nun die schwersten Demontagefolgen z. B. durch die Lieferung von (vorher demontierten) Walzenstraßen wieder beseitigen. Eine ganze Reihe von Schwierigkeiten verursachte Störungen:

Bis auf die Braunkohleförderung und einige Zweige der Chemieindustrie waren die Grundstoffindustrien unterrepräsentiert. Auch in der verarbeitenden Industrie gab es Disproportionen: So war die Textilindustrie überdurchschnittlich, der Schwermaschinenbau nur gering vertreten.

Das feinnervige Netz einer hochentwickelten Produktion Gesamtdeutschlands war zerrissen. Die Trennung der DDR von den Zentren der Schwerindustrie im Westen wie auch dem

schlesischen Steinkohlenbergbau, erforderte den Aufbau einer Stahlindustrie, wodurch nicht genügend in die Konsumgüterindustrie investiert werden konnte. Das nun fehlende zweite Bahngleis im Schienennetz lähmte den Transport. Gearbeitet werden musste mit überalterten Produktionsmitteln. Hemmend wirkten sich auch die Interesselosigkeit der Produzenten sowie das einseitige Ziel der Erhöhung der Produktionsmenge aus.

Nach dem 17. Juni 1953 und den Aufständen in Ungarn und Polen hob die SU die Reparationen und Besatzungskosten auf und leistete materielle Hilfe durch Besserstellung. Das wurde dann als Aufbau des Sozialismus proklamiert (in Ungarn »Gulaschkommunismus« genannt).

Großer Lärm war im Westen um die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft der DDR gemacht worden. Das Trara um die »Bauernlegerei« (Privateigentum wurde Genossenschaftseigentum) legte sich, als die Produktivität im Agrarsektor erhöht wurde und die Vorteile geregelter Arbeitszeiten erkannt wurden.¹⁴⁾

Trotz aller politischen und ökonomischen Widrigkeiten gehörte die DDR bereits 15 Jahre nach ihrer Gründung zu den ersten zehn Industriestaaten der Welt und stand in Europa hinter der SU, der BRD, Großbritannien und Frankreich an fünfter Stelle. Sie hatte Industrien aufgebaut, die es vorher dort nicht gab. Sie führte hochautomatisierte Werkzeugmaschinen aus und spielte in der Wirtschaftsgemeinschaft des Ostblocks eine führende Rolle. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse hatten es ermöglicht.

In der weiteren Entwicklung konnte die DDR-Industrie nicht mit der technischen Entwicklung im Kapitalismus Schritt halten und war im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt unterlegen. DDR-Qualitätsware wurde in die BRD geliefert. Das Großversandhaus Quelle mit seinem Milliardenumsatz baute einen wesentlichen Teil seines Programms aus DDR-Produktion auf. Um das zu erreichen, war die DDR allerdings gezwungen, die Westpreise zu unterbieten. Sie musste an Devisen kommen.

Der Verbrauch an Lebensmitteln gehörte inzwischen zu den höchsten weltweit. Bald waren im DDR-Haushalt Kühlschrank und Waschmaschine vorhanden und stellten viele Menschen materiell zufrieden. Blieb die DDR im Vergleich zur BRD auch zurück, ihre kulturellen und sozialen Leistungen waren herausragend (z. B. Arbeitsplatzsicherheit, keine Schere bei den Löhnen, Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz, Kindergärten für alle, niedrige Mietpreise, Buchpreise, Theater, Sozialversicherung). Das im Westen noch wirkende konservative Frauenbild Kinder, Küche, Kirche war hier überwunden worden.

...auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage

Grundlegende ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen in Richtung Sozialismus wurden unter den dargestellten schwierigen Bedingungen geschaffen. Der Weg von der Profitwirtschaft zur planmäßigen Bedarfsdeckung war gegangen worden. Bürokratisch von oben herab war das jedoch nicht mehr als das Schaffen einer **sozialistischen Wirtschaftsgrundlage**.

Das Unterbinden kritischen Denkens in den Reihen der Kommunisten behinderte eine nachhaltige gesellschaftliche Weiterentwicklung. Im Sozialismus ist der Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum nur möglich, wenn die Produzenten die bisher leitende Bürokratie überwinden. Intensive Produktionssteigerung setzt also die aktive Beteiligung der arbeitenden Menschen an der gesellschaftlichen Planung voraus. Diese Voraussetzungen waren in der DDR nicht gegeben. Gegen die Massenflucht von qualifizierten Arbeitskräften wurde die Mauer gebaut – das prägnanteste Zeichen der politischen Schwäche der DDR. Nach 1961 versuchte die Führung der SED die Wirtschaft durch bessere Planung voranzubringen. Anknüpfen konnte man an die Kritik E.G. Libermans an der »Tonnenideologie«, die 1962 in der Prawda veröffentlicht wurde.

Insbesondere die jüngere Generation sollte dafür gewonnen werden, ohne »Gängelei, Zeigefingererheben und Administrieren«. So wurde von

14) Die parallele Entwicklung im Westen dazu war das Abschaffen kleinbäuerlicher Existenzen durch den Konkurrenzkampf. Zur Unterstützung dieser Entwicklung zahlte die Bundesregierung eine Landabgaberechte.

der SED nach dem Mauerbau gefordert, dass die Probleme der Arbeiter und der Arbeitswelt literarisch dargestellt und diskutiert wurden. Die Arbeiter der DDR hatten sich bereits nach dem 17. Juni 1953 eher resigniert in private Nischen zurückzogen. Einen gewissen Freiraum hatten sich viele Schriftsteller geschaffen. (siehe Kasten)

Das **Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft** (NÖS) sollte im Rahmen der zentralen Planung Marktelemente wirken lassen: Durch Rationalisierung, durch modernste Technologie und mehr Eigenständigkeit sollten die Betriebe produktiver, rentabler werden. Die Wirtschaftsreformer glaubten, die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung gegenüber dem Kapitalismus demonstrieren zu können. Die einzelnen Wirtschaftszweige entwickelten sich jedoch nicht im gewünschten Verhältnis zueinander. Aus den entstehenden Missverhältnissen zwischen den Produktionszweigen erwuchsen Versorgungsprobleme und Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Von Oktober 1970 bis April 1971 stiegen so die Arbeitsniederlegungen einzelner Werksabteilungen auf über 60 an (Jörg Roesler, a.a.O. S. 68). Eine entsprechende Entwicklung zeigte sich auch im **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe** (RGW), der Wirtschaftsgemeinschaft im Ostblock.

Der Versuch, die Initiative der Bevölkerung durch eine technokratische Reform zu ersetzen, erwies sich als untauglich. Er wurde vor allem auf Druck der SU abgebrochen und führte im weiteren Verlauf zur Niederlage des Flügels um Ulbricht. Den Schriftstellern wurden die gewährten Freiheiten wieder genommen. Ihnen wurde vorgeworfen, ein verzerrtes Bild der DDR, der Arbeiterklasse und der SU aufzuzeichnen.

Ohne wirklichen Einfluss der arbeitenden Bevölkerung in der Gesellschaft, ohne sozialistische Demokratie, konnten nicht die Energien für die Initiativen zur Intensivierung der Arbeit freigesetzt werden. Allein per Anweisung oder durch Aufruf, Appell oder

Kampagne kommen die Schaffenden nicht dazu, Herr über den Produktions- und Planungsapparat zu werden, es besser zu machen als die Bürokratie.

Ende der 60er / Anfang der 70er Jahre galt es, sich einzustellen auf abzeichnende Veränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die durch technisch wissenschaftliche Entwicklungen – insbesondere die Mikroelektronik – hervorgerufen wurden: Um die wirtschaftlichen Möglichkeiten besser auszunutzen, sollten im Ostblock die nationalen Wirtschaften stärker miteinander verzahnt werden. Diese Zielsetzung wurde Anfang der 70er Jahre von den Parteien der Ostblockstaaten beschlossen, um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen.

Da sich die Bevölkerung mit ihrer Lage abgefunden und in ihre Privatsphäre zurückgezogen hatte, also politisch nicht gewonnen werden konnte, musste eine Politik her, die nicht mehr nur Verbesserungen versprach, sondern jedem eine erfahrbare Verbesserung seines Lebens bot. Mit dieser Konzeption von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft sollten die Widersprüche zwischen Staatsführung und Bevölkerung gemildert werden. Dafür war nun stetiges Wirtschaftswachstum notwendig. Für die dafür erforderlichen Leistungssteigerungen sollte die arbeitende Bevölkerung durch Konsumanreiz und soziale Sicherheit gewonnen werden. Wie im Kapitalismus wurden also Leistung und Konsum zu Eckpfeilern einer Politik, die auf Ruhe in der Bevölkerung ausgerichtet ist.

Zunächst kamen die Ergebnisse unter den Menschen gut an. Doch höhere Löhne und Sozialleistungen sollten Stimulanz zu höherer Produktion und nicht erst ihr Ergebnis sein. So wurde ein Konsumbedarf erzeugt, der von der eigenen Produktion nicht gedeckt war.

Letztlich bedeutete diese Politik: Wenn das Wohlwollen der arbeitenden Bevölkerung auf Kosten der Akkumulationsrate mit höheren Löhnen und Sozialleistungen erkaufte werden musste, war ein Zurückbleiben

der DDR-Wirtschaft im internationalen Vergleich abzusehen. Die aufgenommenen Kredite für den Import von Konsumgütern und für Anlagen zur Konsumproduktion aus dem Westen strangulierten die DDR, denn Kredite und Zinsen konnten nur – wie im Kapitalismus üblich – durch höhere Kredite zurückgezahlt werden.¹⁵⁾

Die Wahrheit sagen

Statt Erklärung der Schwierigkeiten, die durch den Druck des kapitalistischen Lagers hervorgerufen werden, gab es wie bisher Beschönigungen und Illusionen. Etwas als »entwickelte sozialistische Gesellschaft« ausgegeben, was nur eine sozialistische Wirtschaftsgrundlage, aber keine sozialistische Gesellschaft war, die von den Menschen getragen wurde – das musste den Sozialismus diskreditieren. Mit dieser Aussage wurde zum Ausdruck gebracht, es bedürfe keiner weiteren Anstrengungen, um die Verhältnisse zu verbessern, Schwierigkeiten, von allen wahrgenommene Widersprüche zu überwinden, der Endzustand sei erreicht. Die Bevölkerung sollte also ruhig gehalten werden. Sie für die Weiterentwicklung zu gewinnen, hatte die Führung offensichtlich aufgegeben.

Die Bevölkerung der DDR war nicht Herr im Hause DDR. Sie bestimmte nicht die Wirtschaft und nicht die Politik – das hatte stellvertretend für sie die Parteispitze übernommen. Im Sozialismus kann die komplexe industrielle Gesellschaft nicht bis in jede Einzelheit von oben her gesteuert und geplant werden. Dazu ist Initiative und Verantwortungsbereitschaft auf allen Ebenen notwendig.

Dieser Mangel führte dazu, dass die DDR-Arbeiter 1989/90 als Klasse kampfunfähig waren. In vielen Betrieben haben die Beschäftigten die Abwicklung ihrer Betriebe durch die Treuhand hingenommen. Weniger bekannt ist, dass sich Belegschaften auf vielfältige Art gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze gewehrt haben. Als Belegschaft eines einzelnen Betriebes wurde ihr Widerstand zerrieben. Viel Unterstützung von westdeutschen Gewerkschaftern erhielten die kämpfenden Kollegen des Kalibergwerkes in Bischofferode. Indem die DGB-Gewerkschaften die Auflösung der FDGB-Gewerkschaften anstrebten, trugen sie nicht zur Stärkung der

15) Die Integration der DDR-Wirtschaft in den kapitalistischen Weltmarkt führte zu einer negativen Handelsbilanz der DDR gegenüber dem Westen. Die Einfuhren wurden mit Krediten westlicher Banken bezahlt. Die Nettoverschuldung gegenüber dem Westen stieg von 15,5 Mrd. DM in 1977 auf 23,6 Mrd. DM in 1980 an. Gegenüber der Bevölkerung wurden diese Schulden verschwiegen. 1985 musste die DDR 3,64 Mark erwirtschaften um dafür 1 DM zu erhalten, 1989 betrug das Verhältnis 4, 40 Mark zu 1 DM. Siehe Jörg Roesler a. a. O. S. 76 – 85 u. S. 91

Kampfbereitschaft¹⁶⁾ bei. Entscheidend war jedoch, dass die Arbeiter der DDR nicht gemeinsam als Klasse auftraten.

Wir heute

Der erste Versuch, den Sozialismus aufzubauen, ist in der Sowjetunion gescheitert. Die SU hat sich aufgelöst; Wirtschaftsbereiche wurden privatisiert. Mit ihrer Auflösung konnten sich auch die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in den Staaten ihres ost-europäischen Einflussbereichs nicht halten. Letztlich erwies sich 1990 die auf militärische Sicherung bedachte russische Politik der Vorverlegung der Frontlinie zum Kapitalismus als nicht weitsichtig genug. Die militärische Sicherung konnte die fehlende revolutionäre Hilfe der Arbeiterklassen der kapitalistischen Länder nicht ersetzen.

Den Untergang der DDR einem konterrevolutionären Putsch zuzuschreiben, hilft den Menschen nicht weiter, die sich mit der Krise des Kapitalismus auseinandersetzen und ihn überwinden wollen. Im Gegen-

teil, sie stabilisiert die verbreitete Meinung, der Sozialismus sei kein Ausweg. In der DDR lagen die Ursachen für die bürokratischen Methoden und Fehler nicht im sozialistischen System. Isolation und ökonomische Schwäche gegenüber den kapitalistischen Zentren hatten in der SU ein Sicherheitsdenken entstehen lassen, in dem die bürokratischen Methoden und Fehler der sowjetischen Besatzungspolitik wurzelten. Unter den ihr gegebenen Voraussetzungen konnte die Arbeiterschaft nicht die Kraft und Fähigkeit entwickeln, die Partei- und Staatsbürokratie positiv zu überwinden. Die Menschen, auch die Kommunisten, machen Geschichte nicht aus freiem Entschluss, sondern unter bestimmten gegebenen Bedingungen. Wirklich gelöst werden können die Probleme, die sich beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft stellen, nur mit einer arbeitenden Bevölkerung, die wirklichen Einfluss auf Staat und Gesellschaft besitzt. Nur so können Wirtschaft und Staat besser organi-

siert werden als es im Kapitalismus oder unter Bürokraten geschieht.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten kann niemand mehr vertreten, in Deutschland müsse ein russischer, ein chinesischer oder gar albanischer Weg zum Sozialismus eingeschlagen werden. Auch die ideologische Auseinandersetzung ist ein Prozess und fängt im kleinen Rahmen an.

In unserer industriellen Gesellschaft sind die Menschen – auch die, die vom Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse ausgehen – heute ganz unterschiedlichen konkreten Bedingungen ausgesetzt. Für ihre politische Arbeit unter den Lohnabhängigen ist es notwendig, dass sie – ausgehend von grundlegenden gemeinsamen Einsichten – in ihren differenzierten Verhältnissen selbständig denken und handeln und nicht bei jeder anstehenden Entscheidung auf eine Anweisung von oben warten. Selbständiges Handeln setzt selbständiges Denken voraus. Selbständiges Denken ist kritisches Denken, kritisch gegenüber der eigenen Vergangenheit, kritisch gegenüber denen, die sich als Lehrmeister anbieten.

16) Dazu Ulla Plener, Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990 – 1994). NORA, Berlin 2011. Arbeiterpolitik Nr. 4/1993: Interview vom 18.10.1993 mit den Betriebsräten Brodhun und Jüttemann vom Kalibergwerk Bischofferode.

Anzeige

Wunder und Gefahren.

Wurden die „Wunder der Chemie“ früher oft noch als „Fortschritt für die Menschheit“ bejubelt, so sind heute die Gefahren chemischer Giftproduktion längst zu einer modernen Geißel geworden. Hinzu kommen Gentechnik und Nanotechnologie. Zwei neue Technologien, die die Risiken der Atomtechnik noch weit übertreffen. Was den BAYER-Konzern nicht hindert, als Marktführer diese Techniken durchzusetzen und zur breiten Anwendung zu bringen. Niemand kann sich mehr entziehen, wir alle sind betroffen. Kritik und Abhilfe sind das Gebot der Stunde.

Informationen abfordern, jetzt!
CBGnetwork@aol.com



Spenden.
STICHWORT BAYER abonnieren.
Mitglied werden.

Postfach 1504 18 40081 Düsseldorf
Fon 0211-33 39 11 Fax 0211-33 39 40

www.CBGnetwork.org

Wegen unseres konsequenten Widerstands gegen KonzernMacht wird uns jede Förderung verweigert. Wir setzen gegen die Macht des Konzerns die Solidarität der Menschen. GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
- Ja, ich abonniere Stichtwort BAYER für 30 Euro im Jahr
- Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten). Mein Beitrag soll betragen (mind. 5 Euro monatl.) Euro im Jahr
Bitte abbuchen monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
- Ja, ich spende Euro
- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.

Name, Vorname	
Straße, Nr.	
PLZ, Ort	
Fon/Fax	
Konto-Nr.	
Bankleitzahl	
Geldinstitut	
Datum/Unterschrift	Beruf
Geburtsjahr	
eMail	

Für Abo, Beitrag und/oder Spende nebenstehende Lastschrift ausfüllen.

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsoption“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

Solidarität organisieren – Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.

ROTE HILFE e.V., Bundesgeschäftsstelle



Postfach 3255, 37022 Göttingen
bundesvorstand@rote-hilfe.de, www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V.

Konto-Nr: 19 11 00 – 462

BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund

IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62

BIC: PBNKDEFF

DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**



**Auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

DIE ROTE HILFE–Redaktion

Postfach 3255, 37022 Göttingen

rhz@rote-hilfe.de



240 Seiten, Paperback, € 12,-

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der Arbeiterstimme in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

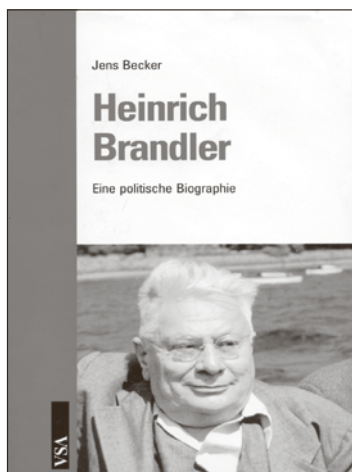
Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in

der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

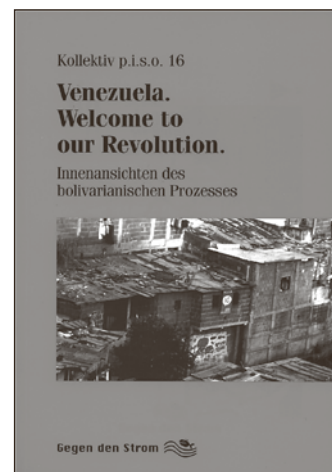
Bestelladresse: T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org



510 Seiten, Paperback, € 20,-



624 Seiten, Paperback, € 20,-



168 Seiten, Paperback, € 10,-